

MARKTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Bedingungen und Erfahrungen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades

eines

Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

von

Gerhard Fischer

Dipl.-Volkswirt

aus

Nürnberg

1968



Digitized by the Internet Archive
in 2026

MARKTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Bedingungen und Erfahrungen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades

eines

Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

von

Gerhard Fischer

Dipl.-Volkswirt

aus

Nürnberg

Referent:

Prof. Dr. Ernst D ü r r

Korreferent:

Prof. Dr. Otmar I s s i n g

Tag der mündlichen Prüfung:

27. November 1968



Inhaltsübersicht:

A. Einleitung: Die Tendenz zur geplanten Entwicklung	1
B. Wesen und Bedingungen einer erfolgreichen marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik	4
I. Das Wesen der marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik	
II. Die Ableitung der Entwicklungsbedingungen aus der ökonomischen Theorie	7
III. Kritik der marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik	18
C. Das Vorliegen der Bedingungen einer marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik in den Entwicklungsländern	25
I. Die Existenz dynamischer Unternehmer	25
II. Wirtschaftlich rationales Verhalten	29
III. Die Fähigkeiten zur Unternehmensführung	32
IV. Die Existenz von Märkten	33
V. Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung	36
VI. Wirtschaftsordnung und politische Verhältnisse	39
VII. Sozialistische Bedingungen	44
VIII. Der Einfluß der sozio-ökonomischen Umwelt auf den Erfolg der Entwicklungsplanung	47
D. Erfolgsvergleich der verschiedenen wirtschaftspolitischen Konzeptionen	53
I. Die Wirtschaftsordnungen der Entwicklungsländer	53
1. Vorbemerkung	53
2. Zentralverwaltungswirtschaften kommunistischen Typs	54

3. Sozialistisch beeinflusste Entwicklungsplanung	56
4. "Ideologiefreie" Entwicklungsplanung	58
5. Interventionistische Wirtschaftssysteme	65
6. Feudalistische Systeme	68
7. Marktwirtschaftliche Systeme	69
a) Länder mit einem umfassenden, jedoch ziemlich flexiblen Plan und starker Betonung der Privatinitiative	70
b) Länder mit einem langfristigen Plan öffentlicher Investitionen	75
c) Länder ohne einen langfristigen Plan	80
II. Wirtschaftsordnung und Wachstumsraten in den Entwicklungsländern	86
1. Internationaler Vergleich	86
2. Intertemporärer Vergleich	98
3. Die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens	105
III. Die Determinanten der Wachstumsunterschiede: Investitionsquote oder Kapitalkoeffizient?	108
1. Vorbemerkung	108
2. Die Investitionsquote	109
3. Die Kapitalproduktivität	112
IV. Komponenten der Kapitalbildung	117
1. Vorbemerkung	117
2. Die inländische Sparquote	119
3. Der Zufluß von ausländischem Realkapital	122
4. Die Herkunft des Auslandskapitals	128
V. Die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung	134

E. Zusammenfassung und Ausblick	142
I. Die Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik im Vergleich zur Entwicklungsplanung	142
II. Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung	145
 Literaturverzeichnis	 iv
 Lebenslauf	 xiv

A. Einleitung: Die Tendenz zur geplanten Entwicklung
=====

Eine bewusste Entwicklungspolitik kann grundsätzlich auf zwei Arten erfolgen: ¹⁾ Entweder schafft der Staat günstige Bedingungen für die Entfaltung der privaten Unternehmer, die als die eigentlichen Träger der wirtschaftlichen Entwicklung gelten, oder die primäre Entwicklungsinitiative geht vom Staat aus, der den Entwicklungsprozeß selbst seinen Zielen entsprechend plant und lenkt.

Seit dem 2. Weltkrieg ist in den Entwicklungsländern die Neigung, diesen zweiten Weg zu beschreiten und eine Planung des Entwicklungsprozesses an die Stelle einer Planung der marktwirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen zu setzen, beträchtlich gewachsen, ²⁾ weil man sich davon ein rascheres Wirtschaftswachstum erhofft.

Allerdings spielen für den Übergang zur Entwicklungsplanung neben diesen ökonomischen Erwartungen auch andere Motive eine Rolle. So sind die politisch führenden Schichten vieler Entwicklungsländer sozialistisch orientiert und sie sehen deshalb in einer Wirtschaftsordnung, in der der Staat den Wirtschaftsablauf in erheblichem Umfang beeinflusst, den besten und schnellsten Weg zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Länder ³⁾.

- 1) Siehe z.B.: United Nations. Economic Commission for Africa: Economic Bulletin for Africa, Vol. III, New York 1963, S.55; Rondo Cameron: Some Lessons of History for Developing Nations, "American Economic Review", Papers and Proceedings, Vol. LVII (1967), S. 321.
- 2) Siehe Albert Waterston: Development Planning. Lessons of Experience, Baltimore 1965, Ch. III.
- 3) Siehe Bernhard Pfister: Probleme der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Entwicklungsländern, "Ordo", Bd.XII (1960/61), S.256; Willy Kraus: Wirtschaftspolitische Leitbilder der Entwicklungsländer; in Hans Besters: Theoretische und institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Berlin 1967, passim.

Diese staatliche Reglementierung des wirtschaftlichen Geschehens entspricht auch der sozialen Tradition in vielen Ländern, in denen die Bevölkerung seit Jahrhunderten "in religiös sanktionierten, das Leben der einzelnen streng regelnden und kontrollierenden Gemeinschaften und Verbänden"⁴⁾ lebt und daher eine obrigkeitliche Wirtschaftslenkung von jeher gewöhnt ist. Die Einführung einer staatlichen Entwicklungsplanung braucht daher in solchen Ländern, im Gegensatz zur Einführung der Marktwirtschaft, keine sozialen Traditionen zu durchbrechen. Entscheidend trugen auch die internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, Weltbank) und die Entwicklungshilfe gewährenden Länder zur Ausbreitung der Entwicklungsplanung bei. Die Vereinten Nationen empfahlen schon 1951 den Entwicklungsländern, ihre wirtschaftliche Entwicklung zu planen⁵⁾ und haben diese Empfehlung bis heute beibehalten⁶⁾. Die Kommissionen, die im Auftrag der Weltbank die Entwicklungsmöglichkeiten in verschiedenen Ländern untersuchten, entwarfen stets als Ergebnis ihrer Arbeit einen Entwicklungsplan⁷⁾. Da schließlich auch viele der Entwicklungshilfe gewährenden Länder ihre Un-

4) B. Pfister: a. a. O., S. 256.

5) Siehe United Nations: Measures for Economic Development of Underdeveloped Countries, New York 1951.

6) Siehe hierzu v. a. die Jahresberichte der Unterorganisationen Economic Commission for Africa (ECA), Economic Commission for Latin America (ECLA) und Economic Commission for Asia and the Far East (ECAFE).

7) Siehe z.B. International Bank for Reconstruction and Development (IBRD): The Economic Development of Nigeria, Baltimore 1955; IBRD: The Economic Development of Malaya, Baltimore 1955.

terstützung vom Vorliegen eines Entwicklungsplanes abhängig machten, waren auch Länder, die an sich den marktwirtschaftlichen Weg der Entwicklung bevorzugten, zur Aufstellung eines Entwicklungsplanes gezwungen, wenn sie Auslandshilfe erhalten wollten⁸⁾.

Diese verschiedenen Einflüsse führten dazu, daß die Entwicklungsplanung zur vorherrschenden ordnungspolitischen Konzeption wurde. Die marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik, die dem Staat nur die Schaffung des Rahmens für die Aktivität der privaten Wirtschaftssubjekte auferlegt, die Entwicklung selbst aber den dynamischen Kräften des privaten Unternehmertums überläßt, gilt in diesen Kreisen als überholt. Da aber die jüngere Konzeption, und das ist ohne Zweifel die Entwicklungsplanung, nicht notwendigerweise auch die bessere zu sein braucht, muß die Frage, welche dieser beiden Formen der Entwicklungspolitik die besseren Erfolge zeitigt, genauer untersucht werden, als dies gemeinhin geschieht.

Die vorliegende Arbeit soll durch die systematische empirische Überprüfung entsprechender Hypothesen einen Beitrag hierzu leisten.

8) So machten beispielsweise die USA ihre Hilfe für die lateinamerikanischen Länder im Rahmen der Charta von Punta del Este (Allianz für den Fortschritt) zunächst von der Aufstellung eines umfassenden langfristigen Entwicklungsplanes abhängig.

B. Wesen und Bedingungen einer erfolgreichen marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik

I. Das Wesen der marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik

Die marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik geht davon aus, daß die Entwicklung durch private Unternehmer eingeleitet und in Gang gehalten wird, wenn der Staat die entsprechenden Bedingungen für deren Tätigkeit schafft. Damit hat der Staat im Entwicklungsprozeß nur eine subsidiäre Funktion, denn Hauptträger der wirtschaftlichen Entwicklung sind die privaten Unternehmer, während die staatliche Entwicklungspolitik nur darum bemüht ist, für deren Entfaltung ein möglichst günstiges Klima zu schaffen. Das wird durchaus nicht mit einer laissez-faire-Politik erreicht, sondern erfordert die Wahrnehmung einer ganzen Reihe von Aufgaben, die ihrer Natur nach nicht von der Privatwirtschaft durchgeführt werden können⁹⁾.
Im Gegensatz zur Entwicklungsprogrammierung¹⁰⁾ lenkt der Staat jedoch bei der marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik die

9) Siehe hierzu die im wesentlichen übereinstimmenden Aufgabenkataloge bei: Horst Claus Recktenwald: Die Finanzwirtschaft unserer Zeit, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1965, S.24; Otto Eckstein: Public Finance, Englewood Cliffs/N.J., S.10 ff.; P. T. Bauer: Economic Analysis and Policy in Underdeveloped Countries, Durhand/N.C. - London 1957, S.109; James E. Meade: Planung und Preismechanismus, in ders.: Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen - Zürich 1955, S.9; George N. Halm: Wirtschaftssysteme, Berlin 1960, S.37. Auch Adam Smith hat, im Gegensatz zu der wiederholt vertretenen Auffassung, die englischen Klassiker seien für eine laissez-faire-Politik eingetreten, die Notwendigkeit dieser Staatsaufgaben durchaus gesehen. Siehe Adam Smith: Eine Untersuchung über Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, Bd.3, Jena 1924, S.43.

wirtschaftliche Entwicklung nicht in eine bestimmte Richtung. Die Entwicklungsprogrammierung verfolgt dagegen sektorale Ziele, die der Staat als wünschenswert erachtet. Diese Zielsetzungen können sich einmal aus seinen politischen Absichten (militärische Stärke, Autarkie) ergeben und sind dann einer wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung nicht zugänglich. In der Regel wird jedoch die Einführung der Entwicklungsplanung mit ökonomischen Vorteilen begründet. Es wird behauptet, daß der Staat besser als die privaten Unternehmer die zukünftige Entwicklung der Konsumentenwünsche vorhersehen könne, so daß die optimale Produktionsstruktur ohne den Umweg über den marktwirtschaftlichen Tastprozeß vor sich gehen kann. Dadurch würden Kapitalverluste vermieden, die sich aufgrund der unternehmerischen Fehleinschätzung¹¹⁾ ergeben hätten.

Die große Zahl staatlicher Aufgaben, die auch bei grundsätzlich marktwirtschaftlicher Ordnung bestehen, bringt es mit sich, daß der Staat hierfür einen großen Teil des Sozialprodukts in Anspruch nehmen muß. Vom ökonomischen Verhalten dieses Sektors gehen deshalb erhebliche Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft aus. Es ist darum angebracht, einen möglichst rationalen Einsatz dieser Mittel anzustreben. Das bedingt, daß die staatliche Tätigkeit in einem größeren zeitlichen Rahmen als der Budgetperiode betrachtet werden muß.

10) Die Begriffe "Entwicklungsplanung" und Entwicklungsprogrammierung" werden synonym gebraucht.

11) Es ist allerdings fraglich, ob die Entwicklungsprogrammierung ihr Ziel erreicht, durch bessere Prognosen Kapitalverluste zu vermeiden. Siehe z.B. Ernst Dürr: Probleme der volkswirtschaftlichen Programmierung, "Wirtschaftspolitische Chronik", Heft 2/1963.

In vielen Ländern werden daher langfristige Investitionsprogramme der öffentlichen Hand aufgestellt, die vor allem in Entwicklungsländern gerne als "Entwicklungspläne" bezeichnet werden. Der grundsätzliche Unterschied zu "echten" Entwicklungsplänen besteht jedoch darin, daß hier nur der Sektor geplant wird, für den der Staat ohnehin die Planungs-¹²⁾kompetenz besitzt. Dagegen wird die sektorale Verteilung der Produktionsfaktoren nicht gelenkt; die Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erfolgt "im Prinzip durch die makroökonomisch ansetzende Geld- und Finanzpolitik",¹³⁾ also ohne die Absicht, selektive Wirkungen zu erzielen. Eine derartige Planung bedeutet keinerlei Einschränkung der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Jede rationale Wirtschaftspolitik wird außerdem versuchen, Klarheit über die zu erwartende Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu erhalten, damit z.B. die Infrastruktur dem zukünftigen Bedarf entsprechend ausgebaut werden kann. Es liegt nahe, solche Prognosen, die entweder zur Bestimmung des öffentlichen Investitionsprogramm oder davon unabhängig erstellt wurden, zu veröffentlichen. Auch diese Prognosen werden gelegentlich, z.B. in Japan, als Entwicklungspläne bezeichnet, haben jedoch "rein informativen Charakter für die Privatwirtschaft und die Wirtschaftspolitik"¹⁴⁾.

12) Siehe Hans Willgerodt: Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft?, "Ordo", Bd.XVII (1966).

13) Egon Tuchtfeldt: Die volkswirtschaftliche Rahmenplanung im Widerstreit der Meinungen, "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 94 (1965), S.14.

14) Ebenda, S.14.

und könnten als eine Art staatlicher Marktforschung bezeichnet werden¹⁵⁾. Entscheidend ist, daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung der Staat nicht beabsichtigt, die Privatwirtschaft zu einem plankonformen Verhalten zu veranlassen, sondern ihr völlig freistellt, welche Bedeutung sie der Prognose beimessen will. Zwar geht von einem solchen Plan möglicherweise ein psychologischer Einfluß auf die privaten Wirtschaftssubjekte aus, der sie zu einem plankonformen Verhalten veranlaßt, doch sind diese Wirkungen vermutlich sehr gering und bestehen bei allen staatlichen Verlautbarungen in gleicher Weise.

II. Die Ableitung der Entwicklungsbedingungen aus der ökonomischen Theorie

Den Mechanismus der marktwirtschaftlichen Entwicklung kennzeichnen zwei Faktoren: dynamische Unternehmer und der Marktmechanismus¹⁶⁾. Dynamische Unternehmer sind "Wirtschaftssubjekte, deren Funktion die Durchsetzung neuer (Faktor-) Kombinationen ist und die dabei das aktive Element sind"¹⁷⁾. Es geht also nicht nur um eine marginale Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, sondern diese dynamischen Unternehmer brechen aus

-
- 15) Das gilt unabhängig davon, ob man solche Prognosen für möglich hält, oder sie wie Alfred Müller-Armack (in Alfred Plitzko (Hsg.): Planung ohne Planwirtschaft (Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft), Basel-Tübingen 1964, S.42) als reine Zahlenspielerei bezeichnet.
- 16) Siehe z.B. Karl C. Thalheim: Über die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystem und wirtschaftlichem Wachstum, in Otto Stammer und Karl C. Thalheim (Hsg.): Festgabe für Friedrich Bülow, Berlin 1960.

der gewohnten Bahn aus und schaffen etwas grundsätzlich Neues. Sie realisieren den technischen Fortschritt und führen die erforderlichen Investitionen durch.

Nun ist allerdings die Zahl dieser Pionierunternehmer ziemlich klein und ihre Aktivität allein wäre daher nicht ausreichend, das wirtschaftliche Wachstum der Volkswirtschaft herbeizuführen. Um den Neuerungen der dynamischen Unternehmer wirtschaftliche Breitenwirkung zu verleihen, muß eine große Zahl von Nachahmern auftreten, die bereit sind, diese Neuerung zu übernehmen. In einer Marktwirtschaft werden solche Imitatoren durch das Wirken des Marktmechanismus angelockt. Der erfolgreiche Neuerer erzielt aufgrund seiner monopolartigen Stellung hohe Gewinne. Das aber führt "in einem frei konkurrierenden Industriezweig zu Investitionen in dieser Industrie, und die Investitionen tendieren ihrerseits wieder dahin, die . . . Gewinne zu eliminieren" ¹⁸⁾. Außerdem führt das Eindringen zusätzlicher Anbieter zu einer weiteren Verbesserung der Neuerung, weil sich nun eine größere Zahl von Konkurrenten um das beste Verfahren innerhalb der gegebenen Neukombination bemüht. Die nicht anpassungsfähigen Unternehmer müssen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, so daß auch hierdurch ein Zwang zur Übernahme der verbesserten Güter

17) Joseph A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952, S.111.

18) Tibor Scitovsky: Two Concepts of External Economies, "Journal of Political Economy", Vol.62 (1954), S.148.

19)

oder Verfahren ausgeübt wird .

Diese sprunghaften Fortschritte in den verschiedenen Branchen führen allmählich zu einem höheren Entwicklungsstand der Volkswirtschaft, der sich auf dem Weg über Investitionen und die Anwendung des technischen Fortschritts ergibt.

Das ist in kurzen Zügen der Ablauf des marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, wie ihn vor allem Joseph Schumpeter beschrieben hat ²⁰⁾ . Allerdings ist damit noch nichts darüber ausgesagt, unter welchen Bedingungen ein Entwicklungsprozeß in dieser Weise abläuft. Es wäre denkbar, daß ein solcher Prozeß von Bedingungen abhängig ist, die in der Wirklichkeit, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht gegeben und auch nicht realisierbar sind. Um dieses Problem untersuchen zu können, ist es erforderlich, zunächst diese Bedingungen herauszuarbeiten.

Eine unumgängliche Bedingung eines marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozesses ist das Auftreten dynamischer Unternehmer, also von Personen, die durch eine "Andersverwendung des Produktionsmittelvorrates einer Volkswirtschaft" ²¹⁾ die Entwicklung vorantreiben.

19) Siehe z.B. V.Almen Alchian: Uncertainty, Evolution, and Economic Theory, "Journal of Political Economy", Vol.58 (1950); Ernst Heuß: Allgemeiner Markttheorie, Tübingen - Zürich 1965, S.25-105.

20) Siehe J.A.Schumpeter: Theorie . . . , a. a. O.; ders.: Konjunkturzyklen, Bd.1, Göttingen 1961, Kap.4 ; Irma Adelman: Theories of Economic Growth, Stanford/Calif.,Ch.VI; Gerald M.Meier / Robert E. Baldwin: Economic Development: Theory, History, Policy, New Jork 1964, Ch.IV.

21) J.A.Schumpeter: Theorie . . . , a. a. O., S.103.

22)

Auch die Theorie der ungleichgewichtigen Entwicklung sieht den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß in ähnlicher Weise. Als Ausgangspunkt gilt hier das "Setzen von Ungleichgewichten", also ebenfalls eine "Andersverwendung des Produktionsmittelvorrates". Der Initiator dieses Vorgangs braucht nicht notwendigerweise ein privater Wirtschaftsführer zu sein, denn "wir knüpfen Begriff und Namen an die Funktion und an alle Individuen, die diese in irgendeiner Gesellschaftsform tatsächlich ausfüllen".²³⁾

Besonders in den Entwicklungsländern wird es oft für erforderlich gehalten, daß der Staat diese unternehmerische Funktion wahrnimmt,²⁴⁾ da private Neuerer angeblich nur in zu geringem Umfang vorhanden seien.²⁵⁾ Das muß nach den Erfahrungen in zahlreichen Ländern bezweifelt werden, sofern nicht wirtschaftliche Entwicklung mit Industrialisierung gleichgesetzt wird. Grundsätzlich ist die Industrie ein Wirtschaftszweig wie jeder andere und es ist nicht einzusehen, "weshalb hier entweder die wirtschaftlichste Entfaltung der Produktivkräfte oder das wirkungsvollste Mittel zu ihrem schnellsten Wachstum gegeben sein sollte".²⁶⁾ Vielmehr werden einheimische Unternehmer in der Regel zunächst auf kleinbetrieblicher Basis und häufig in der Landwirtschaft aktiv werden,²⁷⁾ weil diese Entwicklungsrichtung den Umweltsbedingungen am besten entspricht.

Kennzeichen des dynamischen Unternehmers ist ein Verhalten gegenüber wirtschaftlichen Tatbeständen, das im wesentlichen

22) Siehe Albert O. Hirschmann: die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967.

23) J.A. Schumpeter: Theorie . . . , a. a. O., S. 111.

24) Siehe z.B. A.O. Hirschmann: Strategie . . . , bes. S. 189 ff.

25) Siehe z.B. Karl Schiller: Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik, in Erich Schneider (Hsg.): Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", N.F. Bd. 35, Berlin 1965, S. 647; Hans W. Singer: Obstacles to Economic Development, "Social Research", Vol. 20 (1953), S. 23.

dem Bild entspricht, das Meier und Baldwin von den englischen Unternehmern zur Zeit der industriellen Revolution entwerfen: "Sie waren Individuen, die die Möglichkeiten einer Neuerung beachteten; sie waren entschlossen, den Widerstand zu überwinden, der bei der Durchführung neuer Dinge bestand; sie bewerteten das Unternehmen als Zeichen der Leistung. Das Motiv oder Ergebnis der unternehmerischen Tätigkeit war ein Wachstum des Gewinns oder der Wirtschaftlichkeit, ein Zuwachs oder eine Verschiebung an persönlicher Macht oder das Wachstum oder Überleben des Unternehmens".²⁸⁾

Die von den dynamischen Unternehmern ausgehenden Entwicklungsimpulse müssen in einem Wirtschaftssystem, das aus einer grossen Zahl unabhängiger Wirtschaftseinheiten besteht, durch das Auftreten einer größeren Zahl von Nachahmern verstärkt werden, da die Zahl der dynamischen Unternehmer relativ gering ist und deshalb ihre Aktivität allein nicht ausreicht, um die Entwicklung wirksam voranzutreiben.

Die Existenz einer derartigen Schicht stellt deshalb eine weitere Bedingung des marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozesses dar. Ihr Kennzeichen ist die Ausnutzung sich bietender Gewinnchancen, ohne daß sie, wie die Pionierunternehmer, schöpferische Phantasie zu besitzen brauchen. Sie versuchen lediglich, durch wirtschaftlich rationales Verhalten ein höheres Einkommen zu erreichen.

26) P.T.Bauer: Entwicklungsländer . . ., a. a. O., S.253.

27) Siehe P.T.Bauer / B.S.Yamey: The Economics . . ., a. a. O., S.104 f.

28) G.M.Meier / R.E.Baldwin: a. a. O., S.168.

Adam Smith war der Ansicht, daß "jedes Individuum ständig bemüht ist, die vorteilhafteste Verwendung jeder Art von Kapital, über die es verfügt, herauszufinden".²⁹⁾ Auch Bauer³⁰⁾ und Lewis³¹⁾ sind der Ansicht, daß sich dieser Grundsatz unmittelbar aus der Knappheit der Ressourcen ergebe und deshalb bei allen Völkern vorausgesetzt werden könne.

Das bedingt jedoch, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung als ein erstrebenswertes Ziel betrachtet wird, das einen möglichst vorteilhaften Einsatz der verfügbaren Mittel lohnt. Wenn die Bedürfnisse begrenzt sind, besteht kein Anlaß zu rationeller Verwendung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und nach Ansicht mancher Autoren besteht eine solche Einstellung in den Entwicklungsländern.³²⁾

Besonders Boeke³³⁾ stellt in seiner Theorie der dualistischen Wirtschaft diesen Faktor in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Seiner Ansicht nach ist die Begrenztheit der Bedürfnisse der Eingeborenen in den unterentwickelten Ländern und die damit verbundene traditionale Wirtschaftsgesinnung die entscheidende Ursache der Unterentwicklung. Es ist allerdings heute weitgehend anerkannt, daß diese Hypothese in dieser Allgemeinheit nicht haltbar ist, wie verschiedene Untersuchungen von Bauer, Higgins und Papanek zeigen.

29) Adam Smith: An Inquiry in the Mature and Causes of the Wealth of Nations, New York 1937, S.48.

30) F.T.Bauer: Economic Analysis . . . , a. a. O., S.17.

31) W.A.Lewis: a. a. O., S.37 f.

32) Siehe z.B. James S. Duesenberry: Some Aspects of the Theory of Economic Development, "Explorations in Entrepreneurial History", Vol.III(1950), S.72.

33) Siehe J.H.Boeke: Economics and Economic Policy of Dual Societies, New York 1953.

Neben dem Willen zur optimalen Nutzung sich bietender ökonomischer Chancen ist dann jedoch auch noch die Fähigkeit erforderlich, die erkannten Möglichkeiten zu realisieren. Der Aufbau und die Führung eines Unternehmens erfordert ein gewisses, branchenmäßig verschiedenes Maß an fachlichen Voraussetzungen, Organisationstalent und Führerqualitäten. Bei der Herausbildung dieser Fähigkeiten kommt dem Erziehungssystem und dem Bildungsniveau eines Landes wesentliche Bedeutung zu. Das ist auch der Grundgedanke der "Technischen Hilfe", die von den Vereinten Nationen und den meisten Entwicklungshilfe gewährenden Ländern neben der Kapitalhilfe gewährt wird. Hierdurch wird eine Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und die Vermittlung besonderer Fachkenntnisse durch die Bereitstellung von Fach- und Lehrkräften beabsichtigt.

Während sich die vorgenannten Bedingungen auf die Existenz von Menschen einer bestimmten Mentalität bezogen, betreffen die folgenden Bedingungen die Umwelt, in der diese Personen tätig werden sollen.

Wenn sich eine Volkswirtschaft durch das Wirken privater Initiative entwickeln soll, ist vor allem bedeutsam, daß Märkte bestehen, auf denen die Unternehmer ihre Produkte absetzen können und von denen sie die zur Produktion erforderlichen Produktionsfaktoren beziehen können. Die Durchführung wirtschaftlicher Verbesserungen ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur durch erhöhte Spezialisierung möglich, die aber in ihrem Umfang von der Größe des Marktes abhängt.³⁴⁾

34) So schon A. Smith. Siehe hierzu I. Adelman: Theories . . . , a. a. O., S.26)

Das bedeutet insbesondere, daß die Volkswirtschaft den Zustand überwinden muß, in dem sie lediglich aus einer Vielzahl unverbundener Selbstversorgungswirtschaften besteht,³⁵⁾ während eine dynamische Wirtschaft auf einer möglichst großen Interdependenz der einzelnen Wirtschaftseinheiten beruht. Ungeachtet anderer Faktoren betrachtet deshalb z.B. Habakkuk gerade die Tatsache, daß die Entstehung von Märkten in Westeuropa durch die geographische Lage begünstigt wurde, als letzte Ursache der industriellen Revolution.³⁶⁾

Wirtschaftliche Verbesserungen erfordern in aller Regel Investitionen, zu deren Durchführung ein Unternehmer Kapital benötigt, das er sich entweder durch Konsumverzicht oder Aufnahme von Krediten beschaffen kann.

Nach den Vorstellungen Schumpeters ist für dynamische Unternehmer vor allem die zweite Möglichkeit von Bedeutung. Hierdurch wird der Kreis der potentiellen Unternehmer nicht nur auf die kleine Schicht wohlhabender Personen beschränkt, die Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren in der Lage sind. Wenn in einer Volkswirtschaft keine Möglichkeit der langfristigen Kreditaufnahme besteht, weil die volkswirtschaftliche Kapitalbildung zu gering ist oder die entsprechenden finanzwirtschaftlichen Institutionen fehlen

36) H.J.Habakkuk: The Historical Experience on the Basic Conditions of Economic Progress, in Barry E.Supple (ed.): The Experience of Economic Growth. Case Studies in Economic History, New York 1963, S.113 f.

kann nur ein kleiner Teil der unternehmerischen Talente zur Entfaltung kommen.

In den ersten Ansätzen einer wirtschaftlichen Theorie der unterentwickelten Gebiete nimmt die Frage der Kapitalauf-³⁷⁾bringung die zentrale Stellung ein. Geringes Einkommen und fehlende finanzwirtschaftliche Institutionen verhindern eine ausreichende Kapitalbildung, die wiederum als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung betrachtet wurde.

Von erheblicher Bedeutung für das Tätigwerden potentieller Unternehmer ist weiterhin die Wirtschaftsordnung eines Landes, da hierdurch in entscheidendem Maße der Spielraum für die unternehmerische Betätigung festgelegt wird. Grundsätzlich gilt, daß die selbständige unternehmerische Aktivität umso schwieriger wird, je stärker der Staat kontrollierend und lenkend in die Wirtschaft eingreift, wenn man von den "Minimalfunktionen" des Staates absieht, deren Nichterfüllung die Tätigkeit privater Unternehmer nicht erleichtert, sondern erschwert.^{34a)} Ansonsten aber hat Wolf recht, wenn er sagt, daß das entscheidende Wachstumshindernis in vielen Fällen nicht Kapitalmangel oder fehlendes technisches Wissen sind, sondern das Fehlen der richtigen Art von Institutionen, die die Einführung neuer Verfahren und die Bildung produktiven Kapitals erlauben und fördern.^{35a)} Wenn sich also das wirt-

34a) Siehe Alexander Eckstein: Individualism and the Role of the State in Economic Growth, "Economic Development and Cultural Change", Vol.VI (1957/58), S.85.

35a) Siehe Charles Wolf jr.: Institutions and Economic Development, "American Economic Review", Vol.45 (1955), S.867.

37) Siehe z.B. Ragnar Nurkse: The Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1952.

schaftliche Wachstum mit Hilfe einer marktwirtschaftlichen Politik vollziehen soll, muß der Staat einen Rahmen für den Wirtschaftsablauf schaffen, der den privaten Unternehmern weitgehende Entfaltungsfreiheit gewährt. Das erfordert keine wirtschaftliche Abstinenz des Staates, sondern eine sinnvolle Ergänzung der privaten Aktivität durch staatliche Maßnahmen, z.B. durch Ausbau der Infrastruktur, Förderung des Wettbewerbs und ähnliche Maßnahmen. 36a)

Allerdings führt eine solche Ordnung, die die Entfaltung der privaten Initiative fördert, nur dann zu nennenswerten Investitionen und unternehmerischer Betätigung, wenn gesichert ist, daß die Grundzüge dieser Ordnung auch auf längere Sicht gültig bleiben. Das bedingt einmal eine "eindeutige und überzeugend wirkende ordnungspolitische Gesamtentscheidung für die Marktwirtschaft und das Privateigentum an den Produktionsmitteln",^{37a)} damit der Unternehmer bei seinen wirtschaftlichen Dispositionen nicht damit zu rechnen braucht, daß durch staatliche Eingriffe seine Entscheidungsfreiheit eingeengt, die Rentabilitätslage seines Unternehmens manipuliert oder sein Unternehmen sozialisiert wird.

Um aber den Staat als Quelle zusätzlichen Risikos möglichst auszuschalten, ist neben dem politischen Willen zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung auch die Macht erforderlich, diese Ordnung durchzusetzen und dauernd funktionsfähig zu

36a) Siehe hierzu die in Anmerkung 9) genannten Werke.

37a) Fritz W. Meyer: Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung, "Ordo", Bd.XII (1960/61), S.281.

erhalten. Sichere politische Verhältnisse sind deshalb nach Waterstons Ansicht für die Entwicklung wichtiger als die Art der Wirtschaftspolitik.³⁸⁾ Auch Lewis betont, daß viele Länder deshalb dem Niedergang ausgesetzt waren, "weil der Staat unwillig oder zu schwach war, die Eigentümer vor Banditen und den Ausschreitungen des Mob zu schützen".³⁹⁾

Von wesentlicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung sind weiterhin die sozialen Bedingungen des Wachstumsprozesses. Bereits Schumpeter hat darauf hingewiesen, daß der dynamische Unternehmer nicht allein vom Streben nach Gewinn geleitet wird, sondern daß daneben noch andere Motive eine Rolle spielen.⁴⁰⁾ Insbesondere soll durch die erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit ein höheres gesellschaftliches Ansehen erreicht werden, was jedoch voraussetzt, daß der Stand des Unternehmers relativ hohes Ansehen genießt, denn "in jedem Land werden die unternehmenden jungen Leute versuchen, sich in derjenigen Weise auszuzeichnen, in der sie die höchsten Ehren gewinnen können. . . . Nur wenn sie als erfolgreiche Organisatoren wirtschaftlicher Tätigkeit die höchsten Ehren erwerben können, werden sie an die wirtschaftliche Laufbahn denken. . . . Gelderwerb steht immer im Wettbewerb mit anderen Methoden, soziales Ansehen zu erreichen, und die Menge intelligenter und unternehmender junger Leute, die sich zum Gelderwerb hingezogen fühlen, ist zum Teil eine Funktion des relativen

38) Siehe A.Waterston: Development Planning . . . , a. a. O., S.6; ders.: A Hard Look at Development Planning, "The Fund and Bank Review. Finance and Development", Vol.III, Nr.2 (June 1966), S.86.

39) William Arthur Lewis: Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen - Zürich 1956, S.61; siehe auch P.T.Bauer / B.S.Jamey: The Economics of Underdeveloped Countries, Cambridge 1957, S.164.

Ansehens dieser Tätigkeit im Vergleich zu anderen".⁴¹⁾

Das erfordert allerdings zusätzlich eine bewegliche Sozialstruktur, damit die angestrebte Position auch erreichbar ist. Ist das nicht der Fall, so entstehen hieraus neben einer Verschwendung unternehmerischer Fähigkeiten soziale und politische Spannungen, da "die Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung zur Erreichung eines höheren Lebensstandards als praktikable dritte Alternative zwischen der Erhaltung des status quo und der Revolution immer mehr schwindet".⁴²⁾

III. Kritik der marktwirtschaftlichen Entwicklungs- politik

Die große Mehrheit der Experten für Fragen der unterentwickelten Gebiete lehnt eine marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik in den Entwicklungsländern als wenig erfolgversprechend ab. Man gesteht zwar zu, daß die marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik die Entwicklung in Westeuropa und Nordamerika sehr wirksam gefördert hat und hier vermutlich der Entwicklungsplanung überlegen war, aber man schreibt diesen Erfolg dem Umstand zu, daß diese Politik hier eine einmalige günstige Situation angetroffen habe, in der die notwendigen Bedingungen für eine solche Politik zufällig gegeben waren.

40) Siehe J.A.Schumpeter: Theorie . . . , a. a. O., S.134 ff.

41) W.A.Lewis: a. a. O., S.21 f.

42) B.F.Hoselitz: Non- Economic Barriers . . . , a. a. O., S.11.

Eine ähnlich günstige Konstellation sei in den heutigen Entwicklungsländern nicht gegeben, so daß nur eine staatliche Wirtschaftsplanung und -lenkung die Unterentwicklung in diesen Gebieten beseitigen könne.⁴³⁾

Dabei wird allerdings übersehen, daß eine solche zentrale Entwicklungsplanung nicht nur in den heutigen Industrieländern nicht erforderlich war, sondern ebensowenig zur Erreichung des schnellen Fortschritts in vielen Entwicklungsländern.⁴⁴⁾ Da der Aufschwung jedoch von einem sehr niedrigen Niveau aus erfolgte, liegt das Volkseinkommen dieser Länder immer noch weit unter dem europäischen nordamerikanischen Niveau.⁴⁵⁾ Keinesfalls aber ist Unterentwicklung gleichbedeutend mit Stagnation.⁴⁶⁾

Andere Autoren (z.B. Myrdal) gehen mit ihrer Kritik an der marktwirtschaftlichen orientierten Entwicklungspolitik noch weiter. Ihrer Ansicht nach ist diese Form der Entwicklungspolitik einer stärker planwirtschaftlich ausgerichteten Politik grundsätzlich unterlegen, weil ihre ganze Konzeption fehlerhaft sei, nicht allein wegen der Schwierigkeit, die entsprechenden Bedingungen zu schaffen. Wenn verschiedene Länder mit Hilfe einer marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik ein sehr hohes wirtschaftliches Niveau erreichen konnten, so bedeutet das nach Ansicht dieser Autoren nur,

43) So z.B. Jan Tinbergen: Grundlagen der Entwicklungsplanung, Hannover 1964. S.11.

44) Siehe P.T.Bauer: Entwicklungsländer (II). Ökonomische Problematik, im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.3, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961, S.255.

45) Siehe P.T.Bauer: Economic Analysis . . . , a. a. O., S.49 ff.; ders.: The Economic Development of Nigeria, "Journal of Political Economy", Vol.63 (1955), S.408.

daß hier die Bedingungen einer solchen Politik ziemlich gut gegeben waren. Wenn diese Länder aber Entwicklungspläne gehabt hätten, wären sie noch rascher gewachsen.⁴⁷⁾ Außerdem müsse der Marktmechanismus selbst in den westlichen Ländern durch ein umfangreiches System wohlfahrtstaatlicher Eingriffe modifiziert werden, um einigermaßen befriedigend zu arbeiten.⁴⁸⁾ Insbesondere die umfassenden Änderungen der Wirtschaft, die in den Entwicklungsländern erforderlich sind, sind nach Ansicht der Verfechter einer Entwicklungsplanung mit Hilfe der Marktkräfte allein nicht durchführbar. "Sie glauben, daß der Marktmechanismus zwar kleine und kontinuierliche Änderungen bewirken kann, er jedoch zu schwach ist, einen großen, umfassenden "big push" hervorzurufen, der notwendig ist, um die . . .⁴⁹⁾ zusammenhängenden circuli vitiosi zu durchbrechen". Wenn also die Daten umwälzenden Änderungen unterliegen, ver-⁵⁰⁾sage der Marktmechanismus. Hierbei wird allerdings das Wesen des marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und des dynamischen Unternehmers als seinen entscheidenden Initiator grundsätzlich verkannt. Seine Tätigkeit besteht nicht darin,

-
- 46) Diese Gleichsetzung liegt z.B. der Theorie vom "circulus vitiosus der Armut" zugrunde, in dem die Entwicklungsländer gefangen seien. Siehe hierzu v.a. Gunnar Myrdal: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Gebiete, Stuttgart 1959, S.49 f.; Ragnar Nurkse: The Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1952, S.49 ff.; P.N.Rosenstein-Rodan: Problems of Industrialisation in Eastern and South-Eastern Europe, "The Economic Journal", Vol.52 (1942).
- 47) Siehe z.B. B.A. Waterston: A Hard Look . . ., a. a. O., S.86.
- 48) Siehe G.Mayrdal: a. a. O., S.37 ff.
- 49) Hla Myint: The Economics of the Developing Countries, London 1965, S.108.
- 50) Siehe z.B. J.E.Meade: a. a. O., S.4; Frederick Clairmonte: Economic Liberalism and Unterevelopment, Bombay 1960, s.227.

wie ein Automat auf Datenänderungen zu reagieren, sondern für die Volkswirtschaft neue Daten zu setzen.⁵¹⁾ Diese Aufgabe hat er in vielen Fällen erfüllt, deren markantester die industrielle Revolution Westeuropas war.

Die Entwicklungsplanung soll auch dadurch ein höheres Wachstum sichern, daß durch den staatlichen Entwicklungsplan die Zukunft transparenter gestaltet wird und somit Fehlinvestitionen vermieden werden können. Das führe einmal dazu, daß die Investitionsneigung steigt, weil das Investitionsrisiko geringer wird und zum andern die Kapitalproduktivität zunimmt, weil nun das Entwicklungsziel ohne den Umweg über den marktwirtschaftlichen Tastprozeß, bei dem stets einige Investoren in der falschen Richtung experimentieren, angesteuert werden kann. Beides ist nur dann zutreffend, wenn die dem Plan zugrundeliegende Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung zutrifft. Wenn dies nicht angenommen werden kann, wird die Zukunft für einen Investor keineswegs geringere Risiken enthalten und auch die Annahme einer steigenden Kapitalproduktivität ist nur bei richtigen Prognosen haltbar. Es ist möglicherweise richtig, daß "eine zusammenhängende Gruppe, die autoritär organisiert ist, . . . gegebene Ziele wahrscheinlich besser als eine individualistisch orientierte Gruppe"⁵²⁾ erreicht. Wenn jedoch "keine überlegene Information der Führenden angenommen werden kann, dann werden vermutlich eine Menge von Individuen, die in allen möglichen Richtungen experimentieren, mit größerer Wahrscheinlichkeit offene Türen finden als der Führer mit dem Monopol der Bewegungsfreiheit".⁵³⁾

51) Siehe J.A. Schumpeter: Theorie . . . , a. a. O., S.100 f.

52) W.A. Lewis: a. a. O., S.83.

53) W.A. Lewis: a. a. O., S.83.

Eine gesamtwirtschaftliche Planung steht und fällt somit mit der Richtigkeit der langfristigen Prognosen.⁵⁴⁾ Richtige Prognosen sind aber bisher weder in den entwickelten noch in den Entwicklungsländern gelungen, wobei insbesondere die Entwicklung des Außenhandels, des technischen Fortschritts und Preis- und Einkommensänderungen nicht in den Griff zu bekommen waren,⁵⁵⁾ weil noch keine überprüfte Theorie über die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und ihrer Sektoren gefunden worden ist.⁵⁶⁾ Die Prognoseschwierigkeiten werden in den Entwicklungsländern auch nicht dadurch geringer, daß sie die entwickelten Länder als Vorbild für ihre Entwicklung nehmen,⁵⁷⁾ da Entwicklungsstand und Bestand an volkswirtschaftlichen Hilfsquellen völlig unterschiedlich sind.⁵⁸⁾

Als bedeutsame Schwäche der marktwirtschaftlichen Entwicklungskonzeption wird vielfach angeführt, daß hierbei "external economics" unberücksichtigt bleiben.⁵⁹⁾ Dadurch werde die Entwicklung in eine falsche Richtung gelenkt, die durch staatliche Lenkung korrigiert werden müsse. Sicher bleiben solche Effekte bei unternehmerischen Entscheidungen außer Ansatz. Da es aber unmöglich ist, diese in der Wirklichkeit zu bestimmen oder gar zu quantifizieren,⁶⁰⁾ ist nicht ersichtlich, wie die Entwicklungsplanung diese Abweichung vom Optimum korrigieren will, Durch den mehr oder

54) Siehe Diskussionsbeitrag W.Lindner in Planung in der freien Marktwirtschaft (Bergedorfer Protokolle), Hamburg - Berlin 1964, S.31.

55) Siehe z.B. A.Waterston: Development Planning . . . , a. a. O., S.82.

56) Siehe E.Dürr: Probleme . . . , a. a. O., S.56

57) So z.B. W.A.Lewis: a. a. O., S.84.

58) Siehe P.T.Bauer/B.S.Yamey: The Economics . . . , a. a. O., S.2

59) Siehe z.B.Charles Kindleberger: Economic Development, New York - Toronto - London 1958, S.153

60) Siehe z.B. Hollis B.Chenery: The application of Investment Criteria, "Quarterly Journal of Economics", Vol.67 (1953).

weniger vollständigen Verzicht auf den Preis als Knapp-
heitsindikator⁶¹⁾ entfernt man sich möglicherweise noch
weiter vom Optimum, weil nun jeder ökonomische Erfolgsmaß-
stab fehlt. Daher meint Stolper: "In der Praxis werden die
external economies allzu oft nur deshalb ins Spiel gebracht,
weil man den Bau von Stahlwerken und anderen Spielzeugen von
Politikern und Planern rechtfertigen will und um einer offen-
kundigen ökonomischen Dummheit einen Schein von Gelehrtheit
zu geben!".⁶²⁾

Ein weiterer Vorzug der Entwicklungsplanung gegenüber einer
marktwirtschaftlichen Politik ist nach Ansicht ihrer Verfech-
ter die Möglichkeit des Zwangssparens zur Steigerung der
Kapitalbildung. Das beruht allerdings nicht auf der Entwick-
lungsplanung an sich, sondern der damit in der Regel ver-
bundenen größeren Macht des Staates. Nun bedeutet eine höhere
Kapitalbildung nicht ohne weiteres auch ein höheres Wachs-
tum,⁶³⁾ außerdem führt der staatliche Zwangssparprozeß häu-
fig nur zu einer Umlenkung von Mitteln aus dem privaten in
den öffentlichen Sektor,⁶⁴⁾ ohne daß neues Kapital in nen-
nenswertem Umfang gebildet wird.

Von Nachteil ist bei der Entwicklungsplanung jedoch in jedem
Fall, daß das Risiko falscher Entscheidungen nicht diejenigen

61) Z.B. schlägt Myrdal vor, nicht in Wert-, sondern in
Mengengrößen zu planen, weil der Preismechanismus feh-
lerhaft sei. (G.Myrdal: a. a. O., S.86 ff.)

62) Wolfgang F.Stolper: External Economies From a Planning
Standpoint, "Zeitschrift für die gesamte Staatswissen-
schaft", Bd.119 (1963), S.213.

63) Siehe Ernst Dürr: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik,
"Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik",
Bd.176 (1964).

64) Siehe P.T.Bauer: Economic Analysis . . . , a. a. O., S.116 f.

tragen müssen, die sie treffen und daher vermutlich besonders sorgfältig alle Möglichkeiten abwägen, sondern daß Verluste der Allgemeinheit angelastet werden.⁶⁵⁾ Außerdem können die Planer ihre Fehler dadurch verschleiern, daß sie "die gesamte Nachfrage durch Inflation so . . . erhöhen, daß Fehlinvestitionen durch den Kaufkraftüberhang verdeckt werden oder die Aufteilung der Nachfrage auf die einzelnen wirtschaftszweige nicht mehr dem Markt . . . überlassen, sondern so . . . lenken, daß sie dem Angebot entspricht, das aufgrund der staatlichen Prognosen und Empfehlungen zustande gekommen ist".⁶⁶⁾

Auch die Entwicklungsplanung weist somit einige bedeutsame Schwächen auf, die es nicht gestatten, a priori dieses System als die bessere Form der Entwicklungspolitik zu bezeichnen. Es sind deshalb genauere Untersuchungen erforderlich, die zunächst zeigen sollen, ob überhaupt die Bedingungen einer marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik gegeben sind. Ist der Rahmen des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses in den Entwicklungsländern so beschaffen, daß eine marktwirtschaftliche Politik scheitern muß, dann würde sich die Entwicklungsplanung möglicherweise trotz einiger Schwächen als entwicklungspolitische Konzeption empfehlen.

65) Siehe P.T.Bauer / B.S.Yamey: The Economics. . . , a. a. O., S.155.

66) Siehe P.T.Bauer: Entwicklungsländer . . . , a. a. O., S.246

C. Das Vorliegen der Bedingungen einer marktwirtschaftlichen
Entwicklungspolitik in den Entwicklungsländern

I. Die Existenz dynamischer Unternehmer

Personen mit den Eigenschaften dynamischer Unternehmer sind entgegen manchen Vermutungen auch in den Entwicklungsländern zu finden und zwar nicht nur als Einzelercheinungen. Es gibt eine ganze Reihe von Fällen, in denen solche Unternehmer scharenweise aufgetreten sind und eine echte wirtschaftliche Umwälzung herbeigeführt haben.

Die Einführung des Anbaus von Kakao und Erdnüssen in Westafrika, von Kaffee und Baumwolle in Uganda, von Gummi in Südostasien erfolgte durch die eingeborenen Landwirte in kurzer Zeit, obwohl damit gleichzeitig der Übergang von der Selbstversorgungswirtschaft zur Marktproduktion verbunden war.⁶⁶⁾

In der Türkei⁶⁷⁾ und in Pakistan⁶⁸⁾ konnte nach der Beseitigung wirtschaftlicher Beschränkungen ein sprunghaftes Anwachsen der Zahl privaten Unternehmer und eine Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf völlig neue Gebiete beobachtet werden. Das indonesische Unternehmertum war vor der Besetzung Indonesiens durch die Holländer ebenso leistungsfähig wie die damals in Europa wirtschaftlich führenden Holländer und Portugiesen.⁶⁹⁾

67) Siehe Alec P. Alexander: Industrial Entrepreneurship in Turkey: Origins and Growth, "Economic Development and Cultural Change", Vol. VIII (1959/60).

68) Siehe Gustav F. Papanek: The Development of Entrepreneurship, "American Economic Review", Papers and Proceedings, Vol. 52 (1962).

69) Siehe Justus M. van der Kroef: Entrepreneur and Middle Class in Indonesia, "Economic Development and Cultural Change", Vol. II (1953/54), S. 299.

Die Maoris auf Neuseeland, die 1840 auf einer steinzeitlichen Kutturstufe standen, gingen innerhalb weniger Jahre zu einer grundlegend anderen Wirtschaftsform über, indem sie Lebensmittel für die europäische Bevölkerung produzierten und hierzu umfangreiche Investitionen vornahmen, z.B. Mühlen, Seeschiffe, die den Rahmen des bisher gewohnten weit überstiegen.⁷⁰⁾ In Hongkong und Tai-Wan entwickelte sich nach dem 2. Weltkrieg eine umfangreiche verarbeitende Industrie, die völlig selbständig von einheimischen Kräften aufgebaut wurde und sich auf dem Weltmarkt erfolgreich behauptet.⁷¹⁾

Auch die Tatsache, daß die Chinesen in Südostasien, die Indianer in Ostafrika, die Levantiner in Westafrika und Brasilien⁷²⁾ sich als sehr dynamische Unternehmer erweisen, während sie in ihrer Heimat wenig Dynamik zeigen, deutet darauf hin, daß der so häufig behauptete Mangel an Pionierunternehmern in den Entwicklungsländern in erster Linie auf den ungünstigen Umweltbedingungen in diesen Ländern beruht, die das Tätigwerden potentieller Unternehmer sehr stark hemmen.

70) Siehe Robert S.Merrill: Some Social and Cultural Influences on Economic Growth: The Case of the Maori, "The Journal of Economic History", Vol.14, Nr.4 (1954).

71) Siehe Franz Aschinger: Japan und Hongkong. Wirtschaftsphänomene des Fernen Osten, Zürich 1965, S.42.

72) Siehe z.B. Henry G.Aubrey: Investment Decisions in Underdeveloped Countries, in Capital Formation . . . , a. a. O., S.416 f.; Everett E. Hagen: On the Theory of Social Change, Homewood 1962; William H.Richolls: Accomodating Economic Change in Underdeveloped Countries, "American Economic Review", Papers and Proceedings, Vol.49 (1959), S.158 f.

Die angeführten Beispiele zeigen, daß auch in den Entwicklungsländern mit dem Auftreten privater Neuerer gerechnet werden kann, wenn man ihnen die entsprechenden Bedingungen schafft, auch wenn sie bisher nicht in wesentlichem Umfang in Erscheinung getreten sind. Ebenso wenig "war von Schottland in der Mitte des 18. Jahrhunderts oder von Japan um 1860 zu erwarten, daß es kurz darauf einige der fähigsten 73) Unternehmerpersönlichkeiten der Welt hervorbringen würde!" Das schließt natürlich nicht aus, daß es in einigen Ländern tatsächlich nicht genügend dynamische Unternehmer gibt. Die Tatsache, daß ein Land positive Wachstumsraten des realen Sozialprodukts aufweist, bedeutet noch nicht, daß dieses Land auch dynamische Unternehmer besitzen muß, weil das wirtschaftliche Wachstum auch durch die Aktivität ausländischer Unternehmer oder eine bloße Vermehrung der Produktionsfaktoren hervorgerufen worden sein kann. Es kann aber auch nicht als allgemeines Zeichen der Wirtschaft in den Entwicklungsländern angesehen werden, daß Pionierunternehmer nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind. Sicherlich ist die Mentalität der Bevölkerung mancher Entwicklungsländer, z.B. in Südamerika, der Entwicklung dynamischer Unternehmer nicht gerade förderlich, aber es muß bezweifelt werden, ob dieser Tatsache anders als durch einen langfristigen Prozeß der Aufklärung und Erziehung begegnet werden kann. Durch eine stärker planwirtschaftlich ausgerichtete Entwicklungspolitik wird im Gegenteil die Ausbildung der "Fähigkeit zum Treffen von Entwicklungsent-

73) R. Cameron: a. a. O., S.322.

scheidungen", nach Hirschman die Hauptaufgabe staatlicher Entwicklungspolitik,⁷⁴⁾ wahrscheinlich sehr behindert, wenn der Staat einen großen Teil der wirtschaftlichen Entscheidungen selbst trifft und den Wirtschaftssubjekten damit weitgehend die Möglichkeit nimmt, das Treffen solcher Entscheidungen zu "lernen", so daß eine staatliche Entwicklungsplanung auch langfristig nicht zu einer Erhöhung der Zahl der dynamischen Unternehmer beiträgt.

Das bestätigen die europäischen Erfahrungen im 19. Jahrhundert, als die Länder, die eine Entwicklung durch staatliche Lenkung versuchten (Rußland, Spanien, Türkei) sämtlich scheiterten.⁷⁵⁾ Dagegen könnte angeführt werden, daß sich die Staaten Osteuropas im 20. Jahrhundert unter einem System der Zentralverwaltungswirtschaft, also noch erheblich stärkerer staatlicher Lenkung, sehr rasch entwickelt haben. Allerdings erfolgte diese Entwicklung einmal in erheblichem Umfang durch eine rigorose Erhöhung der Kapitalbildung, also eine reine Erhöhung der Faktormengen, nicht eine Verbesserung des Faktoreinsatzes (im Sinne Schumpeters also Wachstum, nicht Entwicklung)⁷⁶⁾, zum andern vollzog sich diese Entwicklung unter dem Einfluß einer völlig veränderten, wesentlich stärker leistungsorientierten Ideologie, also einem grundlegend veränderten sozialen Rahmen.

74) Siehe A. O. Hirschman: The Strategy . . . , a. a. O., S. 5; Hellmut Hartmann: Alternativen der Entwicklungspolitik. Theorien über Gleichgewicht und Ungleichgewicht der Entwicklungsländer, "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", 7. Jg., Tübingen 1962.

75) Siehe R. Cameron: a. a. O., S. 321 f.

76) Siehe J. A. Schumpeter: Theorie . . . , a. a. O., S. 95 ff.

II. Wirtschaftlich rationales Verhalten

Es muß als Tatsache anerkannt werden, daß es keineswegs sicher ist, "daß die Leute die bessere Produktionsfunktion wählen werden, wenn sie diese kennen und wenn sie sich ausrechnen können, daß durch ihre Anwendung der Nettoertrag ihrer Tätigkeiten steigt".⁷⁷⁾

Beispielsweise führte die Propagierung ertragreicherer Getreidesorten in der indischen Landwirtschaft keineswegs zur Verwendung dieser Sorten, obwohl der Vorteil offensichtlich war.⁷⁸⁾ Die Ursache für ein derartiges, nach europäischen Maßstäben sehr unvernünftiges Verhalten liegt in dem unterschiedlichen Wertsystem, das der ökonomischen Sphäre wesentlich geringeres Gewicht einräumt.⁷⁹⁾ Auch in Europa war die wirtschaftliche Rationalität nicht zu allen Zeiten so stark ausgeprägt, sondern entwickelte sich erst seit dem Beginn der Neuzeit.⁸⁰⁾

Die entwicklungshemmenden Wertsysteme können durchaus verschieden geartet sein. In manchen Ländern, etwa in Thailand, wird die Freizeit sehr hoch geschätzt. Zusammen mit den günstigen Umweltbedingungen (dünne Besiedelung, günstiges Klima, somit Sicherung des Lebensunterhalts ohne wesentlichen Anstrengungen) führt es dazu, daß wirtschaftliche Anstrengungen nicht sehr hoch geschätzt werden.

77) Bert F.Hoselitz: Problems of Adapting and Communicating Modern Techniques to Less Developed Areas, "Economic Development and Cultural Change", Vol.II (1953/54), S.251.

78) Ebenda; S.250 f.

79) Siehe B.F.Hoselitz: Non - Economic Barriers . . . , a. a. O., S.15.

80) Siehe Karl Helleiner: Moral Conditions of Economic Growth, "Journal of Economic History", Vol.11, Nr.2 (1951).

Ähnlich ist es in vielen Teilen der Südsee. Manche Religionen bewerten die Bedürfnislosigkeit sehr hoch. Der Möglichkeit wirtschaftlicher Verbesserungen wird dann in der Regel wenig Beachtung geschenkt.⁸¹⁾ Beispiele hierfür sind der Hinduismus in Indien, aber auch das mittelalterliche Christentum.⁸²⁾ Ähnliche Wirkungen haben manche Ideologien, wie etwa in Indonesien, wo die revolutionäre Bewegung den Anschein erweckte, als seien mit der Erreichung der politischen Unabhängigkeit auch alle wirtschaftlichen Probleme gelöst, "unabhängig von wirtschaftlichen Vorgängen, kollektivem Opfer oder individueller Anstrengung".⁸³⁾ Ähnliches gilt für manche politischen Bewegungen Afrikas oder den Cargo - Kult in Melanesien und Neu - Guinea.

Die Existenz solcher Wertsysteme macht die Einführung wirtschaftlicher Neuerungen und damit eine wirtschaftliche Entwicklung außerordentlich schwierig. "Es gibt keinen Ersatz für ideologisches Feuer. Ein Land, oder wenigstens ein grosser Teil seiner Elite, muß Wirtschaftsleistung stark genug wünschen, um ihr Priorität vor allen anderen Wünschen zu geben. Ein Land kann nicht von außen her gegen seinen Willen⁸⁴⁾ entwickelt werden". Fehlt dieser Wille zur wirtschaftlichen Entwicklung, dann würde man allerdings auch das Ziel des Wirtschaftswachstums sehr gering zu bewerten haben und wirtschaftliche Stagnation wäre somit nicht allzu schwerwiegend.

81) Siehe M.J.Levy, Jr.: a. a. O., S.473.

82) Siehe z.B.Paul Alpert: Economic Development. Objectives and Methods, Galt/Ont., o.J.

83) Justus M.van der Kroef: Economic Development in Indonesia: Some Social and Cultural Impediments, "Economic Development and Cultural Change", Vol.IV (1955/56), S.117.

84) D.C.Mc Clelland: a. a. O., S.372.

Jedoch schwindet diese Einstellung unter den Bewohnern der Entwicklungsländer sichtlich, vor allem die Jugend wird zunehmend von neuen Wertsystemen geleitet, die die wirtschaftliche Rationalität begünstigen⁸⁵⁾ und es werden somit von dieser Seite her die notwendigen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen. In vielen Entwicklungsländern ist dieses wirtschaftlich rationale Verhalten schon seit langem zu finden. So reagierte die Bevölkerung Südiindiens sehr ausgeprägt auf Lohnänderungen in den Gummi- und Teeplantagen Südostasiens, indem die Zahl der Auswanderer in diese Gebiete je nach der Lohnentwicklung schwankte.⁸⁶⁾ Die nigerianischen Erdnußbauern reagieren sehr rasch auf eine Änderung der Preisrelationen zwischen den verschiedenen Erdnußqualitäten und gingen dazu über, nur noch ertragbringendere Qualitäten zu erzeugen.⁸⁷⁾ In Indonesien führte jede Zunahme der Exporterlöse zu einer entsprechenden Erhöhung des Konsums, vor allem von Importgütern, was eindeutig die Ansicht von einer Begrenztheit der Bedürfnisse widerlegt.⁸⁸⁾ Besonders ausgeprägt ist dieses Streben nach größtmöglichen wirtschaftlichem Vorteil bei den Kaufleuten aller Entwicklungsländer, die sehr preisbewußt handeln und stets eine Maximierung ihres Gewinns zu erreichen suchen.⁸⁹⁾

85) Siehe z.B. J.W. Williams: Problems of Economic Development of Ghana, Nigeria, Sierra Leone, Spanish Territories, in E.A.G. Robinson (3d.): Economic Development for Africa South of the Sahara, London 1964, S.190 ff.

86) Siehe P.T. Bauer: Entwicklungsländer . . . , a. a. O., S.243.

87) Siehe P.T. Bauer / B.S. Jamey: A Case Study of Response to Price in an Underdeveloped Country, "The Economic Journal", Vol.69 (1959); J.S. Hogendorn: Response to Price Change: A Nigerian Example, "Economica", N.S. Vol.34 (1967)

88) Siehe Benjamin Higgins: Economic Development, New York 1959, S.282.

89) Siehe z.B. B.F. Hoselitz: Sociological Aspects . . . , a. a. O., S.142; K. Schiller: Zur Wachstumsproblematik . . . , a. a. O.

Es besteht deshalb Grund zu der Annahme, daß wahrscheinlich in den meisten Entwicklungsländern eine genügend große Schicht von Personen vorhanden ist, die fähig sind, Entwicklungsimpulse zu verstärken, die der Volkswirtschaft von irgendeiner Seite erteilt werden. Ein entscheidendes Entwicklungshindernis stellt dieser Faktor nach Ansicht der meisten Experten⁹⁰⁾ nur in seltenen Fällen dar.

III. Die Fähigkeiten zur Unternehmensführung

Die Fähigkeiten eines Unternehmensführers umfassen einmal Organisationstalent und Führerqualitäten, zum andern fachliche Kenntnisse. Der Umfang, in dem diese Eigenschaften erforderlich sind, ist sektoral verschieden und hängt entscheidend auch von der Unternehmensgröße ab. Ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb ist leichter zu führen als ein modernes Stahlwerk. Nun wird häufig behauptet, der Bevölkerung vieler Entwicklungsländer fehle dieses Organisationstalent weitgehend. Hierzu wird auf die mangelnde Voraussicht und den übergroßen Optimismus der indonesischen Unternehmer oder die stark gefühlsbetonten und wenig organisatorischen Fähigkeiten zeigenden Unternehmer in Südamerika hingewiesen.⁹¹⁾ Dem können jedoch auch zahlreiche Beispiele gegenübergestellt werden, in denen Einheimische sehr erfolgreich als Unternehmer tätig sind und selbst Großunternehmen mit weitreichenden ökonomischen Beziehungen aufgebaut haben.⁹²⁾

90) Siehe z.B. K.Schiller: Zur Wachstumsproblematik . . . , a. a. O., S.180; Gunnar Myrdal: Internationale Wirtschaft, Berlin 1958, S.204 ff.

91) Siehe z.B. J.M.v.d.Kroef: Entrepreneur . . . , a. a. O., S+309 f.; T.H.Silcock: The Economy . . . , a. a. O., S.44.

92) Siehe B.Higgins: a. a. O., S.283.

Solange das allgemeine Bildungsniveau in einem Land noch niedrig ist, wird der Schwerpunkt unternehmerischer Betätigung in der Landwirtschaft liegen, weil hier die bisherigen fachlichen Kenntnisse weitgehend anwendbar sind, zunächst noch keine Buchhaltung erforderlich ist und noch nicht mit fremden Arbeitskräften und fremdem Kapital gearbeitet zu werden braucht.⁹³⁾ (Siehe z.B. Ghana, Nigeria, Uganda, Brasilien, Argentinien und Uruguay um 1900).^{93a)}

Da das Bildungsniveau nicht nur die Qualität der Unternehmensführung, sondern die Leistung aller Arbeitskräfte beeinflusst, setzt die Industrialisierung eines Landes eine aktive staatliche Bildungspolitik voraus. Hier ist auch eine marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik auf die Aktivität des Staates angewiesen. Die Bedeutung dieses Faktors wird auch in den meisten Ländern anerkannt, doch stehen sie vielfach vor dem Problem, daß viele der qualifizierten Kräfte in die entwickelten Länder abwandern, die bessere finanzielle Bedingungen zu bieten in der Lage sind.⁹⁴⁾

IV. Die Existenz von Märkten

In vielen Entwicklungsländern sind die Märkte noch unvollkommen ausgebildet,⁹⁵⁾ weil unzureichende Verkehrsverbindungen, subsistenzwirtschaftliche Ausrichtung der Produktion

93) Siehe A.O.Hirschman: Obstacles . . . , a. a. O., S.386 f.

93a) Sieh. z.B. B.F.Hoselitz: The Development of African Entrepreneurs; in E.F.Jacobson: Economic Development in Africa, Oxford 1965, S.93 ff.

94) Siehe z.B. Andrew Sonfield: Angriff auf die Armut der Welt, Köln, o.J.

95) Siehe Morton R.Solomon: The Structure of the Market in Underdeveloped Economies, in Lyle W.Shannon (ed.): Underdeveloped Areas, New York 1957.

und fehlendes Geldsystem die wirtschaftliche Beziehungen zwischen einer größeren Zahl von Wirtschaftssubjekten behindern.

Die bedeutendste Möglichkeit der Erzielung von Geldeinkommen ist in den ersten Entwicklungsstadien der meisten Entwicklungsländer die Produktion von Exportgütern. Die hierbei erwirtschafteten Mittel erlauben es, auch mit solchen Wirtschaftseinheiten in wirtschaftliche Beziehungen zu treten, bei denen reine Tauschbeziehungen nicht möglich sind. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten erweitern sich für diese Produzenten beträchtlich, eine Spezialisierung der Produktion wird möglich.

In fast allen unterentwickelten Ländern ist deshalb auch die Exportproduktion zunächst der fortschrittlichste Sektor, dessen Fortschritte im Laufe der Zeit auch auf die anderen Sektoren ausstrahlen und diese ebenfalls auf ein höheres Niveau ziehen, wobei gleichzeitig durch das höhere Einkommen und den allmählichen Ausbau der Infrastruktur die Märkte vollkommener werden und kompliziertere Formen wirtschaftlicher Aktivität möglich werden.

Es läßt sich in einer ganzen Reihe von Ländern, die seit etwa 1850 die Periode des "take-off"⁹⁶⁾ durchlaufen haben, verfolgen, daß, ausgehend von der landwirtschaftlichen oder bergbaulichen Exportproduktion immer neue Sektoren in den wirtschaftlichen Aufschwung einbezogen wurden. In Kanada oder Australien waren es die exportorientierte Landwirtschaft, in Südafrika, im Kongo oder in Malaysia waren es der Bergbau, die zum Ausgangspunkt der wirtschaftlichen

96) Siehe Walt W. Rostow: Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960, S. 59 ff.

Entwicklung wurden. Die nächste Stufe war dann bei all diesen marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozessen der Ausbau der verarbeitenden Industrie, die ausgehend von einfachen Konsumgütern zu technischen immer höherwertigeren Erzeugnissen fortschritt. Den Abschluß der Entwicklungskette bildete dann die Schwerindustrie, da sie zu ihrer Tätigkeit auf ein ausgebautes Netz von Vor- und Nachstufen angewiesen ist. Besonders deutlich ist dieser Ablauf der industriellen Entwicklung in Hongkong zu beobachten, möglicherweise deshalb, weil sich hier der Entwicklungsprozeß ohne staatliche Versuche zur Lenkung der Entwicklung vollziehen konnte, sondern allein die Marktkräfte ausschlaggebend waren.

Wenn Entwicklungsländer versucht haben, diesen Ablauf zu durchbrechen und etwa die Schwerindustrie als erste Stufe zu entwickeln, sind sie fast immer gescheitert (Stahlindustrie in Indien, Argentinien, Ägypten). Geht man von den europäischen Erfahrungen während der industriellen Revolution aus, ⁹⁷⁾ wo die Märkte auch noch relativ fragmentarisch waren, dann kann angenommen werden, daß sie auch in den heutigen unterentwickelten Gebieten eine wirtschaftliche Entwicklung nicht unmöglich machen, da in gewissem Umfang immer ökonomische Beziehungen zu anderen Wirtschaftseinheiten bestehen.

Die staatliche Entwicklungspolitik kann jedoch das Wirtschaftswachstum fördern, indem sie versucht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu erleichtern. Das erfordert eine Ver-

97) Siehe H.J.Habakkuk: The Historical Experience . . . , a. a. O., S.119 ff.

besserung der Verkehrsverbindungen zur Erleichterung des Güteraustausches sowie eine Verbesserung des Geldsystems zur Erleichterung der Durchführung wirtschaftlicher Transaktionen, denn besonders die Landwirtschaft ist in vielen Entwicklungsländern bisher nur unvollkommen in die Geldwirtschaft integriert.

V. Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung

Während der industriellen Revolution spielte vor allem die Kreditschöpfung der Banken eine bedeutende Rolle, denn besonders in England stützten sich viele Unternehmer stark auf Personalkredite der Geschäftsbanken.⁹⁸⁾ Ähnliche Möglichkeiten bestehen in den Entwicklungsländern nur zum Teil, da ein ausgebautes Bankensystem nur in wenigen Fällen vorhanden ist (z.B. in Israel und Pakistan). Private Geldverleiher aber gewahren kredite in der regel nur gegen sehr hohe Zinsen (30% und mehr), die für einen Unternehmer in den seltensten Fällen tragbar sind.⁹⁹⁾

Ebenso fehlt vielfach ein Kapitalmarkt, der privates Sparkapital für die Unternehmer verfügbar macht.¹⁰⁰⁾ Während also oft für den investitionswilligen Unternehmer nicht die Möglichkeit besteht, sich zur Finanzierung seiner Investitionen an ein breites Publikum zu wenden, haben andererseits die Nichtunternehmer wenig Gelegenheit zur vorteilhaften Anlage ihrer Ersparnisse, was unter Umständen ihre Sparneigung nachteilig beeinflusst.¹⁰¹⁾ Allerdings zeigen die Erfahrungen während der industriellen Revolution in Westeuropa, daß der

98) Siehe Shephard B.Clough: The Economic Development of Western Civilization, New York 1959.

99) Siehe M.R.Solomon: a. a. O., S.138 ff.

100) Ebenda, S.138 ff.

101) Siehe M.J.Levy, Jr.: a. a. O., S.462; C.Wolf.jr.:

wirtschaftlicher Aufschwung nicht von einer Erhöhung der Sparquote abhängig ist. Die Sparquote stieg erst nach dem Beginn der industriellen Revolution als Folge des Aufschwungs, war aber nicht seine Ursache.¹⁰²⁾ Entscheidend für ~~den~~ Aufschwung war nicht, daß mehr Kapital zur Verfügung stand, sondern daß das vorhandene Kapital wirksamer eingesetzt wurde.¹⁰³⁾

Unter diesen Umständen sind für die Unternehmer in den Entwicklungsländern eigene Ersparnisse, die Beteiligung von Partnern und die Reinvestition von Gewinnen die Hauptquellen der Finanzierung, ähnlich wie in England zu Beginn der industriellen Revolution.¹⁰⁴⁾

Das bedeutet allerdings, daß zumindest Großbetriebe nur von Angehörigen der wohlhabenden Schichten errichtet werden können, also vor allem durch reiche Kaufleute und Großgrundbesitzer. Dadurch wird nicht nur der Kreis der potentiellen Unternehmer erheblich eingeschränkt, es besteht zudem die Gefahr, daß gerade diese Schichten an einer unternehmerischen Betätigung nicht interessiert sind, was insbesondere unter den Großgrundbesitzern in Entwicklungsländern sehr oft der Fall ist.

Hier kann eine staatliche Entwicklungsbank, wie sie bereits in zahlreichen Ländern besteht, eine wichtige Aufgabe erfüllen, indem sie die Versorgung investitionswilliger Unternehmer mit mittel- und langfristigem Kapital sicherstellt. Allerdings sind für die Entwicklung nur in wenigen

102) Siehe H.J. Habakkuk: The Historical Experience . . . , a. a. O., S.123 ff; R. Cameron: a. a. O., S.313 f.

103) Siehe R. Cameron: a. a. O., S.314.

104) Siehe Bert. F.Hoselitz: Entrepreneurship and Capital Formation in France and Britain since 1800, in Capital Formation . . . , a. a. O., S.312 ff.; G.M.Meier / R.E.Baldwin: a. a. O., S.169 ff; S.B.Clough: a. a. O., S.354 ff.

Sektoren aus technologischen Gründen großbetriebliche
Strukturen von Anfang an erforderlich. ¹⁰⁵⁾ Das gilt z.B. für
die Grundstoffchemie, den Bergbau oder die Stahlerzeugung,
wie der gescheiterte Versuch Chinas gezeigt hat, die Stahl-
herstellung mit einer Vielzahl von Kleinsthochöfen voran-
zutreiben. Die Errichtung solcher Industrien ist in den
Entwicklungsländern ohne ausländisches Kapital oder finan-
zielle Unterstützung durch den Staat sehr schwierig. Es ist
jedoch fraglich, ob der bevorzugte Ausbau dieser Sektoren
immer den besten Weg der Entwicklung darstellt. Diese Wirt-
schaftszweige erfordern nicht nur unmittelbar ein sehr
hohes Anfangskapital, sondern es sind darüberhinaus sehr
erhebliche Investitionen in die Infrastruktur (Verkehrswege,
Energieversorgung, Ausbildungswesen, Wohnungsbau) erforder-
lich. ¹⁰⁶⁾ Es wird also der Produktionsfaktor Kapital, der
in den Entwicklungsländern in aller Regel besonders knapp
ist, sehr stark beansprucht.

In den meisten Fällen wird sich daher die Entwicklung
kleinbetrieblicher Strukturen empfehlen, die nicht nur
weniger kapitalintensiv sind, also den Knappheitsverhält-
nissen der Produktionsfaktoren in den Entwicklungsländern
besser entsprechen, die im allgemeinen durch ein reichli-
ches Angebot an Arbeitskräften und relativ wenig Kapital
gekennzeichnet sind. Die Finanzierung solcher Betriebe ist
daher leichter ohne die Zuhilfenahme fremder Mittel aus
eigenen Ersparnissen und denen von Verwandten und Freunden

105) Siehe M.J.Levy, Jr.: a. a. O., S.453.

106) Siehe z.B. Edward Marcus: Large- Scale Investment
and Development. The Dilemma of the Gabon Republic,
"Economic Development and Cultural Change",
Vol.9 (1960/61).

möglich. Darüberhinaus erlaubt dieser Weg auch eine weitergehende Ausnutzung vorhandener Fähigkeiten und Strukturen (Infrastruktur, Märkte)¹⁰⁷⁾, weil der Unterschied zu den traditionellen Wirtschaftsverhältnissen¹⁰⁸⁾ weniger krass ist.

Eine solche Richtung der Entwicklung läßt auch die Entwicklungshindernisse, die die mangelhafte Organisation des Kapitalmarktes und des Bankensystems zweifellos aufwerfen, weniger spürbar werden. Eine staatliche Entwicklungspolitik sollte jedoch durch entsprechende Maßnahmen, wozu auch die Vermeidung von Inflation gehört, die Funktionsfähigkeit des geldwirtschaftlichen Systems der Volkswirtschaft und seiner Organisationen erhöhen. Wie die Erfahrungen in Westafrika und Südostasien gezeigt haben, ist eine wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen kleinbetrieblicher Strukturen in gewissem Umfang auch ohne ausgebauten geldwirtschaftlichen Organisationen möglich. Auf die Dauer erfordert jedoch die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Systems eine dem fortschreitenden Ausbau der güterwirtschaftlichen Sphäre entsprechend entwickelte finanzwirtschaftliche Sphäre.

VI. Wirtschaftsordnung und politische Verhältnisse

Es scheint auf den ersten Blick offensichtlich zu sein, daß marktwirtschaftliche Entwicklung eine marktwirtschaftliche Ordnung verlangt und somit diese Bedingung sehr einfach formuliert werden kann. Das ist jedoch nur zum Teil

107) So z.B. B.F. Hoselitz: Sociological Aspects . . . , a. a. O., S.142.

108) Siehe z.B. P.T. Bauer: Entwicklungsländer . . . , a. a. O.

richtig, weil es einmal keine eindeutige Definition einer marktwirtschaftlichen Ordnung gibt und zum anderen eine marktwirtschaftliche Entwicklung, also die Entwicklung durch das Wirken privater Unternehmer, auch in einem anderen ordnungspolitischen Rahmen unter Umständen stattfinden kann. Es ist deshalb erforderlich, genauer zu untersuchen, welchen Einfluß die verschiedenen Komponenten einer Wirtschaftsordnung auf das Wirken privater Unternehmer haben.

In fast allen Entwicklungsländern ist die Entfaltungsfreiheit der Unternehmer erheblich eingeschränkt. Das formell einschneidendste Hindernis für die Tätigkeit privater Unternehmer ist, neben dem in Zentralverwaltungswirtschaften üblichen generellen Verbot unternehmerischer Betätigung, die Genehmigungspflicht für neue Betriebe und Unternehmen. Dadurch wird das Auftreten neuer Unternehmer erschwert oder ganz verhindert, was zur Folge hat, daß nur ein Teil der unternehmerischen Begabungen zur Entfaltung kommt. Von besonderer praktischen Bedeutung ist diese Erlaubnispflicht außer in sozialistisch orientierten Ländern (Indien, Ceylon, Ägypten), die bestimmte Wirtschaftszweige ausschließlich dem Staat vorbehalten, vor allem für ausländische Unternehmer, während einheimische Investoren hierdurch i. a. nur unwesentlich behindert werden. Man begibt sich dadurch jedoch der Möglichkeit, einen Mangel an unternehmerischen Fähigkeiten unter der einheimischen Bevölkerung durch "Import" dieser Fähigkeiten auszugleichen. Ähnliche Wirkungen hat die Neigung mancher Entwicklungsländer, die Besetzung aller Positionen in inländischen Unternehmungen mit einheimischem Personal vorzuschreiben, (Z.B. Kenia, Malaysia, Nigeria, Indonesien).

In viel stärkerem Umfang wird der Marktzutritt jedoch indirekt dadurch beschränkt, daß für neue Unternehmen der Zugang zu den Produktionsfaktoren erschwert wird, weil Devisenbewirtschaftung und Preiskontrollen und damit notwendigerweise eine Kontingentierung der Produktionsfaktoren bestehen, bei deren Zuteilung erfahrungsgemäß staatliche Betriebe und alteingesessene Unternehmen bevorzugt werden, so daß bei dem chronischen Devisenmangel für neue Unternehmen kaum etwas übrig bleibt.¹⁰⁹⁾ Hohe Gewinne entstehen dann nicht mehr durch besondere wirtschaftliche Leistungen, sondern durch besonders gute Beziehungen zu den Bewirtschaftungsstellen.¹¹⁰⁾ Die durch die Devisenbewirtschaftung erzwungene Überbewertung der eigenen Währung hat außerdem zur Folge, daß die Knappheitsverhältnisse zwischen Inlands- und Importgütern verfälscht werden. Bei freiem Wechselkurs könnten vermutlich manche Güter wegen des höheren Importpreises vorteilhaft im Inland hergestellt werden, während andererseits Güter exportiert werden könnten, die bei dem künstlich hoch gehaltenen Devisenkurs auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Es ergibt sich somit die den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Entwicklungsländer widersprechende Folge, daß durch die Devisenzwangswirtschaft die Diversifikation der einheimischen Produktion verhindert wird.

109) Siehe Louis Mark, Jr.: The Favored Status of the State Entrepreneur in Economic Development Programs, "Economic Development and Cultural Change", Vol.VII (1958/59)

110) Siehe z.B. für Indonesien J.H.v.d.Kroef: Economic Development . . . , a. a. O., S.125.

Der komparative Kostenvorteil wird zu Ungunsten der einheimischen Produktion verfälscht und damit werden auch die lohnenden Betätigungsmöglichkeiten für einheimische Unternehmer beschnitten.¹¹¹⁾ Die gleiche marktschließende Wirkung für die Unternehmer in den Entwicklungsländern hat im übrigen auch die protektionistische Außenhandelspolitik vieler Industriestaaten, vor allem auf dem Agrarsektor. Beispielsweise treffen die EWG - Marktordnungen für Reis¹¹²⁾ oder für Obst unmittelbar die Absatzmöglichkeiten vieler Entwicklungsländer. Eine ähnliche Wirkung hatten z.B. auch die amerikanischen Weizenlieferungen an Indien im Rahmen der humanitären Hilfe. Sie beraubten Thailand seines wichtigsten Abnehmers für Reis, das wichtigste Ausfuhrprodukt des Landes und führten dort zu ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Den Entwicklungsländern wird dadurch die Möglichkeit genommen, den Sektor zu entwickeln, auf dem vermutlich ihre größten komparativen Kostenvorteile lägen. Deshalb muß eine Entwicklungspolitik, die auf der privaten Initiative als entscheidendem Faktor des wirtschaftlichen Wachstum aufbauen will, möglichst weitgehend den freien Zugang zum Gewerbe, zu den Produktionsfaktoren und Absatzmärkten sichern. Damit ist gleichzeitig eine Anerkennung des Wettbewerbs als entscheidender Bestimmungsfaktor des wirtschaftlichen Geschehens verbunden, den der Staat durch Festlegung bestimmter Spielregeln zu sichern hat. Versucht

111) Siehe A. Waterston: Development planning . . . , a. a. O., S.276.

112) Die vorgesehenen EWG- Marktordnung für Obst wird beispielsweise erhebliche Auswirkungen auf die Exportmöglichkeiten Israels oder Tai - Wans haben.

der Staat mit Hilfe einer Entwicklungsplanung Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung zu nehmen, muß er zwangsläufig den Wettbewerb und die unternehmerische Dispositionsfreiheit in dem Umfang beschneiden, wie sie zu Ergebnissen führen würden, die seinen Zielsetzungen zuwider laufen. Das führt häufig zur Abwanderung und zur Kapitalflucht als sichtbaren Folgen und zur äußerlich nicht sichtbaren Abschreckung potentieller Unternehmer.¹¹³⁾ Es ist eine wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung, ob man bereit ist, den privaten Unternehmern die für ihre Tätigkeit notwendige Dispositionsfreiheit zuzugestehen. Wenn man nicht bereit ist, eine "eindeutige und überzeugend wirkende ordnungspolitische Gesamtentscheidung für die Marktwirtschaft und das Privateigentum an den Produktionsmitteln"¹¹⁴⁾ zu fällen, kann man von den privaten Unternehmern auch nicht erwarten, daß sie zum Träger der wirtschaftlichen Entwicklung werden.¹¹⁵⁾

Tatsächlich erschöpft sich der Einfluß des Staates auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht selten weitgehend in der Schaffung zusätzlicher und zudem völlig unkalkulierbarer Risiken für die privaten Unternehmer,^{115a)} die befürchten müssen, für ihre Bereitschaft zu langfristiger, produktiver Kapitalanlage "bestraft" zu werden. Das hat zur Folge, daß vorhandenes Kapital vorzugsweise entweder im Ausland oder

113) Siehe Kurt Hesse: Planungen in Entwicklungsländern, Berlin 1965, S. 222.

114) F. W. Meyer: Entwicklungshilfe . . . , a. a. O., S. 281.

115) Siehe A. Eckstein: a. a. O., S. 85; P. T. Bauer: Economic Analysis . . . , a. a. O., S. 109; H. Myint: a. a. O., S. 173; P. T. Bauer/B. S. Yamey: The Economics . . , a. a. O., S. 164.

115a) Siehe Ch. Wolf jr.: a. a. O., S. 874 ff.; A. Eckstein: a. a. O., S. 85; M. R. Solomon: a. a. O., S. 138.

in schnell liquidisierbaren Anlagen investiert wird. Unternehmer beschränken sich in diesen Ländern vor allem auf eine Tätigkeit als Händler oder Geldverleiher, weil hier das investierte Kapital bei Gefahr relativ schnell liquidisiert¹¹⁶⁾ werden kann.

s läßt sich in mehreren Fällen nachweisen, daß die Bevorzugung dieser Kapitalanlagen nicht eine Folge geringen Unternehmungsgeistes ist, sondern auf die unsicheren politischen Verhältnisse zurückzuführen ist. So wurden die Hugenotten, die in Frankreich in erster Linie im Handel tätig waren, nach ihrer Emigration im Jahre 1685 auch auf gewerblichem Gebiet sehr aktiv. Das gleiche gilt für die Juden nach ihrer allmählichen Gleichstellung im 19. Jahrhundert oder die Chinesen in Südostasien, die ebenfalls zunächst den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Betätigung im Handel hatten und nach der Sicherung ihrer persönlichen Stellung und ihres Eigentums auch auf industriellem Gebiet tätig wurden.

Eine Regierung, die nicht bereit und in der Lage ist, Person und Besitz privater Unternehmer zu schützen, kann nicht erwarten, daß diese Personen als Initiatoren des wirtschaftlichen Fortschritts auftreten.

VII. Soziale Bedingungen

Im Gegensatz zu den Industrieländern steht der Unternehmer in den meisten Entwicklungsländern hinsichtlich des sozialen Prestiges weit unter den Großgrundbesitzern, Militärs,

116) Siehe Richard F. Behrendt: Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder, "Ordo", Bd.8 (1956).

117)

Beamten und Geistlichen.

Da die Berufswahl nicht nur vom finanziellen Erfolg abhängig gemacht wird, sondern auch das soziale Ansehen des Berufes eine bedeutende Rolle spielt, ist der Stand des Unternehmers in diesen Ländern sehr oft kein besonders erstrebenswerter Status, sondern wird unter Umständen ausländischen Minderheiten überlassen, denen die angeseheneren Positionen verschlossen sind. Diese geringe Achtung des Unternehmers führt dazu, daß die qualifizierten jungen Leute nach Möglichkeit in den Staatsdienst zu gelangen suchen, der eine wesentlich höhere Wertschätzung genießt als eine privatwirtschaftliche Stellung.

Da es bei einer marktwirtschaftlichen Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, daß eine möglichst große Zahl fähiger Personen sich unternehmerisch betätigt, muß der Staat für eine Aufwertung der Unternehmertätigkeit sorgen. Allerdings wird sich dieses Ziel nur langfristig verwirklichen lassen.¹¹⁸⁾ Eine weitere Voraussetzung eines genügend großen Stromes von Unternehmern ist, daß die Sozialstruktur genügend durchlässig ist, um die Personen, die die Absicht haben, sich unternehmerisch zu betätigen, auch zum Zuge kommen zu lassen. Diese Durchlässigkeit der Sozialstruktur fehlt in vielen Entwicklungsländern und ist vermutlich die Ursache vieler revolutionärer Bewegungen des letzten Jahrzehnts (z.B. in Kuba), die in einer solchen

117) Siehe M.J.Levy, Jr.: a. a. O., S.472; W.A.Lewis: a. a. O., S.23; W.H.Nicholls: a. a. O., S.158.

118) Siehe D.C.McClelland: a. a. O., S.361.

Situation für die breite Masse die einzige Möglichkeit darstellen, sich eine bessere wirtschaftliche Stellung zu verschaffen. Dabei ist für die wirtschaftliche Entwicklung keine vollkommen durchlässige Sozialstruktur erforderlich, sondern es muß nur die Position des Unternehmers allgemein zugänglich sein. In Verbindung mit einer niedrigen sozialen Stellung scheint die völlige Durchlässigkeit der Sozialstruktur die Entwicklung eher zu hemmen, weil erfolgreiche Unternehmer so rasch wie möglich in angesehene Positionen überzuwechseln suchen. So wird beispielsweise die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung Chinas und Japans zum Teil darauf zurückgeführt, daß aufgrund der hohen Beweglichkeit der chinesischen Gesellschaft erfolgreiche Unternehmer, die in der sozialen Rangordnung beider Länder nicht besonders hoch standen, möglichst rasch versuchten, Beamte oder Großgrundbesitzer zu werden, während in Japan diese Aufstiegsmöglichkeit nicht bestand.¹¹⁹⁾

Eine Sozialstruktur, die der wirtschaftlichen Entwicklung ablehnend gegenübersteht, zeigt sich jedoch nicht nur in der niedrigen Bewertung wirtschaftlicher Leistung und speziell der unternehmerischen Betätigung, sondern ganz allgemein in einem "Gegendruck, mit dem die soziale Umwelt jedem begegnet, der überhaupt oder speziell wirtschaftlich etwas Neues will. Dieser Gegendruck kann sich zunächst in dem Vorhandensein rechtlicher und politischer Hindernisse

119) Siehe M. J. Levy, Jr.: a. a. O., S. 475 f.

äußern. Aber auch davon abgesehen wird jedes abweichende Verhalten eines Gliedes der sozialen Gemeinschaft mißbilligt¹²⁰⁾". Das äußert sich besonders in einer Abneigung gegen disziplinierte Arbeit und Unterordnung, wie sie vor allem die Fabrikarbeit erfordert¹²¹⁾ und in einem traditionellen sozialen Verhalten, das jeder wirtschaftlichen Neuerung erhebliche Widerstände entgegensetzt, weil eine Störung dieser überkommenen Sozialbeziehungen befürchtet wird,¹²²⁾ (z.B. Existenz der Großfamilie.) Wie stark der Einfluß der sozialen Verhältnisse auf die wirtschaftliche Entwicklung ist, zeigt die Untersuchung von Adelman und Morris, die eine hohe Korrelation zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau einer Volkswirtschaft und der Rationalität der sozialen Beziehungen nachweisen.¹²³⁾

VIII. Der Einfluß der sozio- ökonomischen Umwelt auf den Erfolg der Entwicklungsplanung.

Es kann nicht bestritten werden, daß einige der Bedingungen für eine erfolgreiche marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik in den Entwicklungsländern vielfach nur sehr unvollkommen vorhanden sind und zum großen Teil auch durch wirt-

120) J.A.Schumpeter: Theorie . . . , a. a. O., S.126.

121) Siehe A.O.Hirschman: Obstacles . . . , a. a. O., S.387.

122) Siehe B.F.Hoselitz: Problems ob adapting . . . , a. a. O., S.259 f.

123) Irma Adelman / Cynthia Taft Morris: Factor Analysis of the Interrelationship Between Social and Political Variables and Per Capita Gross National Product, "Quarterly Journal of Economics", Vol.79 (1965), S.565.

schaftspolitischen Maßnahmen nicht kurzfristig geschaffen werden können (z. B. dynamische Unternehmer, bewegliche Sozialstruktur u. ä.). Es ist aber falsch, das Fehlen dieser Bedingungen als ein allgemeines Kennzeichen der Entwicklungsländer zu betrachten und somit eine marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik generell als aussichtslos zu bezeichnen. Sicher wird es Fälle geben, in denen die Marktwirtschaft keine nennenswerte Entwicklung hervorzubringen vermag, weil die Bedingungen zu ungünstig sind. Aber selbst in diesen Fällen genügt es nicht, allein die Mängel der marktwirtschaftlichen Konzeption aufzuzeigen, denn die Überlegenheit eines anderen Konzepts, beispielsweise der Entwicklungsplanung, ist damit keineswegs bewiesen. Vielmehr muß man den Gedankengang noch einen Schritt weiterführen und zeigen, wie die alternative Konzeption mit diesen Schwierigkeiten fertig wird. Man darf dabei allerdings nicht einem unvollkommen wirkenden marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß ein Modellbild der Entwicklungsplanung gegenüberstellen, das von einem idealen, allwissenden und nur am Gemeinwohl interessierten Staat ausgeht, denn die tatsächlichen Verhältnisse haben mit diesem Ideal kaum etwas gemein.¹²⁴⁾

Im Idealfall sind wirtschaftliche Ordnungsmodelle immer vollkommen. Für die praktische Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik ist damit jedoch nichts gewonnen, wenn die zugrundeliegenden Prämissen unter den Verhältnissen der Wirklichkeit

124) Siehe H. Willgerodt: a. a. O., S. 158; Otto Eckstein: Public Finance, Englewood Cliffs/N. J. 1965, S. 19

nicht realisierbar sind. Es kommt vielmehr darauf an, eine Entwicklungsstrategie zu finden, die unter den gegebenen Bedingungen am wirksamsten ist.

Betrachtet man die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklungsplanung, so ergibt sich, daß sie auf eine ganze Anzahl von Bedingungen der marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik ebenfalls angewiesen ist.

Auch hier müssen Persönlichkeiten vorhanden sein, die Entwicklungsinitiativen entwickeln, auch wenn sie hier vorwiegend als Staatsbedienstete und nicht als private Unternehmer tätig sind. Wenn diese Fähigkeiten in einem Lande fehlen, bildet dieser Umstand unabhängig von der entwicklungspolitischen Konzeption ein wesentliches Entwicklungshindernis. Dieser Mangel wird nicht dadurch behoben, daß die wirtschaftlichen Entscheidungen innerhalb der staatlichen Verwaltung getroffen werden, denn "um eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung durch direktes staatliches Handeln zu erreichen, sind im öffentlichen Sektor die gleichen knappen unternehmerischen Qualitäten erforderlich"¹²⁵⁾.

Es wäre allerdings denkbar, daß die Konzentration der vorhandenen unternehmerischen Fähigkeiten an einer Stelle, nämlich der staatlichen Planungsbehörde, eine bessere Aus-¹²⁶⁾nutzung dieses knappen Faktors ermöglicht, weil ihm hier

125) H.Myint: a. a. O., S.173; ebenso P.T.Bauer / B.S.Jamey: The Economics . . . , a. a. O., S.161;
P.T.Bauer: Economic Analysis . . . , a. a. O., S.111;
C.Kindleberger: a. a. O., S.137.

126) So D.C.McClelland: a. a. O., S.361.

eine größere Menge von Komplementärfaktoren zur Verfügung gestellt werden kann als in der Privatwirtschaft. Das setzt jedoch "eine strenge leistungsbezogene Kontrolle sowohl derer, die für die Arbeit in ihr ausgewählt werden, als auch derer, die bereits mit einer verantwortungsvollen Position betraut wurden", ¹²⁷⁾ voraus. Bei der geringen Verwaltungsqualität in den Entwicklungsländern erscheint ¹²⁸⁾ eine solche Auslese fraglich.

Außerdem weist ein solches System der zentralen Lenkung der Wirtschaft erfahrungsgemäß einen erheblichen Mangel an Flexibilität auf, der die möglichen Vorteile einer Konzentration der unternehmerischen Fähigkeiten wahrscheinlich aufwiegt.

Desgleichen ist auch für die Entwicklungsplanung ein wirtschaftlich rationales Verhalten der Bevölkerung erforderlich, weil ein Volk kaum gegen seinen Willen zum wirtschaftlichen Fortschritt geführt werden kann. Eine Lenkung der Wirtschaft durch direkte Eingriffe ist wegen seiner Schwerfälligkeit kaum durchführbar und erfordert eine sehr starke Administration, wie z.B. in China, die in fast allen Entwicklungsländern nicht vorhanden ist. Eine Lenkung durch fiskalische und monetäre Maßnahmen ist dagegen nur wirksam, wenn dadurch die Wirkungen hervorgerufen werden, die beim Streben nach größtmöglichem wirtschaftlichen Vorteil zu ¹²⁹⁾ erwarten sind. Bezüglich der Kapitalbeschaffung ist die Entwicklungsplanung dagegen möglicherweise im Vorteil.

127) So D.C.McClelland: a. a. O., S.161 f.

128) Siehe z.B. R.Cameron: a. a. O., S.322; A.Shonfield: a. a. O., S.10; C.Kindleberger: a. a. O., S.136; A.Waterston: Development Planning . . . , S.250 ff.

129) Siehe H.Myint: a. a. O., S.170.

Im Inland besteht die Möglichkeit des Zwangssparens, bei dem jedoch berücksichtigt werden muß, daß es sich hierbei sehr häufig nur um eine Umverteilung des Kapitals von privaten Wirtschaftssubjekten auf den Staat handelt.¹³⁰⁾ Öffentliche Kapitalhilfen aus dem Ausland sind bei Entwicklungsplanung in der Regel leichter zu erhalten, weil viele Organisationen, die Entwicklungshilfe gewähren, ihre Mittel bevorzugt an Länder mit Entwicklungsplänen vergeben.¹³¹⁾

Dagegen wird der Zufluß von ausländischem Privatkapital meist geringer sein, weil die wirtschaftliche Dispositionsfreiheit ausländischer Investoren in der Regel stärker beschnitten wird als in marktwirtschaftlich orientierten Ländern.

Auch die sozialen Verhältnisse wirken bei staatlichen Entwicklungsinitiativen wahrscheinlich weniger hemmend, weil der Staat wesentlich stärker in der sozialen Tradition dieser Länder verankert ist, als das private Unternehmertum. Die Entwicklungsplanung wird daher besser den überkommenen sozialen Anschauungen gerecht als eine Entwicklungspolitik, die auf der freien Entfaltung privater Unternehmer aufbaut und hat deshalb weniger mit sozialen Widerständen gegen die Durchführung wirtschaftlicher Neuerungen zu rechnen.¹³²⁾

Insgesamt erscheint es wenig wahrscheinlich, daß das System der Entwicklungsplanung in den Entwicklungsländern besser

130) Siehe P.T.Bauer: Economic Analysis . . ., a. a. O.

131) Siehe hierzu auch Seite 2f.

132) So z.B. Klaus Seeman: Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung der Entwicklungsländer, "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Bd.14 (1961), S.1049.

arbeitet als eine marktwirtschaftliche Entwicklungs-
politik, weil es den sozialen, politischen und öko-
nomischen Bedingungen dieser Länder besser angepaßt ist,
denn beide Konzeptionen beruhen zum großen Teil auf
den gleichen Bedingungen.

Allerdings wäre es denkbar, daß die Bedeutung dieser
Bedingungen innerhalb der verschiedenen Entwicklungs-
strategien unterschiedlich ist. Der unterschiedliche
Erfolg zweier entwicklungspolitischer Konzeptionen
läge somit nicht darin, daß die eine Konzeption Be-
dingungen braucht, die in den Entwicklungsländern
gegeben sind, während die andere auf Bedingungen an-
gewiesen ist, die in diesen Gebieten fehlen, sondern
darin, daß die eine Konzeption aus einer gegebenen
Konstellation von Bedingungen mehr zu machen versteht
als eine andere.¹³³⁾ Das aber läßt sich nur durch Konfron-
tierung mit der Wirklichkeit feststellen.

133) Das entspricht dem in B III angeführten Ein-
wand, daß die Entwicklungsplanung schon auf-
grund ihrer Konzeption der marktwirtschaftli-
chen Politik überlegen sei.

D. Erfolgsvergleich der verschiedenen wirtschafts-
politischen Konzeptionen

I. Die Wirtschaftsordnungen der Entwicklungsländer

1. Vorbemerkung

Um den Erfolg der verschiedenen Konzeptionen der Entwicklungspolitik vergleichen zu können, ist es zunächst erforderlich, die Entwicklungsländer entsprechend ihren Wirtschaftsordnungen zu gruppieren. Das soll in diesem Abschnitt versucht werden, allerdings mit der Einschränkung, daß nur (unabhängige und abhängige) Gebiete berücksichtigt wurden, die mehr als zwei Millionen Einwohner aufweisen.¹³⁴⁾ Zwar sind damit nur rund 40% aller Entwicklungsländer berücksichtigt, doch leben in ihnen ca. 98% aller Bewohner unterentwickelter Gebiete.¹³⁵⁾ Da eine vollständige Erfassung aller Länder den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, fast alle der vernachlässigten Gebiete nur untergeordnete Bedeutung für Weltwirtschaft und Welthandel besitzen und daher auch Informationen über sie kaum verfügbar sind, schien diese Begrenzung vertretbar. Da außerdem kein Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszahl eines Landes und seiner Wirtschaftsordnung bestehen dürfte, birgt die Verwendung der Bevölkerungszahl als Auswahlkriterium auch kaum die Gefahr einer systematischen Verfälschung der Häufigkeitsverteilung der verschiedenen Wirtschaftsordnungen.

134) Nach United Nations: Statistical Yearbook 1965, New York 1966, S. 80 ff. (im folgenden zitiert als Yearbook 65)

135) Berechnet nach Yearbook 65, S. 80 ff.

Die Zuordnung der Entwicklungsländer zu verschiedenen Ordnungstypen wird allerdings dadurch erschwert, daß kein Land eine bestimmte Ordnungsform völlig rein verwirklicht hat. Überall gibt es Maßnahmen, die an sich systemfremd sind, aber trotzdem durchgeführt werden, weil man entweder die ordnungspolitische Problematik vernachlässigt oder dem mit der Maßnahme angestrebten Ziel eine überragende Bedeutung zuerkennt.

Aus diesem Grund ist die getroffene Einteilung in manchen Fällen durchaus anfechtbar, da eine gewisse Willkür in der Zuordnung manchmal unvermeidbar ist, denn die systemfremden Eingriffe erfolgen auf sehr verschiedenen Gebieten und mit unterschiedlicher Intensität, so daß eine Gewichtung ihres Einflusses auf das Gesamtbild der Wirtschaftsordnung erforderlich ist, die sich einer objektiven Beurteilung weitgehend entzieht. Um diesen Abschnitt nicht zu umfangreich werden zu lassen, wurde dabei nur die Ordnungspolitik seit 1945 betrachtet.¹³⁶⁾

2. Zentralverwaltungswirtschaften kommunistischen Typs

Die straffste Form staatlicher Lenkung der Wirtschaft ist die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung, bei der der Staat alle Produktionsmittel besitzt und der

136) Die Ausführungen der folgenden Abschnitte 2 - 7 stützen sich v.a. auf folgende Quellen:
A. Waterston: Development Planning . . ., a. a. O.;
Handbuch der Entwicklungshilfe, Baden-Baden,
permanente Ausgabe; Ernst Hickmann: Die Wirtschaft des Auslandes, 2 Bände, Darmstadt 1964;
Hamburgisches Welt- Wirtschafts- Archiv (Hsg.):
Länderlexikon, 3 Bände, Hamburg 1955 - 1962.
Literatur, die sich nur auf einzelne Länder bezieht, ist an den betreffenden Stellen aufgeführt.

staatliche Plan die einzige Determinante des Wirtschafts-
ablaufes ist. Das Problem der möglichen Divergenz von
staatlichem Plan und den Wirtschaftsplänen der privaten
Wirtschaftssubjekte, ein sehr bedeutsames Problem der
Entwicklungsplanung, besteht hier nicht mehr, denn der
staatliche Sektor umfaßt die gesamte Volkswirtschaft.
Besondere Lenkungsmaßnahmen, um die Betriebe zu plan-
konformen Verhalten zu veranlassen, sind nicht erfor-
derlich, da diesen die Planerfüllung verbindlich vorge-
schrieben ist.

Diese kollektivistische Wirtschaftsordnung ist in der
Volksrepublik China noch konsequenter als in der Sowjet-
Union verwirklicht worden. Aber auch die anderen kommu-
nistischen Staaten Asiens, Nord-Korea und Nord-Vietnam,
haben die Zentralverwaltungswirtschaft in vollem Umfang
verwirklicht. Seit dem Beginn des Castro-Regimes ist
auch Kuba zu einer Zentralverwaltungswirtschaft überge-
gangen, die an kommunistischen Vorbildern orientiert ist,
während in Europa Albanien dem chinesischen Vorbild zu
vergleichen ist.

Dagegen haben die einzelnen Betriebe in Jugoslawien seit
1950 trotz staatlicher Planung eine relativ große Entschei-
dungsfreiheit, die sich in den letzten Jahren noch verstärkt
hat. Zwar sind private Betriebe nur in der Landwirtschaft
und im Handwerk zu finden, aber auch die von Arbeitsgenos-
senschaften geführten Betriebe haben eine relativ große
Autonomie und der Staat beschränkt sich zur Durchsetzung
seines Wirtschaftsplanes v. a. auf indirekte Maßnahmen.
Mit einer Zentralverwaltungswirtschaft hat Jugoslawien
daher nur wenig gemein und seine Wirtschaftsordnung bildet

daher eine **eigene ordnungspolitische Form.**

3. Sozialistisch beeinflusste Entwicklungs- planung

Bei der Entwicklungsplanung in jeder Form legt der Staat mit Hilfe eines volkswirtschaftlichen Gesamtmodells die wünschenswerte Entwicklung fest, wobei auch für die Wirtschaftssektoren des privaten Bereichs quantitative Ziele angegeben werden und auch durchgesetzt werden sollen.¹³⁷⁾

Das aber bedeutet, daß sich im privaten Sektor nun zwei Plansysteme gegenüberstehen, nämlich der volkswirtschaftliche Gesamtplan und die Wirtschaftspläne der privaten Wirtschaftssubjekte. Gesamtplan und Wirtschaftsplane der Privaten können sich möglicherweise widersprechen und werden nur in Ausnahmefällen völlig übereinstimmen.¹³⁸⁾

Dieser Konflikt wird in Ländern, bei denen die Entwicklungsplanung auch aus Gründen einer sozialistischen Ideologie betrieben wird, eindeutig zugunsten des staatlichen Planes entschieden. Praktisch handelt es sich hier also um eine Zentralverwaltungswirtschaft mit teilweise Privateigentum an den Produktionsmitteln.¹³⁹⁾ Zwar wird das private Unternehmertum noch geduldet, aber es wird kein Zweifel darüber gelassen, daß es sich dem staatlichen Entwicklungsplan unterzuordnen habe.

137) Siehe A. Waterston: Development Planning . . . , a. a. O., S.65.

138) Siehe Alfred Müller-Armack: Langfristige Programmierung in der Marktwirtschaft, "Beihefte zur Konjunkturpolitik", Heft 10, Berlin 1963, S.27 f.

139) Hier trifft zweifellos Müller-Armacks Formulierung zu, daß es sich bei der Entwicklungsplanung um eine "Planung mit Planwirtschaft" handelt. (Siehe A. Ritzko: a. a. O., S.42.)

Dieses ideologisch begründete Mißtrauen gegenüber dem privaten, besonders dem ausländischen Unternehmer führt dazu, daß sich der Staat nicht mit der Lenkung der Wirtschaft entsprechend seinen Zielen begnügt, sondern in erheblichem Umfang selbst Produktionsbetriebe errichtet und betreibt. Das ist besonders ausgeprägt in der Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten), wo bereits ein großer Teil der Industrie in staatlichen Händen ist und der verbleibende private Sektor so straff reglementiert wird, daß die privaten Unternehmen kaum mehr als der verlängerte Arm der staatlichen Planbehörde sind.¹⁴⁰⁾

Auch einige andere afrikanische Länder verfolgen eine ähnliche Wirtschaftspolitik, die dort jedoch nicht so strikt durchgeführt werden kann, weil es an einer hinreichend qualifizierten Verwaltung fehlt. Man strebt einen "Afrikanischen Sozialismus" an, über dessen konkrete Form zwar noch keine Klarheit zu bestehen scheint, doch entspricht die bisher verfolgte Politik weitgehend dem ägyptischen Vorbild.¹⁴¹⁾ Die Hauptvertreter dieser Politik in Afrika sind Ghana, Guinea, Mali, aber auch die Wirtschaftsordnungen von Senegal, Tansania, Malawi,¹⁴²⁾ Burundi und Algerien entwickeln sich in dieser Richtung. In Südamerika war vor allem die peronistische Wirtschaftspolitik, die in Argentinien bis 1955 betrieben wurde, eine Erscheinungsform dieser "sozialistischen

140) Siehe Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA): Nordafrikanische und vorderasiatische Entwicklungsgebiete, o. O., o. J.

141) Siehe Gebhard Bauer: Die Wirtschaft Afrikas, Frankfurt 1963, S.63 ff. Wie sich die Ordnungspolitik Ghanas nach dem Sturz Nkrumahs entwickelt, ist noch nicht zu überblicken.

142) Siehe "Neues Afrika", Bd.6 (1964), S.196 f.

Entwicklungsplanung", aber auch Bolivien verfolgt in abgeschwächter Form einen wirtschaftspolitischen Kurs der Verbindung von Entwicklungsplanung und sozialistischen Ideen.

Auch in Asien gibt es einige entschiedene Vertreter dieser Richtung. Der bedeutendste Exponent ist zweifellos Indien, wo ein "socialist pattern of economy" das erklärte Ziel der Wirtschaftspolitik ist.¹⁴³⁾ In Burma ist dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbild und die Verpflichtung zur Aufstellung langfristiger gesamtwirtschaftlicher Planungen sogar in der Verfassung festgelegt und auch die Wirtschaftspolitik Ceylons wird ebenso wie die des Irak seit dem Sturz der Monarchie von den gleichen Prinzipien beherrscht.

4. "Ideologiefreie" Entwicklungsplanung

Während in den sozialistisch orientierten Ländern die Entwicklungsplanung zugleich die Verwirklichung der ideologischen Vorstellungen der politisch führenden Schicht bedeutet, betreibt die Mehrheit der Entwicklungsländer vor allem deshalb Entwicklungsprogrammierung, weil sie sich davon ein rascheres Wirtschaftswachstum erhoffen. Es sind also pragmatische Beweggründe, die zur Entscheidung für dieses Wirtschaftssystem geführt haben. Das hat zur Folge, daß den Konsumentenwünschen i. a. größere Bedeutung beigemessen wird und die Lenkung der Wirtschaft bevorzugt durch indirekte Maßnahmen

143) Siehe United Nations: Planning for Balanced Social and Economic Development, New York 1964, Ch. II;
Kurt Hesse: a. a. O., S. 221.

der Geld- und Finanzpolitik erfolgt, die allerdings bewußt auch selektiv eingesetzt werden.

Staatliche Unternehmen bestehen nicht so sehr aus Mißtrauen gegen das private Unternehmertum, sondern in erster Linie zur Verbesserung des Wirkungsgrades der wirtschaftspolitischen Maßnahmen und sie sind daher in "Schlüsselindustrien" (Grundstoffindustrie, Banken) konzentriert. Der Marktmechanismus bleibt als Mittel zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage im wesentlichen erhalten, um Planungsfehler auszugleichen¹⁴⁴⁾ und die staatlichen Lenkungsaufgaben zu erleichtern.

Der entscheidende Unterschied zur Marktwirtschaft ist jedoch, daß nicht mehr der Preismechanismus die Lenkung der Produktionsfaktoren besorgt, sondern der Staat manipuliert die Preise so, daß die von ihm aufgrund seines Entwicklungsplanes gewünschte Produktionsstruktur zustande kommt.

Dazu ist "keine Rationierung und kein Produktionssoll erforderlich . . ., sondern die Lenkung kann weniger offenkundig durch Subventionierung, Sondersteuern oder Steuererleichterungen, selektive Kreditpolitik oder Kapitallenkung erfolgen".¹⁴⁵⁾ Auch hierdurch können die Entscheidungen der privaten Wirtschaftseinheiten in die staatlich gewünschte Richtung gelenkt werden, selbst wenn der Plan¹⁴⁶⁾ für sie formell nicht verbindlich ist. Der Staat hat

144) Siehe A.Waterston: Development Planning . . ., a. a.O., S.139; K.Schillers: Zur Wachstumsproblematik . . ., a. a. O. S.195.

145) E.Dürr: Probleme . . ., a. a. O., S.72.

146) Das übersieht z.B. E.Rhein, wenn er die Ansicht vertritt, daß allein die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Entscheidungen von einer Vielzahl unabhängiger Wirtschaftssubjekte getroffen und durch den Marktmechanismus koordiniert werden, ausreicht, um eine Marktwirtschaft anzunehmen. "Siehe Eberhard Rhein: Entwicklungsplanung und Wirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern, "Wirtschaftsdienst", Bd.42(1962), S.257.)

jedoch die Absicht, die privaten Wirtschaftssubjekte zu einem plankonformen Verhalten zu veranlassen,¹⁴⁷⁾ indem er "durch seine Reaktionen sämtliche Pläne der Privaten (durchkreuzt), die zu seinem Plan in Widerspruch stehen".¹⁴⁸⁾ Da aber die grundsätzliche Anerkennung des privaten Unternehmertums und das Streben nach Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Marktmechanismus die Regierung zwingt, ihre Eingriffe in erster Linie auf indirekte Maßnahmen zu beschränken, sind die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Planziele geringer als bei der sozialistisch beeinflussten Entwicklungsplanung, die auch massive direkte Eingriffe nicht scheut. Da indirekte Maßnahmen i. a. nur auf bestimmte Wirtschaftszweige, nicht aber auf einzelne Unternehmer ausgerichtet werden können, hängt die plangerechte Entwicklung eines Sektors davon ab, daß sich im Durchschnitt jeder einzelne Angehörige dieses Sektors plankonform verhält. Die Verwirklichung eines staatlichen Entwicklungsplanes setzt deshalb eine enge Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft voraus,¹⁴⁹⁾ die in einigen Ländern (z. B. in Frankreich)¹⁵⁰⁾ traditionell besteht, in den meisten Fällen jedoch erst durch Aufklärung und Mitarbeit der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen an der Entwicklungsplanung erreichbar ist.¹⁵¹⁾

147) Siehe E. Tuchtfeldt: a. a. O., S. 15.

148) H. Willgerodt: a. a. O., S. 201.

149) Siehe Emilio G. Collado: Economic Development Through Private Enterprise, "Foreign Affairs", Vol. 41 (1962/63), Nr. 4, S. 711.

150) Über die Entstehung dieser Tradition in Frankreich siehe B. F. Hoselitz: Entrepreneurship . . . , a. a. O., passim.

151) Eine solche Beteiligung wird deshalb von den Theoretikern der Entwicklungsplanung dringend empfohlen. Siehe z. B. A. Waterston: Development Planning . . . , a. a. O., S. 464.

Diese Form der Entwicklungspolitik ist heute, v. a. durch die Empfehlungen der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen, unter den Entwicklungsländern am weitesten verbreitet. Vor allem in Asien wurden schon seit dem Ende des 2. Weltkrieges Erfahrungen mit Entwicklungsplänen gesammelt. Zu den Wegbereitern der Entwicklungsprogrammierung gehören Afghanistan, Nepal, Süd-Vietnam, Kambodscha, Syrien und die Philippinen. Nach dem Korea-Krieg kam 1953 Süd-Korea hinzu, um 1960 der Iran, der vorher nur Pläne öffentlicher Investitionen hatte. Der Irak betrieb zur Zeit der Monarchie diese Form der Entwicklungsplanung, ging jedoch nach der Revolution zur sozialistischen Entwicklungsplanung über. Indonesien und die Philippinen entwarfen zwar seit Kriegsende eine ganze Reihe von Entwicklungsplänen, die jedoch keinen Einfluß auf die Entwicklung hatten, weil sie niemand beachtete. Die faktische Wirtschaftsordnung dieser beiden Länder war daher lange Zeit mehr der Interventionismus als die Entwicklungsprogrammierung.

Auch die meisten afrikanischen Staaten haben sich nach ihrer Unabhängigkeit zur Entwicklungsplanung entschlossen, wobei sie häufig nur an das Vorgehen ihrer Kolonialherren anknüpfen brauchten. So betrieben die nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien und Tunesien bereits unter französischer Herrschaft eine Entwicklungsplanung und setzten diese "planification" nach ihrer Unabhängigkeit nur fort, wobei lediglich Algerien zu einer noch strafferen Form der Wirtschaftslenkung überging. Auch in den anderen französischen Kolonialgebieten bestand bereits seit Ende des 2. Weltkrieges eine Entwicklungsplanung, die wegen der fehlenden statisti-

schen Unterlagen allerdings nicht so ins einzelne gehen konnte, wie es bei diesem ordnungspolitischen Konzept üblich ist. Auch in der Zielsetzung unterschieden sich diese Planungen von den normalen Entwicklungsplänen, denn es sollte nicht in erster Linie eine optimale Entwicklung der betreffenden Gebiete erreicht werden, sondern ihre Eingliederung in eine "integrated autarcic imperial economy".¹⁵²⁾ Im Vordergrund standen also die Interessen des Mutterlandes, nicht die der Kolonie, wenn sich auch diese Haltung im Laufe der Zeit immer mehr abschwachte.¹⁵³⁾ Daher gingen auch die französischen Planungen für Französisch - Westafrika und Französisch - Äquatorialafrika ziemlich nahtlos in die Entwicklungsplanungen der neuen Staaten Kamerun, Tschad, Niger, Dahomey und Ober - Volta über. Die gleiche Kontinuität zeigte sich in Madagaskar und der ehemals italienischen Kolonie Somalia. Auch in den portugiesischen Überseeprovinzen Angola und Mosambik bestehen schon seit vielen Jahren Entwicklungspläne, die aber während der fünfziger Jahre noch sehr stark auf die Interessen des Mutterlandes abgestellt waren, das diese Gebiete vor allem als Rohstofflieferant und Absatzmarkt betrachteten.¹⁵⁴⁾ Dagegen wurde in den ehemals britischen Gebieten die Entwicklungsprogrammierung i. d. erst nach der Unabhängigkeit eingeführt. Lediglich in Sudan wurde diese Politik schon seit längerer Zeit verfolgt.

152) Siehe unter 141) S.35.

153) Siehe hierzu Heiko Körner: Kolonialpolitik und Wirtschaftsentwicklung. Das Beispiel Französisch-Westafrikas, Stuttgart 1965.

154) Siehe z.B.: Afrikanische Entwicklungsgebiete: Belgisch - Kongo, Angola, Mosambik, o.O., 1960.

Zwar bestanden auch in den anderen Ländern seit Kriegsende sogenannte Entwicklungspläne aufgrund des "Colonial Development and Welfare Act", aber diese Pläne waren nur Programme öffentlicher Investitionen, die die allgemeine Entwicklung nur wenig beeinflussten. Während in Uganda bereits vor der Unabhängigkeit durch die staatliche "Uganda Development Corporation" erheblicher Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgeübt wurde, verlief sie in den anderen britischen Kolonien ohne stärkere staatliche Lenkung. Erst nach der Selbständigkeit gingen Sierra Leone (seit 1962), Uganda (seit 1961), Kenia (seit 1960), Tansania (seit 1961) und Zambia (seit 1963) zur Entwicklungsprogrammierung über, während man die Wirtschaftsordnung der Kolonialzeit als mit Interventionismus vermischtes laissez-faire bezeichnen kann. Seit mehreren Jahren bezieht sich auch Äthiopien der Entwicklungsplanung, um das bisherige feudalistische System zu überwinden.

Auch in Lateinamerika gibt es eine ganze Reihe von Ländern, deren wirtschaftspolitisches Konzept die Entwicklungsplanung ist. An erster Stelle ist hier Chile zu nennen, wo bereits seit 1938 die Entwicklungsplanung immer mehr intensiviert wird. Nach dem 2. Weltkrieg haben sich auch Ecuador, Guatemala, Honduras, Haiti, in einer lockeren Form auch Venezuela, seit 1962 auch die Dominikanische Republik zur Entwicklungsplanung entschieden, wobei häufig das Streben nach amerikanischer Wirtschaftshilfe eine wesentliche Rolle spielte.¹⁵⁵⁾ Erst seit 1963 planen Spanien und die Türkei ihre Entwick-

155) Die Charta von Punta del Este, die ursprünglich die Aufstellung umfassender Entwicklungspläne zwingend vorschrieb, wurde allerdings inzwischen wegen des Widerstandes einiger liberaler orientierter Länder dahingehend modifiziert, daß Pläne öffentlicher Investitionen ausreichend sind.

lung, wobei sie, dem französischen Vorbild folgend, von einem volkswirtschaftlichen Gesamtmodell ausgehen, nachdem sie vorher interventionistische (Spanien bis 1958, die Türkei bis 1950 und etwa von 1955 - 1960) und marktwirtschaftliche Perioden (Spanien 1958 - 1963, die Türkei von 1950 - 1955 und von 1960 - 1963) durchlaufen hatten. Kolumbien plant, wie auch Portugal, nicht die Entwicklung der Gesamtwirtschaft, sondern, ähnlich den Vorstellungen von Hirschman,¹⁵⁶⁾ nur einiger strategisch wichtiger Sektoren, hier allerdings sowohl den privaten als auch den öffentlichen Bereich. Beide Länder nehmen somit bezüglich ihrer Entwicklungspolitik eine Sonderstellung ein, die schon zu marktwirtschaftlichen Vorstellungen überleitet.

An der Grenze zwischen marktwirtschaftlicher Entwicklungspolitik und Entwicklungsplanung stehen die beiden Länder Tai- Wan und Pakistan, letzteres seit der Machtübernahme Ayub Khans im Jahre 1958. Sie stellen zwar umfassende Entwicklungspläne auf, gewähren aber der Privatinitiative große Freiheit und sehen diesen Faktor als den entscheidenden Initiator des Entwicklungsprozesses an.¹⁵⁷⁾

156) Siehe A. O. Hirschman: Die Strategie . . . , a. a. O.

157) Siehe für Pakistan: Peter Meyer-Dohm: Wirtschaftsplanung und Entwicklungsgmatismus in Pakistan, "Wirtschaftsdienst", 44. Jg. (1964); Statistisches Bundesamt: Pakistan (Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte), Stuttgart - Mainz 1966; Nurul Islam: The Economic System of Pakistan, in Calvin B. Hoover (ed.): Economic Systems of the Commonwealth, Durham/N. C. - London 1962; o. Verf.: Pakistan. Grunddaten für Auslandsinvestitionen, "Wirtschaftsdienst", 41. Jg. (1961).

5. Interventionistische Wirtschaftssysteme

Als Interventionismus bezeichnet man ein Wirtschaftssystem, bei dem der Staat zwar eine Lenkung der Wirtschaft anstrebt, seine Eingriffe jedoch nicht systematisch und planmäßig sind. Entwicklungsplan und Interventionismus scheinen sich deshalb logisch auszuschließen, da ja gerade durch den Plan eine größere Konsistenz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen erreicht werden soll, indem Ziele und Mittel der Wirtschaftspolitik systematisch und umfassend vorgegeben werden.

In manchen Entwicklungsländern ist aber tatsächlich beides nebeneinander zu finden. In vielen Fällen bestehen hier nämlich Entwicklungspläne, die oft sehr ins einzelne gehen, aber von den verantwortlichen Stellen nicht durchgeführt werden, weil entweder der Wille oder die Fähigkeit zur Durchführung fehlt. Tatsächlich wird eine Wirtschaftspolitik betrieben, die in ihren Wirkungen dem Interventionismus entspricht, indem der Plan nur teilweise durchgeführt wird, weil die Verwaltungsqualität nicht ausreicht oder praktische oder politische Erwägungen die Durchführung verhindern. Dafür werden andere Vorhaben, die im Plan nicht vorgesehen waren, nachträglich eingeschoben, weil man entweder erst nachträglich ihre Bedeutung erkannt hat oder weil es sich um Prestigeprojekte handelt, die bei den ausländischen Geldgebern auf Ablehnung gestoßen wären. So schreibt Lewis: "Ein Entwicklungsprogramm kann als Aushängeschild dienen und oft wird es in dieser Weise gebraucht. Die Regierung läßt aus dem Plan die Dinge heraus, die sie zwar zu tun beabsichtigt, über die sie aber nicht sprechen will, z.B. einige Prestigeausgaben; andererseits setzt sie Dinge in

den Plan ein, die sie zwar nicht zu tun beabsichtigt,
die aber irgendeinen Leser beeindrucken werden!." ¹⁵⁸

Das Bestehen eines Entwicklungsplanes gibt daher keinen Aufschluß, ob ihn die betreffende Regierung auch aus-
führen kann und will. ¹⁵⁹⁾ Daher ist für die Wirtschafts-
ordnung nicht allein der Charakter des Planes entscheidend, ¹⁶⁰⁾
sondern vor allem die getroffenen wirtschaftspolitischen
Maßnahmen. Ein Musterbeispiel für einen derartigen Inter-
ventionismus trotz Entwicklungsplan ist Brasilien, wo eine
Vielzahl von Entwicklungsplänen aufgestellt wurden, die
ausschließlich den Zweck hatten, die Bedingungen für die
Erlangung von Entwicklungshilfe zu erfüllen. An ihre Rea-
lisierung wurde jedoch niemals ernsthaft gedacht und sie
waren schon kurz nach der Aufstellung vergessen.
Ähnliches gilt auch für manche Pläne Indonesiens, der
Philippinen und Madagaskars. Die tatsächlich betriebene
Politik verlief in allen diesen Fällen in ganz anderen
Bahnen als sie der Plan abgesteckt hatte. Zwar gelingt
sehr vielen Ländern die Durchführung ihrer Pläne ebenfalls
nicht, doch ist der entscheidende Unterschied, daß hier
zumindest versucht wird, den Plan zu vollziehen. In der Wirk-
lichkeit sind beide Fälle allerdings sehr schwer zu unter-
scheiden.

Im Gegensatz hierzu ist der "klassische" Interventionis-
mus, der ohne formellen Plan jeweils dort in die Wirtschaft

158) William Arthur Lewis: On Assessing a Development Plan,
"Economic Bulletin (Ghana)", Vol.3 (1959), S.10,
zit. nach A.Waterston: Development Planning . . . ,
a. a. O., S.106.

159) Siehe A.Waterston: Development Planning. . . , a. a. O., S.106

160) So Rüdiger Döbel: Kollektivistische Entwicklungsplanung
und Außenwirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern,
"Wirtschaftspolitische Chronik" 1966 (Beiträge zur Ord-
nung von Wirtschaft und Gesellschaft. Festgabe für
Alfred Müller - Armeck), S.263.

eingreift, wo es augenblicklich erforderlich erscheint, heute selten geworden. Bis 1958 wurde eine solche Politik in Spanien,¹⁶¹⁾ bis 1959 in Uruguay und von 1956 - 1958 und, nach einer marktwirtschaftlichen Periode, seit 1962 in Argentinien betrieben.

In der Türkei war bis 1950 der Etatismus, eine Form. des Interventionismus, die sich durch eine sehr weitgehende produktive Betätigung des Staates auszeichnete, die ordnungspolitische Konzeption. Die hierauf folgende marktwirtschaftliche Politik wurde seit etwa 1954 immer stärker mit interventionistischen Eingriffen durchgesetzt. 1960 setzte eine neue Liberalisierungsperiode ein, die 1963 durch die Einführung einer umfassenden Entwicklungsplanung ihr Ende¹⁶²⁾ fand.

Eine Wirtschaftsordnung eigener Prägung hat Israel. Sie ist besonders durch einen umfangreichen staatlichen und gewerkschaftlich- genossenschaftlichen Sektor gekennzeichnet. Ein umfassender Entwicklungsplan bestand bis 1963 nicht und auch die seitherigen Planungen hatten wenig Einfluß auf die tatsächliche Entwicklung. Das wirtschaftliche Wachstum wird entsprechend den staatlichen Vorstellungen durch geld- und finanzpolitische Maßnahmen gefördert, wobei aus politischen Gründen (größtmögliche wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland aus militärischen Gründen) auf eine möglichst breitgefächerte Produktions-

161) Siehe Karl-Otto Körber: Ordnungspolitische Probleme der spanischen Wirtschaftspolitik, Köln - Berlin - Bonn - München 1965; José María Veciana Vergés: Die spanische Wirtschaftspolitik auf dem Industriesektor, Diss. Frankfurt 1961; H. Paris-Eguílaz: Staatsintervention und Wettbewerb in der spanischen Volkswirtschaft, in Rudolf Frei (Hsg.): Wirtschaftssysteme des Westens, Bd. I, Tübingen 1957.

struktur Wert gelegt wird, auch wenn manche Güter vor der Weltmarktkonkurrenz durch protektionistische Maßnahmen geschützt werden müssen.¹⁶³⁾ Als Grenzfall zwischen interventionistischer und marktwirtschaftlicher Politik sind die mittelamerikanischen Länder Kuba bis 1958, die Dominikanische Republik bis 1962 und Honduras bis 1955 anzusprechen, wo die Wirtschaftsentwicklung im wesentlichen durch private, v. a. ausländische Unternehmer bestimmt wurde, während sich der Staat weitgehend auf die Schaffung der Infrastruktur beschränkte, ohne jedoch vor punktuellen Eingriffen zurückzuschrecken.

6. Feudalistische Systeme

In Ländern mit feudalistischer Sozialstruktur hat der König die unumschränkte Gewalt über seine Untertanen, also auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Diese traditionellen Strukturen bestimmen auch heute noch in einigen Ländern sehr stark das wirtschaftliche Geschehen. In abgeschwächter Form sind sie noch in sehr vielen Entwicklungsländern vorhanden.

Besonders wirksam ist diese Sozialstruktur noch in Saudi-

-
- 162) Siehe Salahaddin Sözeri: Der Wirtschaftsaufbau der Türkei nach dem 2. Weltkrieg, Kiel 1955; K. Hesse: a. a. O., Teil III; Hakki Karamete: Wirtschaftssystem und Wirtschaftsgesinnung, Steuersystem und Steuermentalität in der Türkei, Diss. Köln 1956; Ihsan Erban: Strukturanalyse der Wirtschaftsentwicklung in der Türkei, Diss. Berlin 1963.
- 163) Siehe Hans Günther Meissner: Die Wirtschaft Israels. Aufbau - Struktur - Entwicklung, Köln 1962; K. Hesse: a. a. O., Teil IV.

Arabien, aber auch im Jemen, in Äthiopien, im Iran, in Ruanda und Burundi sind sie noch von wesentlicher Bedeutung.

7. Marktwirtschaftliche Systeme

Wie bereits im Abschnitt B dargestellt wurde, wird bei der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik die Entwicklung nicht vom Staat festgelegt, sondern der privaten Initiative überlassen. Der Staat beschränkt sich auf die Schaffung eines günstigen "Klimas" für die privaten Unternehmer, indem er vor allem Recht und Ordnung bewahrt, für wirtschaftliche Stabilität sorgt und die nötige Infrastruktur schafft.

Ein derart zurückhaltendes Einfügen in den Wirtschaftsablauf ist in den Entwicklungsländern nicht besonders häufig, selbst wenn man den Begriff "marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik" nicht allzu eng faßt und gewisse systemfremde Maßnahmen akzeptiert, die schließlich auch in den Industrieländern mit marktwirtschaftlicher Ordnung in teilweise beträchtlichem Umfang vorhanden sind. Eine Aufgliederung der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsländer entsprechend der Intensität der staatlichen Entwicklungspolitik kann an den Charakter eines eventuell bestehenden Entwicklungsplanes anknüpfen, dessen Existenz, wie in Abschnitt B I bereits ausgeführt wurde, durchaus mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung vereinbar sein kann, wenn er entsprechend ausgestaltet ist. Dieses Kriterium ist allerdings nicht immer eindeutig, denn z. B. ist die Intensität der wirtschaftspolitischen

Eingriffe in Mexiko sicher größer als in Thailand, obwohl die mexikanischen Entwicklungspläne fast immer nur den öffentlichen Sektor betrafen, während sie in Thailand seit vielen Jahren die gesamte Volkswirtschaft umfassen.

a) Länder mit einem umfassenden, jedoch ziemlich flexiblen Plan und starker Betonung der Privatinitiative.

Neben den bereits erwähnten Ländern Tai - Wan und Pakistan, die als Grenzfälle zwischen Entwicklungsplanung und marktwirtschaftlicher Entwicklungspolitik bezeichnet wurden, sind zu dieser Gruppe besonders die Länder Rhodesien, Elfenbeinküste, Thailand und Nigeria zu zählen.

(Süd-) Rhodesien war von 1953 bis 1963 Glied der Föderation von Rhodesien und Nyassaland, was jedoch auf die wirtschaftspolitische Grundkonzeption nur geringen Einfluß hatte, da auch während dieser Zeit die wesentlichen wirtschaftspolitischen Kompetenzen bei den Gliedstaaten verblieben, jedoch wurden die Entwicklungspläne nunmehr von der Zentralregierung entworfen, in der allerdings der südrhodesische Einfluß dominierte. Diese Pläne (seit 1954) umfaßten im Gegensatz zu den britischen kolonialen Planungen nicht mehr nur die Infrastruktur, waren jedoch kein bindendes Programm der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern nur Prognosen der angestrebten und zu erwartenden Entwicklung, die alle zwei Jahre überprüft und neu gefaßt wurden.¹⁶⁴⁾ Die staatliche Entwicklungspolitik versucht nur, der Privatwirtschaft möglichst

164) Siehe Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (Hsg.): Entwicklungspläne in Afrika, Bremen 1959.

günstige Bedingungen zu schaffen. Staatliche Produktionsbetriebe bestehen nur in geringem Umfang (Stahl- und Baumwollindustrie). Dagegen werden private Unternehmer auf verschiedenen Wegen gefördert: durch Beratung und Information, staatliche Kredite für neue Unternehmen, freie Betätigung für ausländisches Kapital und ausländische Arbeitskräfte.¹⁶⁵⁾ Die freie Kapitalausfuhr mußte dagegen

1961 aus Zahlungsbilanzgründen eingeschränkt werden.¹⁶⁶⁾

Die Einbeziehung der Eingeborenenwirtschaften in die Geldwirtschaft soll, neben der Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen, durch Schutzzölle und Preis- und Absatzgarantien für einige landwirtschaftliche Produkte erreicht werden.¹⁶⁷⁾ An der Elfenbeinküste bestanden seit 1947 französische Planungen, die in der Anlage der französischen "planification" entsprachen. Diese Planung wurde auch fortgesetzt, nachdem das Land 1957 eine teilweise Autonomie erhielt, doch wurde der privaten Initiative weitgehende Entfaltungsfreiheit gelassen, während sich der Staat in seiner direkten wirtschaftlichen Betätigung vor allem auf die Infrastruktur beschränkt. Er beteiligt sich allerdings an wichtigen Unternehmungen, doch sollen diese Beteiligungen privatisiert werden,¹⁶⁸⁾ sobald im Volk genügend Kapital vorhanden ist.

165) Siehe Werner Schmidt: Föderation von Rhodesien und Nyassaland, Bonn 1959; Bremer Ausschuß . . . : Entwicklungspläne . . . , a. a. O.

166) Siehe W.L.Taylor: Problems of Economic development of the Federation of Rhodesia and Nyassaland, in E.A.G.Robinson: a. a. O., S.230.

167) Siehe W.Schmidt: a. a. O.

168) Siehe Manfred K.Hedrich: Attraktiv für Investoren, "Der Volkswirt", 21.Jg.(1967), Nr.9;"Neues Afrika", 7.Jg. (1965), S.347.

Die Förderung der Landwirtschaft als dem wichtigsten Wirtschaftszweig erfolgt in erster Linie durch Verbesserung der Ausbildung und landwirtschaftliche Forschung. Die industrielle Entwicklung wird durch verschiedene steuerliche Begünstigungen, günstige Bedingungen für ausländische Unternehmer und freien Kapitalverkehr gefördert.¹⁶⁹⁾ Sehr günstig wirkt sich außerdem die große politische Stabilität aus, die in Afrika ziemlich ohne Beispiel ist.

In Thailand besteht seit 1961 ein umfassender Entwicklungsplan, durch den jedoch die ungehinderte privatwirtschaftliche Betätigung nicht eingeschränkt wird.¹⁷⁰⁾ Wegen des Mangels an einheimischen Unternehmern strebt man besonders danach, ausländische Unternehmer heranzuziehen, nachdem man bis 1960 diesen Mangel durch staatliche Unternehmen umgehen wollte. Seit 1960 besteht deshalb ein Industrieförderungsgesetz, das nach Ansicht aller Experten als das mit Abstand günstigste aller asiatischen Länder bezeichnet wird (Steuererleichterungen, Zollbefreiungen, temporärer Zollschutz, staatliche Garantie, keine Konkurrenzunternehmen zu

169) Siehe hierzu Franziska Raynaus: Elfenbeinküste, Bonn 1962; Statistisches Bundesamt: Afrikanische Entwicklungsgebiete, Heft 5: Elfenbeinküste, Ober- Volta, Sierra Leone (Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte), Stuttgart - Mainz 1962, S. 13; M. K. Hedrich: a. a. O.

170) Siehe Wilhelm Moritz Freiherr von Bissing: Thailand. Seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, in ders.: Ostasiatische Studien zu Wirtschaft und Gesellschaft in Thailand, Hongkong und Japan, Berlin 1962, S. 51; o. Verf.: Thailand. Grunddaten für Auslandsinvestitionen, "Wirtschaftsdienst", 41. Jg. (1961)

errichten oder das Unternehmen zu verstaatlichen) und¹⁷¹⁾
praktisch für alle Investitionen gilt. Beschrän-
kungen des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs¹⁷²⁾
sind ebenfalls nicht vorhanden. Der Staat beschränkt
seine Tätigkeit seit 1960 fast ausschließlich auf die
Infrastruktur sowie die Förderung der Landwirtschaft
durch wissenschaftliche Untersuchungen über neue Pro-
dukte und Anbaumethoden.¹⁷³⁾

Auch in Nigeria wurden im Jahre 1962 die Pläne öffent-
licher Investitionen formell durch eine umfassende Ent-
wicklungsplanung abgelöst, doch wurde niemals beabsich-
tigt, den privaten Sektor direkt oder indirekt zu kon-
trollieren. Vielmehr wollten diesem möglichst günstige
Entwicklungsbedingungen geschaffen werden, um auf diese
Weise eine Leistungssteigerung der heimischen Wirtschaft¹⁷⁴⁾
herbeizuführen. Verstaatlichungsabsichten bestehen
nicht, doch wird die Tätigkeit ausländischer Unternehmer,¹⁷⁵⁾
die an sich sehr erwünscht sind, dadurch etwas ein-
geschränkt, daß vielfach eine 50%ige Beteiligung nigeri-
anischen Kapitals gewünscht wird. Da wegen des Fehlens
eines Kapitalmarktes hierfür in den seltensten Fällen
privates Kapital zur Verfügung steht, wird die Beteili-
gung in der Regel vom Staat, insbesondere den weitgehend

171) Siehe W.M.v.Bissing: Thailand . . . , a. a. O.,
S.51; BfA: Südostasiatische Entwicklungsgebiete,
Köln 1961.

172) Siehe Thailand. Grunddaten . . . , a. a. O.

173) Siehe W.M.v.Bissing: Thailand . . . , a. a. O., S.55 ff.

174) Siehe Peter B.Elark: Economic Planning for a Country
in Transition: Nigeria, in Everett E.hagen (ed.):
Planning Economic Development, Homewood/Ill., S.282 f;
Sven Helander: Entwicklungspolitik in Nigeria, Köln-
Opladen 1963, S.34.

175) Siehe Karl Otto Röhl: Hoffnung auf Öl und EWG,
"Der Volkswirt", 19.Jg.(1965), Nr.36.

autonomen Regionsregierungen aufgebracht.¹⁷⁶⁾ Außenwirtschaftliche Beschränkungen bestehen nur beim Export verschiedener Agrarerzeugnisse, für die staatliche "Marketing Boards" das Exportmonopol besitzen. Sie sollten ursprünglich die Erzeugerpreise stabilisieren, wurden jedoch im Lauf der Zeit wegen der niedrigen Ankaufspreise zu einer Sonderform der Besteuerung, mit der der größte Teil der staatlichen Entwicklungsprojekte finanziert wird.¹⁷⁷⁾

Von den mexikanischen Planungen umfaßt nur der "Plan de Accion Inmediata" (1962 - 1964) die gesamte Volkswirtschaft, ohne jedoch für den privaten Sektor mehr als ungefähre Schätzungen zu bringen.¹⁷⁸⁾

In ähnlicher Weise versucht Griechenland seit dem 2. Fünfjahresplan (1960 - 1964) einen Rahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung abzustecken, ohne jedoch für die einzelnen Wirtschaftszweige Ziele vorzugeben, doch schaltet sich der Staat seither durch Kredite und Beteiligungen an privaten Unternehmungen sowie eigene Gründungen aktiver in die industrielle Entwicklung ein.¹⁷⁹⁾

Beim nationalen Entwicklungsplan Perus (1962 - 1971) wird der Prognosecharakter offensichtlich, denn schon die Länge der Planperiode macht es unmöglich, irgendwelche Ziele vorzugeben und eine Konkretisierung durch kurzfristige Pläne

176) Siehe P. B. Clark: a. a. O., S. 283; G. Bauer: a. a. O., S. 131 ff.

177) Siehe besonders P. T. Bauer: The Economic Development . . , a. a. O., S. 401.

178) Siehe Statistisches Bundesamt : Mexiko (Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte), Stuttgart-Mainz 1966, S. 44.

179) Siehe Harald Ernst: Die griechische Entwicklungspolitik und das Problem der Assoziierung Griechenlands an die EWG, Diss. Köln 1963.

180)

wurde bewußt nicht vorgenommen.

In gleicher Weise gilt dies für den Zehnjahresplan Uruguays (1964 - 74), der wie der peruanische Plan durch die Charta von Punta del Este erzwungen wurde. Auch hier handelt es sich lediglich um eine gesamtwirtschaftliche Orientierung, keinesfalls um einen in irgendeiner Hinsicht verbindlichen Plan.¹⁸¹⁾

b) Länder mit einem langfristigen Plan öffentlicher Investitionen

In Malaysia bestehen seit 1950 Entwicklungspläne, die aber nur den staatlichen Sektor umfassen, der zudem nur solche Tätigkeiten enthält, die notwendigerweise vom Staat ausgeführt werden müssen.¹⁸²⁾ Die Privatwirtschaft hat somit den größtmöglichen Spielraum, der auch nicht durch irgendwelche dirigistischen Maßnahmen beschränkt wird.¹⁸³⁾ Vielmehr wird die Industrialisierung neben dem Ausbau der Infrastruktur noch durch steuerliche Vergünstigungen, die Möglichkeit des temporären Zollschatzes, Finanzierungshilfen, die Er-

180) Sieh. Ernst Keller: Potential, Pläne und Probleme der Industrialisierung Perus, in Lateinamerikanisches Institut der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Hsg.): Peru. Geschichte und Wirtschaft, Zürich 1964.

181) Siehe Statistisches Bundesamt: Uruguay (Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte), Stuttgart - Mainz 1966, S.33.

182) Siehe T.H. Silcock: The Economy of Malaya. Relevance of the Competitive Laissez - Faire Model, in C.B. Hoover (ed.): a. a. O., S.359; Ronald Ma/Jou Poh Seng: Die Wirtschaft Malaysias, in Bernhard Grossmann (Hsg.): Studien zur Entwicklung in Süd- und Ostasien, N.F. Teil 4: Malaysia, Frank - Berlin 1966, S.187.

183) Siehe Karl Blomeyer: Malaya, "Europäische Wirtschaft", Bd.3 (1963), S.136.

richtung; von Industriebezirken und einen freien internationalen waren- und Kapitalverkehr gefördert.¹⁸⁴⁾

Im Kongo plante die belgische Kolonialregierung seit 1950 (mit einem Vorläufer schon 1920) den Ausbau der Infrastruktur mit Hilfe langfristiger Programme. Die produktiven Investitionen wurden dagegen ausschließlich den privaten Unternehmern überlassen, wenn auch der Staat an vielen Unternehmen, besonders im Bergbau,¹⁸⁵⁾ beteiligt war.

Da der Kongo durch die Kongo - Akte von 1884 zur "open-door-policy" verpflichtet war, war von vornherein gesichert, daß sich nur wettbewerbsfähige Industrien entwickelten.¹⁸⁶⁾ Besondere Förderung genoß

die Eingeborenen-Landwirtschaft, deren Eingliederung in die arbeitsteilige Wirtschaft durch Selbsthaftmachung nomadisierender Stämme, Entwicklung besserer Anbaumethoden, Unterweisung in modernen Produktionsformen und Bau von Bewässerungsanlagen gefördert werden sollte.¹⁸⁷⁾ Durch die politischen Unruhen seit der Unabhängigkeit wurden diese Entwicklungen unterbrochen und die Verhältnisse haben sich offensichtlich bis heute noch nicht normalisiert, auch wenn sich die Wirtschaftsordnung formell bisher nicht geändert hat.¹⁸⁸⁾

184) Siehe BfA: Sudostasiatische Entwicklungsgebiete a. a. O.

185) Siehe BfA: Afrikanische Entwicklungsgebiete: Belgisch-Kongo . . ., a. a. O.; Belgian-Congo and Ruanda-Urundi Information Office: Belgian-Congo, Vol.I, Brüssel 1959.

186) Ebenda.

187) Ebenda.

188) Siehe o. Verf.: Möglichkeiten privater Investitionen im Kongo, "Neues Afrika", Bd.6 (1964), S.99 f.

auch die nigerianischen Entwicklungspläne zwischen 1946 und 1962 waren nur Pläne öffentlicher Investitionen, die die Entwicklung des privaten Sektors nicht beeinflussen, sondern sie schufen nur "die notwendigen Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Hoffnung, daß sich der private Sektor dieser Grundlagen bedient".¹⁸⁹⁾

In Mexiko besaß der Staat am Ende des 2. Weltkrieges eine große Zahl von Produktionsunternehmern, die er in der vorangegangenen Periode sozialistischer Wirtschaftspolitik aufgebaut hatte. Diese Entwicklung hielt auch nach dem Kriege noch an und so entstand ein umfangreicher Sektor staatlicher Unternehmen, vor allem in der Grundstoffindustrie, die in ihrer Geschäftsführung weitgehend unabhängig waren. Erst 1954 wurde eine Koordinierungsbehörde für die öffentlichen Unternehmen geschaffen, die jeweils ein jährliches Investitionsprogramm für die öffentlichen Investitionen erstellte. Der Entwicklungsplan 1965 - 1970 brachte dann schließlich, nach dem Interim des umfassenden "Plan de Accion Inmediata", eine mehrjährige Planung dieses Sektors.¹⁹⁰⁾ Im übrigen bleibt die Entwicklung weitgehend der Privatinitiative überlassen, der Staat konzentriert sich auf die Infrastruktur, die hier allerdings auch die Grundstoffindustrie umfaßt. Ausländische Kapitalanlagen sind

189) Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung: Entwicklungspläne . . ., a. a. O.; siehe auch P.B.Clark: a. a. O., S.265.

190) Siehe Statistisches Bundes: Mexiko, a. a. O., S.43 ff.; Miguel S.Wionczek: Incomplete Formal Planning: Mexico, in D.E.Hagen: Planning . . ., a. a. O., S.47 ff.

zwar grundsätzlich erwünscht, in einigen Sektoren jedoch untersagt oder nur in Verbindung mit mexikanischem Kapital möglich. Investitionen können durch zeitweise Steuer-, Zoll- und andere Vergünstungen gefördert werden. Für den internationalen Waren- und Kapitalverkehr bestehen keine Beschränkungen.¹⁹¹⁾

Puerto Rico stellt seit 1944 jährlich Sechsjahrespläne auf, die jeweils die fünf letzten Jahre des alten Planes und ein weiteres Jahr umfassen. Dabei beschränkt man sich bewußt darauf, nur den öffentlichen Sektor zu planen und auf staatliche Industriebetriebe zu verzichten, weil die Regierung weder das erforderliche technische Wissen noch die Mittel für ein Industrialisierungsprogramm besaß. Die staatlichen Mittel sollten statt dessen eingesetzt werden, um Unternehmer mit Kapital, Märkten und technischem Wissen nach Puerto Rico zu ziehen.¹⁹²⁾ Dabei kam zustatten, daß puertoricanische Produzenten ihre Produkte in den USA zollfrei absetzen können. Es wurden daher Fabrikgebäude errichtet und an Unternehmer vermietet, steuerliche Erleichterungen gewährt, Transportkosten für die Anlagen und innerbetriebliche Ausbildungskosten übernommen und regelrechte Werbefeldzüge für Industrieansiedelungen in Puerto Rico durchgeführt.¹⁹³⁾ Die landwirtschaftliche Entwicklung wird durch die Einfuhrquoten der USA bestimmt, die eines Produktionsausweitung und Produktivitätssteigerung erschweren.¹⁹⁴⁾

191) Siehe Statistisches Bundesamt: Mexiko, a. a. O., S.47 ff.

192) Siehe United Nations: Planning . . . , a. a. O., S.134.

193) Ebenda, S.134.

194) Ebenda, S.135.

In Griechenland wurden seit 1948 zunächst zur Förderung des Wiederaufbaus, später zur Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft langfristige Pläne aufgestellt, die bis 1960 stets nur die öffentliche Wirtschaft umfaßten. Die Entwicklung des privaten Sektors sollte dagegen der freien unternehmerischen Initiative überlassen bleiben. Die stark passive Handelsbilanz führte allerdings zu einer Abschirmung der inländischen Wirtschaft durch Schutzzölle gegen die Auslandskonkurrenz sowie zu einem umfangreichen Exportförderungs¹⁹⁵⁾system für die Landwirtschaft. Zur Investitionsförderung, besonders von ausländischen Investitionen, bestehen seit 1953 steuerliche und devisenwirtschaftliche Erleichterungen sowie ein Verstaatlichungsschutz für die¹⁹⁶⁾ durch das Gesetz geförderten Unternehmen.

Nach mehreren gescheiterten Versuchen mit einem umfassenden Entwicklungsplan bestehen seit 1962 auch im Libanon Entwicklungsprogramme, die nur öffentliche Investitionen umfassen und mit denen die Entfaltung der privaten Aktivität in Landwirtschaft und Industrie gefördert werden soll. In El Salvador ist die Regierung seit 1964 zu einer zweijährigen Planperiode bei öffentlichen Investitionen übergegangen, ohne daß diese technische Maßnahme Einfluß auf¹⁹⁷⁾ die liberale Wirtschaftspolitik des Landes hatte.

-
- 195) Siehe Georgios Sykianakis: Strukturveränderungen im Wirtschaftsleben Griechenlands als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, Diss. Mainz 1962.
- 196) Siehe o.Verf.: Griechenland: Grunddaten für Auslandsinvestitionen, "Wirtschaftsdienst", 41.Jg.(1961).
- 197) Diese Statistisches Bundesamt: El Salvador (Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte), Stuttgart-Mainz 1965, S.34; Elisabeth Diepold: Die agrarischen und industriellen Entwicklungsmöglichkeiten von Zentralamerika, Diss. Köln 1962, S.117.

Das gleiche gilt von den öffentlichen Investitionsprogrammen Perus und Uruguays,¹⁹⁸⁾ die ergänzend zu den bereits erwähnten Perspektivplänen geschaffen wurden.

c) Länder ohne einen langfristigen Plan

Bis zum Inkrafttreten des Sechsjahresplanes im Jahre 1962 verlief die Entwicklung der thailändischen Wirtschaft ohne formelle längerfristige Planungen, wobei die Entwicklung von der privaten Initiative getragen wurde. Der Staat versuchte zwar, durch Gründung eigener Produktionsunternehmen den Mangel an einheimischen Unternehmern zu begegnen, doch wurde dieser Versuch wieder aufgegeben, weil diese Betriebe¹⁹⁹⁾ sehr unrentabel arbeiteten.

Im Gegensatz dazu bestanden im Libanon eine ganze Reihe von Entwicklungsplänen, die aber alle nicht realisiert wurden, sondern die tatsächliche Entwicklung vollzog sich im staatlichen und privaten Sektor ohne Berücksichtigung der Pläne.²⁰⁰⁾ Erst das Entwicklungsprogramm 1962 - 64, das nur noch öffentliche Investitionen enthielt, wurde zu verwirklichen versucht. Wegen der starken Abhängigkeit seiner wirtschaftlichen Lage vom Außenhandel, dem Fehlen einheimischer Rohstoffe und eines großen inländischen Absatzmarktes ist der liberalen Wirtschaftspolitik in diesem Lande kaum eine andere praktikable Alternative gegenüberzustellen, da eine Abschirmung der Volkswirtschaft gegen die Auslandskonkurrenz nicht möglich ist.

198) Siehe Statistisches Bundesamt: Uruguay, a. a. O., S.34.

199) Siehe W.M.v.Bissing: Thailand . . . , a. a. O., S.52

200) Siehe BfA: Nordafrikanische . . . , a. a. O.

Dem Ideal einer marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik entspricht wohl am meisten die britische Kronkolonie Hongkong, der es ohne nennenswerte Bodenschätze oder Möglichkeiten der Landwirtschaft, isoliert vom chinesischen Hinterland, gelang, eine hochentwickelte Industriestadt zu werden.²⁰¹⁾

Diese Industrialisierung erfolgte ohne handelspolitischen Schutz und ohne staatliche Auslandshilfe.²⁰²⁾ "Der Beitrag der Administration von Hongkong zur wirtschaftlichen Entwicklung besteht darin, daß sie den Unternehmern in weitester Beziehung die Marktfreiheit gewährleistet hat, für wirtschaftliche Stabilität sorgte und die nötige Infrastruktur vorsah."²⁰³⁾ Träger der Entwicklung aber waren die privaten Unternehmer, die ihre Produktion allein nach der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt ausrichteten, was zur Entstehung besonders arbeitsintensiver Wirtschaftszweige führte. Durch Freihandel, Währungskonvertibilität, günstige Steuerverhältnisse, relativ stabile Preise und Entfaltungsfreiheit für in- und ausländische Unternehmer und in- und ausländisches Kapital wurde die Entfaltung der privaten Unternehmer so weit als möglich gefördert und es ist diesen, im Gegensatz zu den meisten anderen Entwicklungsländern, gelungen, sich auf dem Weltmarkt gegen die internationale Konkurrenz erfolgreich zu behaupten.²⁰⁴⁾

201) Siehe Wilhelm Moritz Freiherr von Bissing: Das Flüchtlingsproblem in Hongkong, in ders.: Ostasiatische Studien . . ., a. a. O., S. 72 f.

202) Siehe Franz Aschinger: Japan und Hongkong. Wirtschaftsphänomene des Fernen Ostens, Zürich 1965, S. 81.

203) Ebenda, S. 42.

204) Ebenda, S. 42.

Auch El Salvador verzichtete bis 1964 auf die Festlegung von Entwicklungsplänen. Aber auch die dann eingeführten öffentlichen Investitionsprogramme änderten nichts am marktwirtschaftlichen Charakter der salvadorianischen Wirtschaft. Die Regierung greift nur lenkend in die Entwicklung des privaten Sektors ein, überläßt diesen aber im wesentlichen der Unternehmerinitiative, die vom Staat lediglich angeregt und gefördert wird. Die wirtschaftliche Aktivität konzentriert sich auf die Infrastruktur.²⁰⁵⁾

Zur Förderung der Entwicklung dient neben einer geordneten Finanz- und Geldpolitik, die ein völlig stabiles Preisniveau erreichen konnte, eine Reihe spezieller Maßnahmen, z.B. die steuerliche Begünstigung von Investitionen, die Zollbefreiung erforderlicher Importgüter und ein Informationsbüro, das ausländische Investoren interessieren soll und finanzielle Beteiligungen beschafft.²⁰⁶⁾ Obwohl keine staatlichen Produktionsunternehmen bestehen und der inländische Markt sehr begrenzt ist, weist El Salvador unter den Ländern Zentralamerikas die höchstentwickelte und differenzierteste Industrie auf.^{206a)} Die Landwirtschaftspolitik strebt einen Abbau der Kaffee-Monokultur durch Anbauförderung für neue Produkte, bessere Verkehrserschließung und Bewässerung und eine Produktivitätssteigerung durch Propa-

205) Siehe Statistisches Bundesamt: El Salvador, a. a. O., S.34; E.Diepold: a. a. O., S.117.

206) Siehe Statistisches Bundesamt: El Salvador, a. a. O., S.21 f.

206a) Siehe E. Diepold: a. a. O., S.122 ff.; Bert F. Hoselitz: Economic Development in Central America, "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd.76 (1956).

gierung verbesserter Anbaumethoden an.²⁰⁷⁾ Das einzige Land Südamerikas, das sich uneingeschränkt zu einer liberalen Wirtschaftspolitik bekennt, ist Peru. Durch Ausbau der Infrastruktur, liberalen Außenhandel, Steuer- und Zollermäßigungen für neue Unternehmen und einen verfassungsmäßigen Schutz gegen Verstaatlichung hat die Regierung versucht, günstige Bedingungen für private Unternehmer zu schaffen, wobei Ausländer absolut gleichbehandelt werden.²⁰⁸⁾ Sie gesteht allen Unternehmern freie Entfaltung zu und hat durch eine mustergültige Wirtschaftsgesetzgebung sichere Grundlagen für die unternehmerische Betätigung geschaffen,²⁰⁹⁾ die durch die Verkündung des Zehnjährsplans im Jahre 1962 in keiner Weise beeinträchtigt wurden.

In der Türkei wurde eine marktwirtschaftliche Politik von 1950 bis etwa 1955 betrieben. Im Jahre 1950 wurde der Etatismus durch eine liberalere Politik ersetzt, die der privaten Initiative mehr Raum ließ, indem der Außenhandel weitgehend liberalisiert, Maßnahmen zur rechtlichen und tatsächlichen Sicherung der Privatunternehmer, zur Heranziehung von Auslandskapital und zur Befreiung des Wirtschaftslebens von staatlichen Eingriffen getroffen wurden.²¹⁰⁾ Da jedoch

207) Siehe E.Diepold: a. a. O., S.122 ff.

208) Siehe Romulo A.Ferrero: Die Wirtschafts- und Währungspolitik Perus, in Lateinamerikanisches Institut . . ., a. a. O.; Statistisches Bundesamt: Peru (Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte), Stuttgart - Mainz 1966, S.28; E.Keller: a. a. O., S.85; o.Verf.: Peru. Grunddaten für Auslandsinvestitionen, "Wirtschaftsdienst", 41.Jg.(1961).

209) Siehe E. Keller: a. a. O., S.85.

210) Siehe S.Sözeri: a. a. O.

die öffentliche Investitionen zu umfangreich waren, kam es zu Preissteigerungen, die zusammen mit einigen schlechten Erntejahren zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten führten. Das löste etwa ab 1954 immer umfangreichere, unberechenbarere und unkoordiniertere interventionistische Eingriffe aus (Devisenbewirtschaftung, Preiskontrollen, Kontingente),²¹¹⁾ was die privaten Unternehmer entmutigte.²¹²⁾ Erst nach dem Regierungswechsel im Jahre 1960 wurden diese Eingriffe teilweise wieder abgebaut, 1963 jedoch die Wirtschaftsordnung der Entwicklungsprogrammierung eingeführt.²¹³⁾ Auch in Spanien war die marktwirtschaftliche Periode sehr kurz und noch weniger ausgeprägt als in der Türkei. Hier wurde bis 1959 eine Interventionspolitik betrieben, die in alle Bereiche des Wirtschaftslebens eingriff²¹⁴⁾ und die Entwicklung der Volkswirtschaft in die gewünschte Richtung lenkte.²¹⁵⁾ Die fortschreitende Inflation und die Annäherung an die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse Westeuropas führten 1959 zu einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Es wurde ein neuer einheitlicher Wechselkurs festgelegt, der Außenhandel schrittweise liberalisiert, die Währung stabilisiert und ausländische Kapitalanlagen erleichtert.²¹⁶⁾

211) Siehe Ihsan Erban: Strukturanalyse der Wirtschaftsentwicklung in der Türkei, Diss.Berlin 1963, S.85 ff.

212) Siehe Hans Wilbrandt: Zum Aufstieg von Entwicklungsländern. Vorbild und Warnung des Beispiels Türkei, in Gegenwartsprobleme der Agrarökonomie. Festschrift für Fritz Baade zum 65.Geburtstag, Hamburg 1958, S.450.

213) Siehe K.Hesse: a. a. O., S.365.

214) Siehe K.-O.Körber: a. a. O.; J.M.V.Vergés: a. a. O.

215) Siehe H.Paris-Eguilaz: a. a. O., S.198.

216) Siehe J.M.V.Vergés: a. a. O.; R.H.Mills: The Spanish Miracle, Washington 1966.

Allerdings mißtraute der Staat weiterhin dem Wirken der Privatinitiative und betonte seine Verantwortung für die Wirtschaft. Diese Haltung führte 1964 zum Übergang zur Entwicklungsprogrammierung nach französischem Vorbild.²¹⁷⁾

Argentinien verzeichnete in den letzten zwanzig Jahren die wohl abwechslungsreichste Ordnungspolitik aller Länder.

Bis zum Sturz Perons im Jahre 1955 bestand eine sozialistische Entwicklungsplanung, anschließend bis 1958 eine interventionistische Wirtschaftspolitik. Mit dem Regierungsantritt Frondisis wurde der Übergang zur Marktwirtschaft vollzogen, indem die multiplen Wechselkurse aufgehoben, Liberalisierung des Außenhandels eingeführt, die Preiskontrollen abgeschafft und die freie Unternehmerinitiative und die Landwirtschaft gefördert wurden. Es wurde eine gesetzliche Grundlage für Auslandsinvestitionen geschaffen, die die Gleichstellung mit inländischem Kapital vorsah und den Transfer von Kapital und Gewinn regelte.²¹⁸⁾ Die Wirtschaftskrise von 1962

zwang Frondisi zum Rücktritt und seither breiteten sich wieder interventionistische Tendenzen aus.²¹⁹⁾

Auch der Nachbarstaat Uruguay betrieb bis 1959 eine interventionistische Politik.²²⁰⁾ Dann setzte eine Liberalisierung ein, verbunden mit einer Währungs- und Devisenreform, doch blieb der Außenhandel aus konjunkturpolitischen Gründen weiter unter

217) Siehe K.Hesse: a. a. O., S.275 ff.

218) Siehe Statistisches Bundesamt: Argentinien (Allgemeine Statistik des Auslandes. Länderberichte), Stuttgart - Mainz 1964, S.33.

219) Ebenda, S.21 ff.

220) Siehe o.Verf.: Uruguay. Grunddaten für Auslandsinvestitionen, "Wirtschaftsdienst", 42.Jg. (1962).

staatlicher Kontrolle.²²¹⁾ Auch wenn 1964, wie bereits erwähnt, ein langfristiger Perspektivplan und ein Programm öffentlicher Investitionen in Kraft gesetzt wurden, vertritt die Regierung weiterhin den Gedanken der freien Wirtschaft. Allerdings konnte der Ausbau der Infrastruktur wegen der schwierigen Wirtschaftslage nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden.²²²⁾

II. Wirtschaftsordnung und Wachstumsraten in den Entwicklungsländern

1. Internationaler Vergleich

Die Überlegenheit einer bestimmten ordnungspolitischen Konzeption der Entwicklungspolitik über andere Konzeptionen läßt sich nur durch eine Konfrontation dieser Ordnungsmodelle mit der Wirklichkeit feststellen, indem man untersucht, welche Methode die Entwicklung in den unterentwickelten Gebieten am meisten gefördert hat. Wenn eine empirisch getestete Entwicklungstheorie vorlage, gabe es als weitere Möglichkeit die Ableitung der wachstumsoptimalen Wirtschaftsordnung aus dieser überprüften Theorie. Keinesfalls aber läßt sich die Überlegenheit einer entwicklungspolitischen Konzeption durch modelltheoretische Argumentationen beweisen, aus denen sich angeblich ergibt, daß die Bedingungen für die eine oder andere Form nicht gegeben seien oder eine Form der anderen grundsätzlich überlegen sei.

221) Statistisches Bundesamt: Uruguay, a. a. O., S.22.

222) Ebenda, S.33 f.

Grundsätzlich besteht der Erfolg einer Entwicklungspolitik darin, die ökonomischen Möglichkeiten der Glieder einer Volkswirtschaft zu vergrößern. "Die Ausweitung des Bereichs effektiver Wahlmöglichkeiten ist sowohl das wichtigste Einzelziel der wirtschaftlichen Entwicklung als auch das beste Kriterium für dessen Erreichung"²²³⁾. Dieses umfassende Konzept ist jedoch praktisch unmeßbar und es ist daher allgemein üblich geworden, als leichter faßbare Größe die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts als Maßstab für den Erfolg einer Entwicklungspolitik zu verwenden. Diese Größe aber stimmt nur zum Teil mit dem oben genannten Konzept überein. "Ein Zuwachs des Volkseinkommens stellt eine Vermutung für ein wirtschaftliches Wachstum²²⁴⁾ im grundlegenden Sinne dar, die jedoch widerlegbar ist". Die gleiche Problematik hat Thalheim im Auge, wenn er schreibt: "So wichtig das Wirtschaftswachstum ist, wir sollten uns davor hüten, es als Selbstzweck zu betrachten. Wenn ein außergewöhnliches Tempo des Wirtschaftswachstums nur auf Kosten des gegenwärtigen Glücks von Millionen von Menschen möglich ist, dann widerspricht es den Grundanforderungen, die wir als europäische Menschen an die Gestaltung des Wirtschaftslebens stellen müssen. Nach den Maßstäben europäischen Menschentums ist die Wirtschaft für den Menschen da, nicht der Mensch für die Wirtschaft. Nur wenn durch das wirtschaftliche Wachstum die Voraussetzungen der menschlichen Existenz - auch die sozialen Voraussetzungen - verbessert werden, dann - aber auch nur dann -

223) P.T.Bauer / B.S.Yamey: a. a. O., S.149 f.

224) P.T.Bauer / B.S.Yamey: a. a. O., S.151.

kann es für uns ein verbindliches Ziel des Wirtschaftens²²⁵⁾ und damit auch der Wirtschaftspolitik sein! Nur dann sind Wachstumsraten als Erfolgsmaßstab der Entwicklungspolitik zu akzeptieren.

Allerdings ist es schwierig, Divergenzen zwischen der ausgewiesenen Wachstumsrate und dem tatsächlichen ökonomischen Fortschritt festzustellen. Vor allem bei einem internationalen Vergleich ist es völlig unmöglich, die Wachstumsraten entsprechend diesem Gesichtspunkt zu korrigieren.

Zwangsläufig muß sich der Vergleich auf die ausgewiesenen Wachstumsraten beschränken. Man wird aber annehmen können, daß die Abweichung der Entwicklung von den Wünschen der Bevölkerung umso größer sein kann, je stärker der staatliche Einfluß auf die Wirtschaft ist. Während sich bei marktwirtschaftlicher Ordnung die Produktion im wesentlichen nach den Konsumentenwünschen ausrichten muß, wird mit zunehmender staatlicher Wirtschaftslenkung die Wahrscheinlichkeit immer größer, daß nicht "die Güter und Dienste auf den Markt kommen, für die die Konsumenten ihr Einkommen ausgeben wollen".²²⁶⁾ Eine bestimmte Wachstumsrate wird daher

bei marktwirtschaftlicher Politik vermutlich einen größeren ökonomischen Fortschritt bedeuten als bei Entwicklungsplanung, wo immer die Gefahr besteht, daß an den tatsächlichen Bedürfnissen vorbei produziert wird.

Diese unterschiedliche Bedeutung von Höhe und Wachstum des Sozialprodukts für die ökonomische Lage eines Landes, je

225) K.C. Schulze: a. a. O., S. 590.

226) F. W. Bauer: Entwicklungslander, a. a. O., S. 255; ebenso F. H. Kuhn: a. a. O., S. 46.

nachdem welche Wirtschaftsordnung besteht, ist jedoch nur eine der Schwierigkeiten eines internationalen Wachstungsvergleiches. hinzu kommt, daß nur rund 60% der betrachteten 78 Entwicklungsländer (mit mehr als zwei Millionen Einwohnern) überhaupt reale Sozialproduktsgrößen ermitteln, wobei jedoch die kommunistischen Staaten Volksrepublik China, Nord - Korea, Nord - Vietnam, Jugoslawien das marxistische Sozialproduktskonzept verwenden, dessen Zahlen nicht mit den nach der üblichen Methode berechneten Sozialproduktsgrößen vergleichbar sind, weil wesentliche Bereiche, z.B. ein großer Teil des Dienstleistungssektors, überhaupt nicht erfaßt werden.

Aber auch die grundsätzlich vergleichbaren Größen sind in der Regel weit unzuverlässiger als in den entwickelten Ländern, weil einmal die statistischen Dienste noch nicht genügend ausgebaut sind und zum andern der Beitrag des Selbstversorgungssektors, der in den entwickelten Volkswirtschaften außer Ansatz bleiben kann, in den Entwicklungsländern einbezogen werden muß, um ein einigermaßen zutreffendes Bild zu erhalten. Diese Größe kann jedoch nur sehr unvollkommen geschätzt werden. Das gilt zwar vor allem für Vergleiche der Höhe des Sozialprodukts in verschiedenen Ländern, weniger für die Wachstumsraten, da hier im wesentlichen jedes Jahr die gleichen Fehler auftreten. Da sich jedoch die Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer ziemlich rasch ändert, insbesondere der Selbstversorgungssektor als größte Quelle der Unsicherheit stark abnimmt, andererseits die Verbesserung der statistischen Dienste manche Fehlerquellen beseitigt, sind auch die Wachstums-

raten oft in beträchtlichem Umfang fehlerbehaftet, gerade deshalb weil sich die systematischen Fehler der Sozialproduktsberechnungen verringern. Die Gefahr ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß man Beziehungen zu erkennen glaubt, die lediglich auf statistischen Fehlern beruhen, doch kann man hoffen, daß sich deren Einflüsse bei einer größeren Zahl von Fällen etwa ausgleichen.

In der folgenden Übersicht sind die langfristigen jährlichen Wachstumsraten für eine größere Gruppe von Entwicklungsländern zusammengestellt, wobei die Länder entsprechend ihrer Wirtschaftsordnung gruppiert wurden. Die Reihenfolge innerhalb der Gruppen soll die unterschiedliche Intensität der staatlichen Wirtschaftslenkung zum Ausdruck bringen.²²⁷⁾

Tabelle 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen²²⁸⁾

Lfd. Nr.	Land	Wachstumsrate	
		1950 - 60	1960 - 65
a) Länder mit Entwicklungsplanung			
1	Ägypten	6,4% a)b)	
2	Ceylon		2,2% c)
3)	Indien	3,7 %	4,4%
4	Burma	6,3 %	4,0%
5	Bolivien		5,0%

227) Hierfür gilt das gleiche wie für die Einordnung eines Landes zu einer Wirtschaftsordnung (siehe D I 1). Auch hierbei kommt man nicht ohne persönliche Wertungen aus, was die gewählte Rangfolge selbstverständlich angreifbar macht. Es ist noch anzumerken, daß sich bei einer Zusammenfassung aller Länder die marktwirtschaftlichen Länder an die Programmierungsländer anschließen würden, während die Länder mit interventionistischer Politik einzeln eingereiht werden müßten.

228) Die Angaben stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus dem Statistical Yearbook 1966 der United Nations, New York 1967, S.572 ff.

Lfd. Nr.	Land	Wachstumsrate	
		1950 - 60	1960 - 65
6	Indonesien	3,3 % ^{a)d)}	
7	Tansania		3,1 % ^{h)}
8	Sudan	4,9 % ^{a)f)}	1,8 % ^{g)}
9	Syrien	2,6 % ^{h)i)}	12,2 % ^{c)k)}
10	Chile	3,6 %	4,3 %
11	Algerien	7,3, % ^{l)n)}	
12	Marokko	1,4 % ^{m)}	3,4 %
13	Kambodscha		4,6 %
14	Malawi	4,0 % ⁿ⁾	1,0 % ^{e)}
15	Uganda	4,2 % ^{n)h)}	3,7 % ^{h)}
16	Pakistan	2,2 % ^{a)l)}	
17	Iran		3,9 %
18	Ecuador	4,9 %	4,2 %
19	Haiti	1,9 % ^{h)}	2,7 % ^{o)}
20	Tunesien		5,5 %
21	Vietnam		4,9 % ^{c)}
22	Honduras	3,5 %	4,5 %
23	Korea	5,2 % ⁱ⁾	7,1 %
24	Guatemala	3,8 %	6,6, %
25	Dominik. Republik		5,0 %
26	Kolumbien	4,6 %	4,5 %
27	Portugal	4,4 % ⁱ⁾	6,2 %
28	Philippinen	4,5 % ^{p)}	4,6 %
29	Zambia	6,3 % ^{p)}	6,0 %
30	Venezuela	8,3 % ^{q)}	5,0 %
31	Tai - Wan	7,9 % ^{r)}	10,2 %

b) Marktwirtschaftlich orientierte Länder

Lfd. Nr.	Land	Wachstumsrate	
		1950 - 60	1960 - 65
1	Pakistan		5,0 % ^{a)s)}
2	Mexiko	6,1 %	6,0 %
3	Uruguay		0,2 % ^{h)c)}
4	Rhodesien	6,7 % ⁿ⁾	3,5 %
5	Argentinien		3,3 %
6	Türkei	6,4 % ^{a)t)}	
7	Thailand	6,4 % ^{r)}	
8	Peru	5,2 %	6,6 %
9	Kongo	5,3 % ^{q)}	
10	Puerto Rico	6,1 %	8,4 %
11	Griechenland	5,9 %	8,5 %
12	Malaysia	4,1 % ^{h)p)}	6,1 % ^{h)e)}

c) Länder mit interventionistische Politik

1	Brasilien	5,8 %	4,4 %
2	Dominik.Republik	5,7 %	
3	Uruguay	-0,1 % ^{h)p)}	
4	Israel	11,1 %	10,0 %
5	Türkei	6,3 % ^{a)p)}	

Anmerkungen:

- a) Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten, vom Verfasser nach den Angaben im Yearbook 65, S.539 - 541 berechnet.
- b) Wachstumsrate in der Periode 1953 - 1961.
- c) Wachstumsrate in der Periode 1960 - 1964.
- d) Wachstumsrate des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten.
- e) Wachstumsrate in der Periode 1960 - 1963.
- f) Wachstumsrate in der Periode 1955 - 1962.
- g) Wachstumsrate in der Periode 1962 - 1964.

- h) Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zu Faktokosten.
- i) Wachstumsrate in der Periode 1953 - 1960.
- k) Diese Zahl scheint stark überhöht, da sie v. a. auf einem angeblich mehr als 25%igen Wachstum im Jahre 1962 beruht.
- l) Wachstumsrate in der Periode 1950 - 1958.
- m) Wachstumsrate in der Periode 1952 - 1960.
- n) Wachstumsrate in der Periode 1954 - 1960.
- o) Wachstumsrate in der Periode 1960 - 1962.
- p) Wachstumsrate in der Periode 1955 - 1960.
- q) Wachstumsrate in der Periode 1950 - 1959.
- r) Wachstumsrate in der Periode 1951 - 1960.
- s) Wachstumsrate in der Periode 1958 - 1964.
- t) Wachstumsrate in der Periode 1950 - 1955.
- u) Diese Zahl vermittelt ein zu günstiges Bild des wirtschaftlichen Fortschritts, da das algerische Sozialprodukt während dieser Periode auch die Ausgaben für die dort stationierten französischen Truppen enthält, die während des Algerienkrieges stark anstiegen.

Berechnet man hieraus die durchschnittlichen Wachstumsraten, die mit den verschiedenen ordnungspolitischen Formen der Entwicklungspolitik erreicht wurden, so ergeben sich folgende Werte:

	1950 - 60	1960 - 65
a) Entwicklungsplanung	4,6 %	4,8 %
b) Marktwirtschaftliche Politik	5,8 %	5,5 %
c) Intervent. Politik	5,8 %	7,2 %

Die Werte für die interventionistische Politik können nicht als repräsentativ gelten, da hier die Zahl der Fälle zu gering ist und deshalb die hohen Wachstumsraten Israels den Durchschnittswert entscheidend beeinflussen.

Die entscheidende Frage ist nun, ob der nicht unerhebliche Wachstumsunterschied zwischen den angeführten marktwirtschaftlich orientierten und Entwicklungsplanung betreibenden Ländern noch zufällig sein kann oder ob daraus geschlos-

sen werden kann, daß eine allgemeine Tendenz der marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik zu höheren Wachstumsraten besteht, als sie die Entwicklungsplanung zu erreichen vermag.

Aufschluß darüber könnten statistische Testverfahren geben, doch stehen deren Anwendung im vorliegenden Fall einige Schwierigkeiten entgegen. Einmal stellen die angeführten Länder keine Zufallsstichprobe im statistischen Sinne dar, sondern es wurden alle Länder berücksichtigt, für die die zugrundeliegende UNO - Statistik Zahlen nennt, und dieses Auswahlkriterium verzerrt möglicherweise das Bild, weil z.B. die afrikanischen Entwicklungsländer mangels entsprechender Daten offensichtlich unterproportional vertreten sind, während die südamerikanischen Länder vollständig erfaßt sind. A priori weist jedoch nichts darauf hin, daß sich hierdurch ein entscheidender Fehler ergibt. Außerdem sind die statistischen Daten, wie bereits erwähnt, sicher zum großen Teil ungenau, ohne daß Größe und Richtung der Fehler abzuschätzen sind, so daß hier eine weitere Quelle systematischer Fehler liegen kann. Obwohl diese systematischen Fehler durch keinen "statistischen Kunstgriff" ausgeschaltet werden können, sind statistische Tests auch dann sinnvoll. "Man ersetzt nämlich hier den Test durch einen 'Als - ob - Test', d.h. man stellt die Frage, ob der gegebene Wert der Prüfgröße entstehen könnte", wenn das statistische Material den Anforderungen des Tests

229) Oskar Anderson: Probleme der statistischen Methodenlehre in den Sozialwissenschaften, 4. durchges. Aufl., Würzburg 1962, S.232.

voll entsprechen würde. Wird die zu testende Hypothese selbst dann nicht bestätigt, wird man sie mit ziemlicher Sicherheit verwerfen können; wird sie durch den Test bestätigt, besteht zumindest eine Vermutung dafür, daß sie zutrifft.

Da im vorliegenden Fall nicht ohne weiteres von der Annahme einer normalverteilten Grundgesamtheit ausgegangen werden kann, empfiehlt sich die Anwendung eines verteilungsfreien Verfahrens. Bei Anwendung des Median - Tests²³⁰⁾ ergibt sich für die Periode 1950 - 1960 eine Wahrscheinlichkeit von mehr als 99% für einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Formen der Entwicklungspolitik bezüglich der damit erreichbaren Wachstumsraten. Allerdings geht diese Wahrscheinlichkeit in der Periode 1960 - 1965 auf etwa 85% zurück, was jedoch für sozialwissenschaftliche Untersuchungen, bei denen ja stets eine große Zahl anderer, nicht isolierbarer Einflüsse mitwirkt, immer noch sehr hoch ist. Hauptursache für diese Veränderung ist die veränderte Zusammensetzung beider Gruppen, die in beiden Perioden zum Teil verschiedene Länder umfassen. Ein Indiz für eine im Zeitablauf gestiegene Leistungsfähigkeit der Entwicklungsplanung ist darin wohl nicht zu erblicken.

230) Siehe Sidney Siegel: Nonparametric Statistics for the Behavioral Sciences, New York - Toronto - London 1956, S.111 f. Bei diesem Test werden die Werte beider Gruppen größenmäßig geordnet und am gemeinsamen Medianwert geteilt. Es entstehen somit vier Gruppen (Zahl der Fälle jeder Stichprobe über bzw. unter dem Medianwert), die mit Hilfe des χ^2 -Verfahrens analysiert werden können. Es wird also die beobachtete Verteilung auf die vier Gruppen mit der zu erwartenden Verteilung, falls zwischen beiden Stichproben kein Unterschied besteht, verglichen. Zwar wird hierbei auf einen Teil der vorhandenen Informationen, nämlich die absolute Höhe der Wachstumsraten, verzichtet, doch ist das in diesem Fall eher von Vorteil, weil nun die Unzuverlässigkeit dieser Zahlen weniger spürbar wird.

Will man das Problem einer wissenschaftlich exakten Abgrenzung der marktwirtschaftlichen Länder von den Ländern mit anderen ordnungspolitischen Konzeptionen, das, wie bereits erwähnt, nur sehr unvollkommen gelöst werden kann, ausschalten, so kann man die angeführten Länder in zwei gleichgroße Gruppen aufteilen, je nachdem ob ihre Wirtschaftsordnung mehr auf individuelle Freiheit oder staatliche Lenkung ausgerichtet ist.²³¹⁾ Entsprechend mußte auch die zu testende Hypothese allgemeiner gefaßt werden und würde lauten: Eine stärker marktwirtschaftlich ausgerichtete, auf den Dispositionen der privaten Wirtschaftssubjekte aufbauende Entwicklungspolitik führt zu einem rascheren wirtschaftlichen Wachstum als eine in den wesentlichen Zügen vom Staat gelenkte Wirtschaft. Wie die folgende Übersicht zeigt, werden hier die Wachstumsunterschiede noch deutlicher:

	1950 - 60	1960 - 65
a) Stärker marktwirtschaftl. orientierte Länder	6,0 %	5,8 %
b) Stärker planwirtschaftlich orientierte Länder	4,1 %	4,3 %

In beiden Perioden ergibt sich eine Wahrscheinlichkeit von über 99,9 % dafür, daß diese Unterschiede einen Wesensunterschied zwischen beiden entwicklungspolitischen Grundkonzeptionen kennzeichnen.

Diese stärkere Akzentuierung der Wachstumsunterschiede
 11111-----

231) Zur 1. Gruppe zählen dann die Gruppen b) und c) aus Tabelle 1 sowie von Gruppe a) die Länder Nr. 28 - 31 (1950 - 60) bzw. Nr. 24 - 31 (1960 - 65), zur 2. Gruppe die Länder Nr. 1 - 27 bzw. 1 - 23 von Gruppe a).

gegenüber dem ersten Test beruht offensichtlich darauf, daß die Erweiterung der Gruppe der relativ marktwirtschaftlich orientierten Länder zur Einbeziehung vor allem von Ländern mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten geführt hat.

Das bestätigt die Auffassung, daß die beste Entwicklungspolitik darin besteht, den privaten Unternehmern nicht nur freie Betätigungsmöglichkeiten zu gewähren, sondern ihre Tätigkeit von staatlicher Seite aktiv zu fördern, vor allem durch den Ausbau der Infrastruktur, darüberhinaus aber auch durch steuerliche Vorteile, Erleichterung der Kapitalbeschaffung und ähnliche Maßnahmen, wie sie in ähnlicher Weise auch in manchen Ländern Westeuropas üblich²³²⁾ waren.

Die Herstellung freier Betätigungsmöglichkeiten für private Unternehmer muß durch eine wachstumsbewußte Wirtschaftspolitik ergänzt werden. Das entscheidende Problem liegt darin, ein optimales Gleichgewicht zwischen individueller Freiheit und staatlicher Beeinflussung zu finden. Dieser Punkt, an dem die staatlichen Eingriffe so intensiv werden, daß sie die private Wirtschaftstätigkeit nicht mehr fördern, sondern sie durch Einschränkung ihres Betätigungsspielraums zu hemmen beginnen, ist vermutlich von Land zu Land und in den verschiedenen Stadien der Entwicklung ver-

232) So betrieb etwa das Königreich Württemberg in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts eine sehr umfangreiche Gewerbeförderung. Auch in Frankreich schaltete sich der Staat sehr aktiv in die Förderung der Industrialisierung ein und in anderen Ländern war es ähnlich. (Siehe hierzu z.B. B.F.Hoselitz: Entrepreneurship . . ., a. a. O.; Hugh J.Aitken: The state and economic Growth, New York).

schieden. Zumindest läßt er sich mit den bisher verfügbaren Unterlagen noch nicht genau bestimmen. Nach den bisherigen Ergebnissen ist aber offenbar zu viel an individueller Freiheit und zu wenig staatliche Lenkung weit weniger wachstumshemmend als der umgekehrte Fall.

2. Intertemporärer Vergleich

Mit statistischen Tests lassen sich zwar Beziehungen zwischen zwei Größen aufzeigen, doch geben sie keinen Aufschluß über die Kausalitätsbeziehung zwischen ihnen. Wenn also nachgewiesen wurde, daß hohe Wachstumsraten und marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik in den meisten Fällen zusammen auftreten, so ist damit nicht notwendig die marktwirtschaftliche Politik die Ursache der höheren Wachstumsraten, sondern es wäre auch denkbar, daß die hohen Wachstumsraten eines Landes eine marktwirtschaftliche Politik begünstigen, weil es sich eine Regierung bei ohnehin starkem Wachstum aufgrund irgendwelcher anderer expansionsfördernder Faktoren erlauben kann, die wirtschaftliche Entwicklung sich selbst zu überlassen und trotzdem noch hohe Wachstumsraten erreicht werden, während beim Fehlen derartiger Wachstumsfaktoren die Regierung zur staatlichen Lenkung der Entwicklung gezwungen ist, um diesen Mangel wenigstens teilweise auszugleichen. Würde sie in einem solchen Fall ebenfalls eine marktwirtschaftliche Politik betreiben, wäre das Wachstum noch geringer, würden die ohnehin stark expansiven Volkswirtschaften ihre Entwicklung ebenfalls planen, könnten sie noch schneller wachsen.

233) Siehe A. Waterston: A Hard Look . . . , a. a. O. S. 86.

Die Überprüfung dieser These kann nicht dadurch erfolgen, daß man zwei verschiedene Länder miteinander vergleicht, da deren Wachstumsunterschiede, der angeführten Hypothese zufolge, nicht in erster Linie auf der unterschiedlichen Wirtschaftspolitik, sondern auf irgendwelchen anderen (unbekannten) Faktoren beruhen. Vielmehr muß ein Land in verschiedenen wirtschaftspolitischen Phasen beobachtet werden, weil hierbei strukturelle Unterschiede der wirtschaftlichen Dynamik, die in einem Land stets zu höheren Wachstumsraten im Vergleich zu anderen Ländern führen, ohne Rücksicht auf seine Wirtschaftspolitik, ausgeschaltet werden. Im folgenden soll daher für eine Reihe von Entwicklungsländern darbestellt werden, welche Auswirkungen der Übergang von einer staatlich gelenkten zu einer liberaleren Wirtschaft und umgekehrt hatte, wobei wiederum zu berücksichtigen ist, daß ein bestimmtes Sozialprodukt bei marktwirtschaftlicher Ordnung in der Regel ein höheres Niveau an ökonomischer Wohlfahrt bezeichnet als bei staatlicher Wirtschaftslenkung.

Argentinien betrieb unter Peron eine stark sozialistisch orientierte Programmierungspolitik, die nach dem Sturz Perons im Jahre 1955 durch eine interventionistische Politik abgelöst wurde. Mit dem Regierungsantritt Frondizis begann Ende 1958 eine marktwirtschaftlich orientierte Politik, die nach dessen Rücktritt 1962 wieder interventionistische Züge annahm. Es ist schwierig, den Erfolg der einzelnen wirtschaftspolitischen Phasen festzustellen, da sich die statistischen Quellen zum Teil beträcht-

234) lich widersprechen, doch besteht in zwei Punkten Übereinstimmung: 1. Das Wachstum der argentinischen Volkswirtschaft verlief außerordentlich unstetig (jährliche Wachstumsraten zwischen + 7% und - 6%). Zwar sind die Schwankungen der Wachstumsraten in den Entwicklungsländern wegen des hohen Anteils der Rohstoffe am Sozialprodukt, die erfahrungsgemäß starken Preisveränderungen unterworfen sind, in der Regel größer als in den Industrieländern, doch sind derart starke Ausschläge auch für diese Länder ungewöhnlich. 2. Die Wachstumsraten der letzten Jahre der Ära Peron lagen unter den Raten der folgenden interventionistischen Periode. Während der marktwirtschaftlichen Phase wurden zwar 1960 und 1961 überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten erreicht, die aber durch die tiefen Einbrüche 1959 und 1962 nahezu ausgeglichen wurden, so daß das durchschnittliche Wachstum geringer war als in den vergangenen Perioden. Für die Folgezeit fehlen noch die statistischen Angaben für einen längeren Zeitraum. Zumindest bis 1964 konnte der Rückschlag von 1962 nicht überwunden werden.

In Indien war der 1. Fünf - Jahres - Plan (1951/52 - 1955/56) noch im wesentlichen ein Plan öffentlicher Investitionen ohne umfassende gesamtwirtschaftliche Planung, wenn auch der Anspruch des Staates auf Lenkung der Wirtschaft bereits betont wurde und auch sein Einfluß auf die Entwicklung recht groß war. In dieser Planperiode wurde

234) Siehe z.B. Yearbook 65, S.539 und 565 gegen United Nations: The Growth of World Industry, New York 1963, S.14.

mit 3,4 % eine Wachstumsrate des Volkseinkommens erreicht, die beträchtlich über der erwarteten Rate von 2 % lag. Damit verbunden war ein Rückgang des Kapitalkoeffizienten von 3 (geplant) auf 2. Der 2. Fünf - Jahres - Plan war dann bereits ein umfassender Plan, mit dem bei einem Kapitalkoeffizienten von 2,3 ein durchschnittliches Wachstum von 5% erreicht werden sollte. Tatsächlich stieg der Kapitalkoeffizient jedoch auf 3 an, die erzielte Wachstumsrate betrug nur 3,7 %. In den ersten drei Jahren des 3. Planes gingen die Wachstumsraten auf 3,1 % zurück, während 5,4 % geplant waren.²³⁵⁾ Selbst wenn man den Erfolg der indischen Entwicklungspolitik nur an den erzielten Wachstumsraten mißt, steht fest, daß die verstärkte staatliche Wirtschaftslenkung das Wirtschaftswachstum nicht zu erhöhen vermochte. Vielmehr wurden die Abweichungen von den Planzielen in jeder Planperiode stärker.

Der Iran hatte ebenfalls höhere Wachstumsraten, als er nur Pläne öffentlicher Investitionen aufstellte (1. und 2. Sieben - Jahres - Plan) als in den sechziger Jahren,²³⁶⁾ wo er zur umfassenden Entwicklungsplanung überging.

Die Entwicklungspolitik Pakistans weist zwei deutlich unterscheidbare Abschnitte auf: 1. Von der Staatsgründung 1947 bis zur Machtübernahme Ayub Khans im Jahre 1958 und 2. die Ära Ayub Khan, die bis heute andauert. Während in der ersten Periode eine volkswirtschaftliche Programmierung durchgeführt wurde, begann seit 1958 eine wesent-

235) Angaben nach A. Waterston: Development Planning
. . ., a. a. O., S. 294

236) ebenda, S. 98.

lich liberalere Entwicklungspolitik. Dieser wirtschafts-
politischen Kursänderung folgte auch eine wesentliche
Änderung der Wachstumsraten. In der Periode 1954 - 1958
betrug das jährliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
zu Faktorkosten im Durchschnitt 1,5 % und konnte damit
nicht mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt halten.
Dagegen stieg 1958 - 60 die durchschnittliche Wachstums-
rate auf 4,5 % und erreichte 1960 - 64 sogar 5,1 %, was
eine Erhöhung des Sozialprodukts pro Kopf immerhin 3,1 %
jährlich bedeutete.²³⁷⁾

Die Philippinen hatten zwar seit Ende des 2. Weltkrieges
eine Vielzahl umfassender Pläne, die aber erst in den
sechziger Jahren wesentliche Bedeutung für die Gestaltung
der Wirtschaftspolitik erlangten.²³⁸⁾ Entsprechend der zu-
nehmenden staatlichen Einflußnahme aber gingen die Wachs-
tumsraten ständig zurück. 1948 - 53 betrugen sie durch-
schnittlich 7,3 %, 1954 - 58 5,4 %, 1958 - 60 gingen sie
weiter auf 4,9 % zurück und 1960 - 64 wurden schließlich
nur noch 4,1 % erreicht.²³⁹⁾

Spanien ging 1958 von seiner interventionistischen Politik
ab und gab seiner Wirtschaftsordnung in stärkerem Umfang
marktwirtschaftliche Züge. Auch hier führte der Wandel
in der ordnungspolitischen Grundeinstellung zu einer Beschleu-
nigung des Wachstums, das sich vorher ständig verringert
hatte und in der Phase des Übergangs 1958/59 zu einer
Stagnation der Wirtschaft geführt hatte.²⁴⁰⁾ Über die

237) Siehe Yearbook 65, a. a. O., S.539-541; UN: The
Growth . . . , a. a. O.

238) Siehe A. Waterston: Development Planning . . . ,
a. a. O., S.320.

239) Siehe Yearbook 65, a. a. O., S.540; UN: The
Growth . . . , a. a. O.

240) Siehe Statistisches Bundesamt: Spanien (Allgemeine
Statistik des Auslands. Länderberichte), Stuttgart-

Auswirkungen des Übergangs zur Entwicklungsplanung fehlen noch Angaben über einen längeren Zeitraum. Süd - Korea verfolgt seit etwa 1960 eine stärker marktwirtschaftlich ausgerichtete Politik, deren Wirkung eine Wachstumssteigerung von 4,2 % in der Periode 1953 - 60 auf 7,1 % in den Jahren 1960 - 65 war.²⁴¹⁾

Die Türkei verfolgte nach der Abkehr vom Eatismus im Jahre 1950 eine relativ liberale Wirtschaftspolitik, die aber ab etwa 1954 - 55 immer stärker mit interventionistischen Eingriffen durchsetzt wurde, um der Inflation und der Zahlungsbilanzschwierigkeiten ohne Einschränkung der öffentlichen Investitionen Herr zu werden. 1958 war jedoch eine Stabilisierungspolitik nicht mehr zu umgehen, die 1960 den Sturz der Regierung Menderes herbeiführte. Seitdem strebte man eine programmierte Entwicklung an, so daß 1963 der erste Entwicklungsplan in Kraft gesetzt wurde. In den Wachstumsraten kommt dieser häufige Wechsel der Wirtschaftspolitik kaum zum Ausdruck, denn abgesehen von der Stabilisierungsperiode 1958 - 62 lagen sie von 1950 - 64 im Durchschnitt stets bei 6 - 7%.

Uruguay ist vermutlich das einzige Land, dessen Wirtschaft seit 1955 (für frühere Jahre fehlen die statistischen Angaben) praktisch stagniert. Der Index des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten (1958 = 100) stand 1955 auf 101, 1964 auf 102 mit Schwankungen zwischen 97 und 104.²⁴²⁾

noch

240) Mainz 1960, S.68; UN: Statistical Yearbook 1966, a. a. O., S.548; R.H.Mills: a. a. O.

241) Nach UN: Statistical Yearbook 1966, a. a. O., S.573; siehe auch R.H.Mills: a. a. O.

242) Siehe Yearbook 65, S.541.

Auch der Übergang von einer interventionistischen zu einer relativ liberalen Wirtschaftspolitik im Jahre 1959 hat hieran nichts geändert.

Aus diesen Fällen lassen sich folgende Erkenntnisse ableiten, die unabhängig von den strukturellen Verschiedenheiten zwischen verschiedenen Volkswirtschaften gelten, die deren Wachstum unterschiedlich beeinflussen können:

1. Auch mit einer interventionistischen Politik lassen sich zeitweise hohe Wachstumsraten erzielen (Türkei, Spanien, Argentinien). Wachstumshemmend wirkt sich jedoch aus, daß diese Politik fast immer zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Inflation führt, deren Bekämpfung stets Wachstumsverluste zur Folge hat. (Argentinien 1958, Türkei 1958, Spanien 1958/59).

2. Die Ansicht, daß eine staatlich geplante Entwicklung zu einem höheren Wirtschaftswachstum führt als mit einer freiheitlichen (marktwirtschaftlichen oder auch interventionistischen) Entwicklungspolitik, wird in keinem der Fälle bestätigt. Sowohl in Indien als auch im Iran und auf den Philippinen haben sich durch eine Intensivierung der staatlichen Wirtschaftslenkung die Wachstumsraten vermindert, nicht aber erhöht.

3. Dagegen brachte der Übergang zu einer größeren Dispositionsfreiheit der privaten Wirtschaftssubjekte in fast allen angeführten Fällen (Argentinien 1955, Pakistan 1958, Korea 1960, Türkei 1950, Spanien 1959) eine deutliche Wachstumserhöhung.

Damit werden die Ergebnisse des vorigen Abschnittes bestätigt. Insbesondere geht daraus eindeutig hervor, daß

die marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik Ursache und nicht Folge der hohen Wachstumsrate ist.

3. Die Entwicklung des Pro - Kopf - Einkommens.

Von einer echten Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in einer Volkswirtschaft läßt sich nur dann sprechen, wenn sich das Pro - Kopf - Einkommen erhöht. Es soll daher untersucht werden, ob die Überlegenheit der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik auch dann erhalten bleibt, wenn statt der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten die Wachstumsraten des Pro - Kopf - Einkommens als Vergleichsgrößen gewählt werden.

Tabelle 2: Durchschnittliche Wachstumsraten des realen Brutto-
inlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung. ²⁴³⁾

Land	Wachstumsrate/Kopf	
	1950-60	1960-65
Ceylon		-0,4 % ^{c)}
Indien ^{d)}	1,9 %	1,9 % ^{c)}
Burma	4,3 %	1,9 % ^{e)}
Bolivien		3,6 %
Indonesien	1,0 % ^{a)d)}	
Tansania		1,1 % ^{h)}
Sudan	1,6 % ^{a)f)}	0,4 % ^{g)}
Syrien	-1,0 % ^{h)i)}	0,2 % ^{c)k)}
Chile	1,2 %	2,0 %
Algerien	5,1 % ^{l)n)}	
Marokko	-1,4 % ^{m)}	0,7 %

243) Soweit nichts anderes vermerkt, entstammen die Angaben dem Statistical Yearbook 1966 der United Nations, a. a. O., S. 577 ff.
Die Reihenfolge der Länder entspricht Tabelle 1.

Land	Wachstumsrate/Kopf	
	1950-60	1960-65
Kambodscha		2,3 % ^{e)}
Malawi	1,7 % ⁿ⁾	-1,1 % ^{e)}
Uganda	1,6 % ^{n)h)}	1,2 % ^{h)}
Pakistan	0,0 % ^{a)i)}	
Iran		0,9 %
Ecuador	1,8 %	0,9 %
Haiti	-0,2 % ⁱⁱ⁾	0,4 % ^{h)o)}
Tunesien		3,4 %
Vietnam		2,1 % ^{g)}
Honduras	0,5 %	1,1 %
Korea	3,0 % ⁱ⁾	4,2 %
Guatemala	0,7 %	3,4 %
Domonik.Republik		2,0 %
Kolumbien	1,4 %	1,2 %
Portugal	3,9 % ⁱ⁾	5,4 %
Philippinen	1,4 % ^{p)}	1,2 %
Zambia	3,4 % ^{p)}	3,0 %
Venezuela	4,1 % ^{a)}	1,5 %
Tai - Wan	4,2 % ^{r)}	6,7 %
Brasilien	2,7 %	1,2 %
Dominik.Republik	2,1 %	
Uruguay	-1,2 % ^{h)p)}	-1,0 % ^{h)c)}
Israel	5,4 %	5,7 %
Türkei	3,4 % ^{h)}	
Pakistan		2,8 % ^{a)s)}
Mexiko	2,8 %	2,5 %
Rhodesien	3,0 % ⁿ⁾	1,0 % ^{c)}

Land	Wachstumsrate/Kopf	
	1950-60	1960-65
Argentinien		1,7 %
Thailand	3,3 % ^{r)}	3,9 %
Peru	2,8 %	3,5 %
Kongo	2,9 % ^{q)}	
Puerto Rico	5,4 %	6,1 %
Griechenland	4,9 %	7,9 %
Malaysia	0,9 % ^{h)p)}	2,8 % ^{h)e)}

Für die Anmerkungen siehe die entsprechenden Zeichen in Tabelle 1.

Hieraus ergeben sich folgende durchschnittliche Wachstums-
raten des Pro - Kopf - Einkommens:

	1950-60	1960-65
Marktwirtschaften	3,3 %	3,1 %
Länder mit Entwicklungspl.	1,8 %	2,2 %
Relativ marktwirtsch.orient. Volkswirtschaften	3,1 %	3,2 %
Relativ staatswirtschaftl. orient.Volkswirtschaften	1,5 %	1,9 %

Diese Zahlen zeigen, daß die Überlegenheit der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik offensichtlich erhalten bleibt, wenn man als Erfolgsmaßstab die Erhöhung des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung heranzieht und nicht die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate.

Auffallend ist allerdings, daß die Zuwachsraten der Bevölkerung besonders in den Ländern überdurchschnittlich hoch sind, die in ihrer wirtschaftspolitischen Einstellung

244) Die Aufteilung der Länder auf die vier Gruppen entspricht der von Abschnitt 1).

zwischen Marktwirtschaft und Programmierung liegen. Die Ursachen hierfür können in diesem Rahmen nicht näher untersucht werden, aber es wäre als plausible Hypothese denkbar, daß sich eine Reihe von Ländern durch den starken Bevölkerungsdruck zu einer aktiveren staatlichen Entwicklungsförderung veranlaßt sieht, was in aller Regel stärkeres staatliches Eingreifen in die Marktwirtschaft bedeutet, vor allem in Form interventionistischer Maßnahmen.

III. Determinanten der Wachstumsunterschiede:

Investitionsquote oder Kapitalkoeffizient?

1. Vorbemerkung

Nachdem die bisherigen Untersuchungen zu dem Ergebnis geführt haben, daß mit einer Entwicklungspolitik, die der privaten Unternehmerinitiative weitgehende Freiheit gewährt, höhere Wachstumsraten erzielt werden als mit einer Politik der staatlichen Entwicklungsplanung und -lenkung, ist es aufschlußreich, die Faktoren zu untersuchen, die für dieses unterschiedliche Wachstum verantwortlich sind.

Hierzu bietet sich die Harrod - Domar'sche Form der Aufspaltung der Wachstumsrate an.²⁴⁵⁾ Hiernach ist das Volkseinkommen Y gleich dem Produkt aus Kapitalstock C und reziprokem Kapitalkoeffizienten (Kapitalproduktivität). Entsprechend ist der Zuwachs des Volkseinkommens dY gleich dem Produkt aus Zuwachs des Kapitalstocks dC und reziprokem

245) Siehe Roy F. Harrod: Dynamische Wirtschaft, Wien 1949; Evsey D. Domar: Essays in the Theory of Economic Growth, New York 1957.

marginalen Kapitalkoeffizienten. Da dC gleich der Nettoinvestition I ist, gilt auch $dY = J \cdot \frac{1}{\epsilon'}$,

Die Wachstumsrate des Volkseinkommens $\frac{dY}{Y}$ ist dann gleich dem Wert $\frac{1}{Y} \cdot \frac{1}{\epsilon'}$. Unterschiedliche Wachstumsraten beruhen also entsprechend dieser Gleichung auf unterschiedlichen Investitionsquoten oder unterschiedlichen Werten des Kapitalkoeffizienten oder beidem. Im folgenden soll nun untersucht werden, welche Beziehungen zwischen der Entwicklungspolitik der Entwicklungsländer und ihren Investitionsquoten und Kapitalkoeffizienten bestehen.

2. Die Investitionsquote

Vor allem während der fünfziger Jahre betrachteten die meisten Autoren, die sich mit den Problemen der Entwicklungsländer befaßten, die Investitionen als entscheidende Bestimmungsgröße des Wirtschaftswachstums. Versucht man, der Frage des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftsordnung und Investitionsquote durch statistische Vergleiche nachzugehen, so wird dies wiederum durch lückenhafte Statistiken erschwert, die insbesondere in kaum einem Fall Nettoinvestitionsquoten enthalten, wie sie die Harrod - Domar - Gleichung an sich erfordern würde. Die Verwendung von Bruttoinvestitionsquoten an ihrer Stelle wird allerdings weniger problematisch, wenn man der Auffassung Solows zustimmt, daß auch Ersatzinvestitionen wachstumsfördern sind, weil in ihnen ebenfalls der technische Fortschritt eingegangen ist.²⁴⁶⁾

246) Siehe Robert Solow: A Contribution to the Theory of Economic Growth, "Quarterly Journal of Economics", Vol. 70 (1956).

Tabelle 3: Bruttoinvestitionsquoten der Entwicklungsländer
in den Jahren 1958, 1960 und 1964. ²⁴⁷⁾

Land	1958	1960	1964
a) Marktwirtschaften			
El Salvador	13 ^{a)}	15 ^{a)}	10 ^{a)b)}
Griechenland	21	26	25
Kongo	22		
Malaysia	13	15	19
Mexiko	15 ^{a)}	15 ^{a)}	16 ^{a)}
Peru	23	20	24
Puerto Rico	24	21	29
Rhodesien	35	24	15
Thailand	17	19	21 ^{b)}
Uruguay	11	18	14 ^{b)}
b) Länder mit intervent.Politik			
Brasilien	16	18	
Dominik.Republik	18	10	
Israel	30	28	33
Spanien	19	16	
Türkei	13 ^{a)}	15 ^{a)}	
Kuba	16		
c) Länder mit gemäßigter Entwicklungsplanung			
Portugal	16	18	15
Philippinen	9	10	17
Tai - wan	18	22	19
Venezuela		19	20
Zambia	26	26	14

247) Quelle: Yearbook 65, Nr.181, S.546 ff.

Land	1958	1960	1964
d) Programmierungsländer			
Algerien	24		
Bolivien	17	15	16
Burma	20	18	18
Ceylon	15	15	13
Chile	10	11	14
Domink.Republik			9
Ecuador	15	16	20
Ghana	14	23	18
Guatemala	14	11	16
Honduras	13	13	14
Iran	18 ^{a)c)}	19 ^{a)}	13 ^{a)b)}
Irak	23	19	14 ^{b)}
Kambodscha			18 ^{b)}
Kolumbien	19	21	19
Korea		10	15
Malawi	22	20	15 ^{b)}
Marokko	14	10	11
Spanien			24
Sudan	9	13	15 ^{b)}
Tansania	16 ^{a)}	12 ^{a)}	12 ^{a)}
Tunesien		15	24
Türkei			13 ^{a)}
Vietnam		13	11

a) Nur Anlageinvestitionen

b) 1963

c) 1959

In der folgenden Übersicht sind nun die durchschnittlichen Investitionsquoten zusammengestellt:

	1958	1960	1964
a) Marktwirtschaften			
(El Salvador bis Uruguay)	19,4%	19,2%	19,2%
b) Länder mit relativ starker marktwirtsch.Orientierung			
(El Salvador bis Zambia)	19,3%	18,6%	20,6%
c) Länder mit Entwicklungsplanung			
(Portugal bis Vietnam)	16,6%	16,0%	15,9%
d) Programmierungsländer			
(Algerien bis Vietnam)	16,4%	15,2%	15,6%

Daraus geht hervor, daß die Bruttoinvestitionsquote in den marktwirtschaftlich orientierten ländern offensichtlich höher liegt als in den Ländern, die ihre Entwicklung durch unfassende staatliche Entwicklungsplanung voranzutreiben²⁴⁸⁾ versuchen, wobei der Median - Test dieses Ergebnis mit einer Sicherheit von 90% (bei gegenüberstellung der Gruppen a) und c)) bzw. mehr als 99% (für b) gegen d)) bestätigt.²⁴⁹⁾

3. Die Kapitalproduktivität

Als zweiten Faktor neben der Investitionsquote nennt die Harro - Domar'schen Wachstumsformel die Kapitalproduktivität,

248) Dieses Testverfahren wurde bereits in Kap.D II charakterisiert.

249) Im wesentlichen das gleiche Ergebnis, nämlich eine im Durchschnitt höhere Investitionsquote der relativ marktwirtschaftlich orientierten Länder, erhält man, wenn man die Angaben von Chenera und Strout für die Periode 1957 - 1962 zugrundelegt. Siehe Hollis B.Chenery / Alan M.Strout: Foreign Assistance and Economic Development, "American Economic Review", Vol.56 (1966) S.706 f.

i.a. als reziproker Kapitalkoeffizient geschrieben. Sie stellt einen Sammelbegriff für alle Determinanten des wirtschaftlichen Wachstums mit Ausnahme der Investitionsquote dar und ist somit eine sehr komplexe Größe, die wirtschaftspolitisch nur unvollkommen beeinflußt werden kann, da man bisher nur eine sehr unbestimmte Vorstellung davon hat, welche Faktoren ihn beeinflussen und welches Gewicht jedem einzelnen Faktor zukommt. Will man nun die Höhe des Kapitalkoeffizienten in den verschiedenen Entwicklungsländern vergleichen, so ergeben sich dabei mancherlei Schwierigkeiten. Zwar ist diese Größe theoretisch als Quotient aus Kapitalstock und Volkseinkommen bzw. bei marginaler Betrachtung als Quotient aus Investitionsquote und Wachstumsrate des Volkseinkommens eindeutig definiert. Da aber die verfügbaren Statistiken höchstens Bruttoinvestitionsquoten und Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts nennen, können nur Bruttokapitalkoeffizienten berechnet werden, nicht die an sich relevanten Nettokapitalkoeffizienten. Wesentlich schwerwiegender ist jedoch das Problem der Zurechnung, d.h. welche Investitionsquoten welchen Kapitalkoeffizienten zugeordnet werden müssen. Dividiert man die Investitionsquote eines Jahres durch die Wachstumsrate des gleichen Jahres, so erhält man einen Kapitalkoeffizienten, der in keiner Weise die Produktivität der in diesem Jahr getätigten Investitionen wiedergibt, da sich deren Ertrag nur zum Teil bereits im Jahr der Investition zeigt. Das beruht einmal darauf, daß Investitionsprojekte häufig eine Ausreifungszeit von mehreren Jahren haben, in denen ständig investiert

wird, ohne daß sich das Volkseinkommen bereits erhöht, da die Investitionen noch nicht produktionsbereit sind. ²⁵⁰⁾

Zum Andern sind auch Investitionen, die innerhalb der betreffenden Periode abgeschlossen werden können, noch nicht während der gesamten Periode produktiv, sondern bei gleichmäßiger Verteilung der Investitionen im Durchschnitt nur ein halbes Jahr, so daß der Ertrag dieser Investitionen offenbar unterschätzt wird und ein zu hoher Kapitalkoeffizient errechnet wird, was unmittelbar deutlich wird, wenn man annimmt, es werde während des Jahres nur ein einziges Investitionsprojekt durchgeführt. Der errechnete Kapitalkoeffizient würde in diesem Fall entscheidend vom Fertigstellungstermin der Investition abhängen, obwohl dieser auf die tatsächliche Kapitalproduktivität offensichtlich keinen Einfluß hat.

Die Lösung dieses Problems wäre, den Kapitalkoeffizienten jedes einzelnen Investitionsprojekts zu errechnen, diesen Kapitalkoeffizienten mit dem Investitionsbetrag zu gewichten, der in der fraglichen Periode für dieses Projekt aufgewandt wurde und aus dieser Vielzahl von gewichteten Kapitalkoeffizienten den gesamtwirtschaftlichen marginalen Kapitalkoeffizienten zu berechnen. Selbstverständlich ist dieser Weg praktisch undurchführbar. Man ist daher gezwungen, bei der Berechnung von marginalen Kapitalkoeffizienten mit einer Hypothese über die zeitliche Folge von Investition und Ertrag in einer Volkswirtschaft zu arbeiten, die immer unvollkommen und anfechtbar bleiben muß, weil die Zeitspanne zwischen Investition und Ertrag für jedes Projekt verschieden ist.

²⁵⁰⁾ Abgesehen von Beschäftigungseffekten, die hier außer acht bleiben sollen, im Einzelfall aber sehr wohl eine Rolle spielen können.

Die in der folgenden Tabelle aufgeführten marginalen Kapitalkoeffizienten wurden dem bereits zitierten Aufsatz von Chenery und Strout entnommen und gehen von einer Spanne von einem Jahr zwischen Investition und Ertrag aus. Da sie jedoch Durchschnittswerte der Periode 1957 - 1962 darstellen, wirkt sich ein Fehler in dieser Prämisse weniger stark aus.

Tabelle 4: Marginale Kapitalkoeffizienten von Entwicklungsländern in der Periode 1957 - 1962.²⁵¹⁾

Land	Kapitalkoeffizient
Argentinien	10,67
Griechenland	3,02
Malaysia	2,33
Mexiko	3,06
Nigeria	3,71
Pakistan	2,35
Peru	3,10
Thailand	2,11
Brasilien	2,64
Israel	3,07
Türkei	4,79
Tai - Wan	2,68
Bolivien	4,32
Burma	4,10
Chile	2,77
Guatemala	3,52
Honduras	4,05
Indien	2,89
Iran	3,54
Kolumbien	4,15
Korea	3,44
Philippinen	2,78
Tunesien	4,91
Venezuela	6,53

251) Quelle: H.B.Chenery/a.S.Strout: a. a. O., S.706 f.

Das ergibt für die stärker marktwirtschaftlich orientierten Länder (Argentinien bis Tai - Wan) einen Durchschnittswert von 3,64, der überdies stark vom ungünstigen Wert Argentiniens beeinflusst wird, während die stärker planwirtschaftlich orientierten Länder (Bolivien bis Venezuela) einen Durchschnittswert von 3,92 erreichen.

Ein Signifikanz - Test²⁵²⁾ zeigt eine mehr als 97,5%ige Wahrscheinlichkeit für einen wesentlichen Unterschied bei der Gruppen. Stellt man nur die marktwirtschaftlichen Länder (Argentinien bis Thailand) den Ländern mit Entwicklungsplanung gegenüber, so liegt die Wahrscheinlichkeit etwas niedriger (etwa 90%). Aber auch dieser Wert kann immer noch als ausreichend angesehen werden, um behaupten zu können, eine marktwirtschaftliche Politik bewirke in der Regel eine wirtschaftlichere Verwendung der Investitionen als eine Politik der Entwicklungsplanung.

Man könnte nun vermuten, daß hierfür allein das größere Investitionsvolumen der am Markt und am Wirken der privaten Unternehmer ausgerichteten Wirtschaftsordnungen verantwortlich ist, da hiermit in der Regel ein größerer Anteil der Nettoinvestitionen an den Gesamtinvestitionen verbunden ist. Da aber zusätzliche Investitionen die Produktion wahrscheinlich stärker erhöhen als der bloße Ersatz verbrauchter durch technisch verbesserte Anlagen, wirkt sich schon ein höheres Investitionsvolumen für den Bruttokapitalkoeffizienten günstig aus, ohne daß sich der Nettoka-

252) Zur Anwendung kam wiederum der Median - Test unter Verwendung der Tabellen für kleine Stichproben (siehe S. Siegel: a. a. O., S. 256 ff.).

pitalkoeffizient, also die eigentliche Kapitalproduktivität, verändert. Allerdings müßte dann eine hohe Korrelation zwischen Bruttoinvestitionsquote und Bruttokapitalkoeffizienten bestehen, was jedoch nicht der Fall ist. ($r = 0.12$) Es scheint daher tatsächlich eine relativ marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik nicht nur zu einer höheren Investitionsquote zu führen, sondern auch zu einem wirksameren Einsatz dieser Investitionen als es bei der Entwicklungsprogrammierung der Fall ist.

Dabei ist offensichtlich die Produktivität des Kapitaleinsatzes für das Wachstum wichtiger als die Höhe der Investitionen, denn während die Korrelation zwischen Investitionsquote und Wachstumsrate nur 0,44 beträgt, liegt sie für den Zusammenhang zwischen Kapitalproduktivität ($= 1/\text{Kapitalkoeffizient}$)²⁵³⁾ und Wachstumsrate bei $r = 0,82$.

IV. Die Komponenten der Kapitalbildung

1. Vorbemerkung

Im vorigen Abschnitt wurde festgestellt, daß die marktwirtschaftlich orientierten Länder eine höhere Investitionsquote aufweisen als die Länder mit Entwicklungsplanung und es scheint nun aufschlußreich, zu untersuchen, welchen Faktoren diese höhere Kapitalbildung zu verdanken ist.

Aus den bekannten Volkseinkommensgleichungen²⁵⁴⁾ ergibt sich,

253) Korrelationskoeffizient nach Bravais - Pearson, berechnet aus den Zahlen von Chenery/Strout: a. a. O., S.706 f.

254) Siehe z.B. Erich Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I: Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 9. erw. Aufl., Tübingen 1961, S.74.

daß I (Nettoinvestition) = S (Sparen) + $(Im - Ex)$ (Importüberschuß).²⁵⁵⁾ Es lassen sich somit zwei grundsätzliche

Möglichkeiten der Realkapitalbildung unterscheiden:

1. Die inländische Bevölkerung verzichtet (freiwillig oder durch Einsatz finanzpolitischer Mittel) darauf, das gesamte Sozialprodukt zu konsumieren, so daß ein Teil der Produktionsfaktoren für die Herstellung von Investitionsgütern zur Verfügung steht.

2. Der für die Investitionen erforderliche Konsumverzicht wird vom Ausland geleistet. Er braucht also in diesem Falle nicht im Inland zu erfolgen. Beide Größen können selbstverständlich nebeneinander wirken, was die Regel ist, und auch, ebenso wie die Nettoinvestition, negative Werte annehmen. Bezieht man die oben angegebene Gleichung auf Bruttogrößen, um sie den statistischen Daten anzupassen, so ergibt sich:

$$I + D \text{ (Abschreibung)} = I_{\text{brutto}} = S + D + (Im - Ex)$$

Die Höhe der Bruttoinvestitionen eines Landes wird also durch die Summe aus inländischem Sparen + Abschreibungen (= Bruttoquote) und dem Importüberschuß bestimmt.²⁵⁶⁾

Im folgenden soll nun untersucht werden, welche Beziehungen zwischen diesen beiden Komponenten der Kapitalbildung und der ordnungspolitischen Form der Entwicklungspolitik bestehen und welcher Faktor für die höhere Kapitalbildung der marktwirtschaftlichen Länder verantwortlich ist.

255) Einschließlich ausländischer Faktoreinkommen.

256) Das ist selbstverständlich keine Theorie, sondern lediglich eine tautologische Beziehung, die sich aus den Definitionsgleichungen des Sozialprodukts notwendigerweise ergeben muß.

2. Die inländische Sparquote

In der folgenden Übersicht sind nun die Bruttosparquoten für eine größere Zahl von Entwicklungsländern aufgeführt, wobei in Anlehnung an die statistische Quelle nur 3 Stichjahre berücksichtigt wurden.

Tabelle 5: Bruttosparquoten von Entwicklungsländern²⁵⁷⁾
(in %)

Land	Bruttosparquote		
	1958	1960	1964
El Salvador	13	9	11 ^{a)}
Griechenland	12	12	17
Malaysia	17	25	20
Mexiko	12	13	13
Peru	17	21	21
Puerto Rico	4	6	4
Rhodesien	16	20	18
Spanien	18	19	22
Thailand	14	18	18 ^{a)}
Uruguay	12	12	13 ^{a)}
Brasilien	14	16	
Israel	6	8	8
Türkei	12	12	11
Portugal	11	11	11
Tai - Wan	11	14	19
Venezuela	24	24	24
Zambia	19	33	29
Bolivien	7	7	12
Burma	14	15	17
Ceylon	12	11	10

257) Quelle: Yearbook 65, a. a. O., S.540 ff.

Land	1958	1960	1964
Chile	8	7	11
Ecuador	13	13	14
Ghana	17	17	15
Guatemala	9	8	12
Honduras	11	14	12
Irak	17	27	20 ^{a)}
Iran	15 ^{b)}	17	20 ^{a)}
Kolumbien	19	18	14
Korea	4	3	9
Malawi	0	-2	- 7 ^{a)}
Marokko	16	12	12
Sudan	10	11	8
Tansania	19	13	14
Tunesien		6	10
Vietnam		5	- 2

a) 1963

b) 1959

Das ergibt folgende durchschnittliche Sparquoten:

Länder mit marktwirtschaftlicher Ausrichtung

(El Salvador bis Uruguay):

1958 13,5 %, 1960 15,5 %, 1964 15,7 %

Länder mit Entwicklungsplanung

(Portugal bis Vietnam):

1958 13,3 %, 1960 12,5 %, 1964 12,9 %

Schon aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Sparquoten bei marktwirtschaftlicher Politik höher sind als bei Entwicklungsprogrammierung, was darauf hinweist, daß der staatliche Zwangssparprozeß keineswegs sein Ziel erreicht. Das wird noch deutlicher, wenn man die angeführten Länder

in eine Gruppe relativ liberal orientierter Länder und eine gleichgroße Gruppe mehr planwirtschaftlich orientierter Länder unterteilt, denn dann zeigt sich, daß gerade die noch relativ marktwirtschaftlich orientierten Programmierungsländer (Portugal bis Zambia) den Durchschnittswert der Länder mit Entwicklungsplanung anheben.

Durchschnittliche Sparquote der relativ liberalen Länder (El Salvador bis Zambia):

1958	13,7 %	1960	16,1 %	1964	16,2 %
------	--------	------	--------	------	--------

der stärker planwirtschaftlich orientierten Länder (Bolivien bis Vietnam):

1958	12,6 %	1960	10,7 %	1964	11,2 %
------	--------	------	--------	------	--------

Bemerkenswert ist vor allem, daß der Unterschied in den Sparquoten besonders in den beiden letzten der betrachteten Jahre sehr deutlich wird, also in einer Zeit, in der die Entwicklungsplanung in vielen Ländern entschiedener als vorher durchgeführt wurde, wobei die staatliche Kapitalbildung stark anstieg, doch wurde dies anscheinend durch einen Rückgang des privaten Sparens sogar überkompensiert.

Die Schlußfolgerung, daß eine marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik mit einer deutlich höheren gesamtwirtschaftlichen Sparquote rechnen kann, wird auch in vollem Umfang bestätigt, wenn man statt der obigen Zahlen die Angaben von Chenery und Strout für die Periode 1957 - 1962²⁵⁸⁾ oder von Alpert für die Periode 1950-1959²⁵⁹⁾

258) H.B.Chenery / A.M.Strout: a. a. O., S.706 f.

259) F.Alpert: a. a. O., S.134.

zugrundelegt. In jedem Fall ist die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Politik offensichtlich.

3. Der Zufluß von ausländischem Realkapital

Durch den Zufluß von ausländischem Realkapital, gemessen als Überschuß des Import über den Export, wird die inländische Kapitalbildung, die sich durch Konsumverzicht vollzieht, ergänzt und somit ein höheres Investitionsvolumen möglich. Das hat allerdings in der Regel eine Verschul-²⁶⁰⁾ dung der Volkswirtschaft an das Ausland zur Folge, was politisch teilweise unerwünscht ist, besonders wenn es sich um private Direktinvestitionen handelt, weil man eine Überfremdung der einheimischen Wirtschaft befürchtet. Außerdem unterliegt dieser ausländische Kapitalzufluß oft relativ großen Schwankungen, die sich durch Faktoren ergeben können, auf die das betreffende Land keinerlei Einfluß hat, z.B. Zahlungsbilanzschwierigkeiten des Kapitalgeberlandes oder politische Veränderungen in anderen Ländern, die zu einer Umlenkung der internationalen Kapitalströme führen, und diese Unstetigkeit überträgt sich dann auch auf den inländischen Wirtschaftsablauf. Außerdem sind für dieses Kapital Zinsen und Dividenden an das Ausland zu bezahlen, die nicht nur das im Inland verfügbare Einkommen verringern, sondern auch die Zahlungsbilanz stark belasten, da teilweise mehr als 10% der Exporterlöse hierfür²⁶¹⁾ aufzuwenden sind. Jedoch kann das Problem der

260) Ausnahmen sind Geschenke oder die Bezahlung mit inländischen Devisenreserven.

261) Siehe z.B. B.Walter Trautmann: Defekte Entwicklungshilfe, "Der Volkswirt", 21.Jg., Nr.34 (1967), bes.S.1327 f.

Unstetigkeit durch kurzfristige internationale Kredite gelöst werden, während beim Problem des Schuldendienstes nicht übersehen werden darf, daß das Auslandskapital zu einer Erhöhung des Sozialproduktes beiträgt,²⁶²⁾ aus der der Schuldendienst bestritten werden kann.

Daher ist der Zufluß von Auslandskapital in den meisten Fällen durchaus erwünscht, was sich darin zeigt, daß ein großer Teil der Entwicklungsländer Investitionsförderungs- und Kapitalschutzgesetze hat, die Auslandskapital anziehen sollen, vor allem, weil mit dem Kapital häufig auch das technische Wissen des Kapitalgebers importiert wird, dessen Bedeutung für das betreffende Entwicklungsland nicht meßbar ist.

Tabelle 6: Anteil des ausländischen Realkapitalzuflusses am Bruttosozialprodukt (in %)²⁶³⁾

Land	(Im - Ex) / BSP		
	1958	1960	1964
El Salvador	0	6	0 ^{a)}
Griechenland	9	14	8
Malaysia	- 4	- 10	- 1
Mexiko	3	2	3
Peru	6	- 3	3
Puerto Rico	20	15	25
Rhodesien	19	4	- 2
Spanien	1	- 3	2
Thailand	3	1	3
Uruguay	- 1	6	0

262) Das gilt selbstverständlich nicht für Fehlinvestitionen.

263) Quelle: Yearbook 65, a. a. O., S. 546 ff.

Land	1958	1960	1964
Brasilien	2	2	
Israel	24	20	25
Türkei	1	3	1
Portugal	5	7	4
Tai - Wan	7	8	0
Venezuela	4	- 5	- 4
Zambia	5	- 6	- 17
Bolivien	10	8	4
Burma	6	3	- 1
Ceylon	3	4	3
Chile	2	4	3
Ecuador	2	3	6
Ghana	- 3	6	3
Guatemala .	5	3	4
Honduras	2	- 1	2
Irak	- 4	2	- 6 ^{a)}
Iran	3 ^{b)}	2	- 4 ^{a)}
Kolumbien	0	3	5
Korea	9	8	7
Malawi	21	22	22 ^{a)}
Marokko	- 2	- 2	- 1
Sudan	- 1	2	5 ^{a)}
Tansania	- 4	- 4	- 5
Tunesien		9	14
Vietnam		8	13

a) 1963

b) 1959

Die Berechnung des arithmetischen Mittels ergibt, daß die marktwirtschaftlich orientierten Länder im Durchschnitt einen höheren prozentualen Realkapitalzufluß aus dem Ausland erfahren haben. Man kann gegen diese Berechnung einwenden, daß hierbei einige sehr hohe Werte (Puerto Rico, Rhodesien) sehr stark in Erscheinung treten und das Bild möglicherweise verzerren. Schaltet man jedoch den Einfluß dieser Extremwerte dadurch aus, daß man statt der absoluten Werte die Rangnummern verwendet, so erhält man das gleiche Resultat.

Es deutet somit einiges darauf hin, daß die Länder mit Entwicklungsplanung nicht nur bezüglich der inländischen Kapitalbildung der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik unterlegen sind, sondern zudem auch mit einem geringeren Realkapitalzufluß aus dem Ausland rechnen müssen, doch muß diese Feststellung noch durch umfassendere Untersuchungen abgesichert werden.

Wie aber die nachfolgende Aufstellung zeigt, ist der Anteil des ausländischen Kapitals an den gesamten Investitionen und damit die Gefahr einer Überfremdung der inländischen Wirtschaft in den Ländern mit Entwicklungsplanung nicht geringer, weil auch das Investitionsvolumen geringer ist.

Tabelle 7: Anteil des ausländischen Realkapitals an den
Bruttoinvestitionen der Entwicklungsländer
(in %) ²⁶⁴⁾

Land	(Im - Ex)/I _{brutto}		
	1958	1960	1964
El Salvador	0 ^{b)}	40 ^{b)}	0 ^{b)}
Griechenland	43	54	32
Malaysia	- 31	- 67	- 5
Mexiko	19 ^{b)}	13 ^{b)}	19 ^{b)}
Peru	26	- 15	12
Puerto Rico	83	71	86
Rhodesien	43	17	- 13
Spanien	5	- 19	8
Thailand	18	5	14
Uruguay	9	33	0
Brasilien	13	11	
Israel	80	71	76
Türkei	8 ^{b)}	20 ^{b)}	15 ^{b)}
Portugal	31	39	27
Tai - Wan	39	36	0
Venezuela	- 5	- 26	- 20
Zambia	20	± 33	- 121
Bolivien	59	54	25
Burma	30	15	- 6
Ceylon	20	27	23
Chile	20	36	21
Ecuador	13	19	30

²⁶⁴⁾ Berechnet nach Yearbook 65, a. a. O., S. 546 ff.

Land	1958	1960	1964
Ghana	- 21	26	17
Guatemala	36	27	25
Honduras	15	- 8	14
Irak	- 17	11	- 43 ^{a)}
Iran	11 ^{c)}	11	- 8 ^{a)}
Kolumbien	0	14	26 ^{a)}
Korea	70	80	47
Malawi	95	110	147 ^{a)}
Marokko	- 14	- 20	- 9
Sudan	- 17	15	33 ^{a)}
Tansania	- 25 ^{b)}	- 33 ^{b)}	- 42 ^{b)}
Tunesien		60	57
Vietnam		62	118

a) 1963

b) (Im - Ex)/I_{Anlagen}

c) 1959

Negative Werte bedeuten, daß das betreffende Land Realkapital exportiert; der inländische Konsumverzicht übersteigt also den Betrag der inländischen Investitionen und ermöglicht dadurch sogar Investitionen im Ausland, was in der Regel nicht den Zielen der Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern entspricht. Werte über 100 zeigen, daß der Realkapitalimport nicht nur die gesamten Investitionen, sondern auch einen Teil des Konsums decken muß, was problematisch ist, wenn dieser Kapitalimport zu einer Verschuldung gegenüber dem Ausland führt, denn im Gegensatz zur produktiven

Anlage des Kapitals führt die konsumtive Verwendung dieser Mittel nicht zu einer Stärkung der Produktivkraft der Volkswirtschaft, mit deren Hilfe eine Tilgung der Schuld möglich wird.

Aus den angeführten Zahlen läßt sich kein wesentlicher Unterschied bezüglich des Anteils des Auslandskapitals an den Bruttoinvestitionen für die verschiedenen Wirtschaftsordnungen feststellen, da nicht nur die Mittelwerte dicht beieinander liegen (um 15%), sondern auch die Streuung der Werte außerordentlich groß ist.

4. Die Herkunft des Auslandskapitals

Es ist nun von Interesse, aus welchen Quellen dieses ausländische Kapital stammt, da mit dem Einsetzen der Entwicklungshilfe der Zufluß von Auslandskapital, das durch staatliche Stellen oder multilaterale Organisationen zur Verfügung gestellt wird, erheblich zugenommen hat und einen sehr bedeutenden Anteil an den Kapitalbewegungen zwischen Industrie- und Entwicklungslandern hat. Im Gegensatz zu den privaten Kapitalströmen spielen hier nicht ausschließlich ökonomische Gesichtspunkte von Ertrag und Risiko eine Rolle, sondern die Vergabe von Entwicklungshilfe erfolgt weniger unter dem Aspekt des ökonomischen Nutzens als der politischen Zweckmäßigkeit. Wenn daher ausländisches Kapital durchschnittlich in gleichem Umfang an den Investitionen beteiligt ist, unabhängig davon, welche Entwicklungspolitik die betreffenden Länder verfolgen, dann können durchaus noch Unterschiede im Anteil der beiden Komponenten privates und staatliches

ausländisches Kapital am gesamten Auslandskapitalzufluß bestehen, was ökonomisch durchaus bedeutsame Folgen haben kann. Es wäre z.B. plausibel, daß ein Land, das bereits in großem Umfang staatliche Kapitalhilfe in Anspruch genommen hat, weniger Aussichten hat, aus dieser Quelle weitere Mittel zu erhalten als ein Land mit einem bisher geringen Zufluß von Entwicklungshilfe.

Wenn man die Frage des Anteils von privatem und staatlichem Auslandskapital am Zufluß von ausländischem Realkapital untersuchen will, erweisen sich die verfügbaren Daten jedoch als recht unzulänglich. In der untenstehenden Tabelle ist daher der Zufluß von Realkapital aus dem Ausland in den Jahren 1960 und 1964 dem Zufluß von Entwicklungshilfe durch multilaterale Organisationen und die OECD - Länder gegenübergestellt worden, ²⁶⁵⁾ also im Grunde unzulässigerweise reale und monetäre Größen, die durchaus nicht übereinzustimmen brauchen, da z.B. die Entwicklungshilfe auch zur Erhöhung der Gold- und Devisenreserven verwendet werden kann und somit ohne reale Auswirkungen bleibt. In aller Regel entsprechen aber

265) Damit ist praktisch die Hilfe der westlichen Länder erfaßt. Die Entwicklungshilfe des Ostblocks ist zahlenmäßig wesentlich geringer und konzentriert sich, abgesehen von den Staaten des kommunistischen Blocks, v.a. auf sozialistisch orientierte Länder (Indien, Ägypten, Syrien, Indonesien, Kuba, Irak, Ghana, Guinea, Burma) (siehe Handbuch der Entwicklungshilfe, a. a. O., II D), so daß sich also durch die Vernachlässigung dieser Hilfe das Bild höchstens zugunsten einer Unterschätzung der Entwicklungshilfe für die Länder mit Entwicklungsplanung verschiebt.

diesen monetären auch reale Kapitalströme, so daß die Gegenüberstellung beider Größen zumindest größenordnungsmäßig wiedergibt, in welchem Umfang privates und staatliches Kapital an dem Kapitalzufluß beteiligt waren.

Tabelle 8: Zufluß von Auslandskapital und Entwicklungshilfe
266)
in den Entwicklungsländern 1960 und 1964.

Land	1960			1964		
	Im-Ex (Mill.US.-\$)	Entw'h. (%)	Entw'h. Im-Ex	Im-Ex	Entw'h. (%)	Entw'h. Im-Ex
El Salvador	29	2	7 %	0 ^{a)}	13	..
Griechenland	452	45	10	400	43	11
Malaysia	-192	15	-8	-23	16	-19
Mexiko	248	16	6	535	44	8
Peru	-22	-11	50	78	41	53
Puerto Rico	277	0	0	689	0	0
Rhodesien	33	7 ^{b)}	21	-19	1	-5
Thailand	25	51	204	97	33	34
Türkei	168	135	80	161	158	98
Uruguay	73	18	15	0	4	..
Bolivien	30	12	40	22	41	186
Burma	44	30	67	-16	24	-150
Ceylon	54	7	13	46	12	74
Chile	186	15	8	148	134	94
Ecuador	25	15	60	61	18	29
Guatemala	30	15	50	52	9	17
Honduras	-4	11	-275	9	12	133
Irak	28	-2	-7	-99 ^{a)}	13 ^{a)}	-13
Iran	92	29	32	-53 ^{a)}	28 ^{a)}	-53
Kolumbien	117	-6	-5	232 ^{a)}	107 ^{a)}	46
Korea	270	251	93	164	173	105

Land	1960			1964		
	Im-Ex (Mill.US.-\$)	Entw'h. (Mill.US.-\$)	<u>Entw'h.</u> <u>Im-Ex</u>	Im-Ex	Entw'h.	<u>Entw'h.</u> <u>Im-Ex</u>
Malawi	27	6 ^{b)}	22	30	16	53
Marokko	40	60	150	-24	104	-433
Philippinen	81	53	65	-48	73	-152
Portugal	169	0	0	689	0	0
Sudan	22	33	150	66	20	30
Tai - Wan	120	105	87	0	49	. .
Tansania	-22	10	-45	35	47	134
Tunesien	73	52	71	114	72	63
Venezuela	-360	-6	2	-283	-26	9
Vietnam	187	192	103	246	244	99
Zambia	-31	6 ^{b)}	-19	-103	18	-17

a) 1963

b) Für 1960 ist die Entwicklungshilfe nur für die gesamte Föderation Rhodesien/Nyassaland bekannt, nicht ihre Aufteilung auf die Gliedstaaten. Daher wurde dieser Betrag (19 Mill.\$) hilfsweise im Verhältnis der Bevölkerungszahlen aufgeteilt.

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die marktwirtschaftlich orientierten Länder einen Nettokapitalzufluß (= privates + staatliches Auslandskapital ./.. Rückzahlungen bzw. Kapital-export) von 1 091 Mill.US - \$/im Jahre 1960 und 1 757 Mill.\$ im Jahre 1964 verzeichnen konnten, während er bei den Ländern mit Entwicklungsprogrammierung 1960 1 178 Mill.\$ und 1964 sogar nur 885 Mill.\$ betrug, obwohl diese Gruppe eine erheblich größere Zahl von Ländern (22 gegenüber 10 Markt-

266) Quelle: Spalte 1 und 4 nach Yearbook 65, a. a. O., S.546 ff unter Verwendung der Wechselkurse auf S.568 ff. dieses Werkes. Spalte 2 und 5 nach OECD: Geographical Distribution of Financial Flows to Less Developed Countries (Disbursements) 1960 - 1964, Paris 1966. Es ist jeweils die Summe aus bilateralen und multilateralen Kapitalhilfen, gerundet auf volle Mill.US-\$, um ihre Dimension an Spalte 1 und 4 anzugleichen.

wirtschaften) umfaßt und auch hinsichtlich der Bevölkerungszahl weit größer ist (258,9 Mill. gegen 141,1 Mill.²⁶⁷⁾ Einwohner so daß also, auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, der gesamte Kapitalimport der marktwirtschaftlichen Länder 1960 ca. 7,7 $\%$ und 1964 12,4 $\%$ pro Kopf betrug, bei den Ländern mit Entwicklungsplanung dagegen nur 4,6 $\%$ (1960) bzw. 3,4 $\%$. Das ist nur eine Bestätigung der Feststellung des vorigen Abschnitts, daß der Zufluß ausländischen Realkapitals besonders den marktwirtschaftlichen Ländern zugute kommt.

Nimmt man nun eine Aufspaltung des gesamten Kapitalimports in staatliche Kapitalhilfe und privaten Kapitalzufluß vor, dann zeigt sich, daß die Länder mit Entwicklungsplanung, wahrscheinlich aufgrund der in Kap.A genannten Einstellung der Kapitalgeber, erheblich stärker mit öffentlichen Kapitalhilfen bedacht worden sind als die marktwirtschaftlich eingestellten Länder. Erstere erhielten 1960 880 Mill. $\%$ (3,4 $\%$ pro Kopf der Bevölkerung) und 1964 1 346 Mill. $\%$ (5,2 $\%$ pro Kopf) gegenüber 278 Mill. $\%$ (2,0 $\%$ pro Kopf) und 195 Mill. $\%$ (1,4 $\%$ pro Kopf), die die marktwirtschaftlichen Länder 1960 bzw. 1964 erhielten. Diese bezogen 1960 23,6 % ihres Kapitalimports aus öffentlichen Quellen, die Programmierungsländer 75,4 %. Noch deutlicher wird der Unterschied im Jahre 1964, wo die öffentliche Kapitalhilfe bei den marktwirtschaftlichen Ländern 11,1 % des gesamten Kapitalimports ausmachte, während sie bei den Ländern 152 % des Kapitalimports

267) Nach Yearbook 65, a. a. O., S.80 ff. berechnet.

betrug. Hier mußte also noch etwa ein Drittel der Entwicklungshilfe zur Kompensation des privaten Kapitalexportes herangezogen werden.

Trotz aller Ungenauigkeiten, die dieser Berechnung anhaften, scheint es angesichts dieser großen Unterschiede nicht zweifelhaft, daß die Länder mit Entwicklungsplanung nur eine sehr geringe Anziehungskraft für private Kapitalgeber besitzen und oft nicht einmal das im Inland aufgebrauchte Kapital im Lande zu halten vermögen. Das kann auch der verstärkte Zufluß ausländischer Entwicklungshilfe nicht ausgleichen. Im Gegensatz dazu ist ein hohes Investitionsvolumen in den marktwirtschaftlichen Ländern auch ohne umfangreiche öffentliche Kapitalhilfen möglich, weil diese für Kapitalgeber attraktiv genug sind, um das erforderliche Auslandskapital aus privaten Quellen zu erhalten.

Es läßt sich gegen die hier angewandte Berechnungsmethode einwenden, daß die großen Volkswirtschaften das Ergebnis zu stark bestimmen. Es ist jedoch unmöglich, für jedes Land den Quotienten aus Entwicklungshilfe und Kapitalimport zu bilden und aus diesen Quotienten einen Durchschnitt zu berechnen, der von der unterschiedlichen Größe der Volkswirtschaften nicht beeinflußt ist, weil sich nur bei positivem Wert des Kapitalimports ökonomisch aussagefähige Werte der Quotienten ergeben. Z.B. ergibt ein negativer Wert der Entwicklungshilfe (d.h. die Rückzahlungen übersteigen die Zuflüsse) und ein positiver Wert des Kapitalimports einen negativen Quotienten, der auch ökonomisch durchaus sinnvoll ist, während der gleiche Wert, entstanden aus einem negativen Wert des Kapitalimports und einem

positiven Wert der Entwicklungshilfe einen völlig anderen ökonomischen Sachverhalt kennzeichnet, was sofort deutlich wird, wenn man die Differenz zwischen Kapitalimport und Entwicklungshilfe, also den privaten Kapitalimport berechnet. Der Nachteil dieses Verfahrens ist zudem, daß ein einziger extrem kleiner Nenner den Wert des Quotienten außerordentlich groß werden lassen kann und der Durchschnittswert hierdurch noch wesentlich stärker verfälscht wird als beim hier angewandten Verfahren.

V.) Die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung

Bekanntlich soll mit Hilfe der Entwicklungsplanung nicht nur ein rascheres Wachstum der Volkswirtschaft, sondern auch eine größere Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht werden, indem das Entstehen makroökonomischer Ungleichgewichte von vornherein verminert wird und somit keine konjunkturellen Störungen eintreten, die ja eine Folge dieser Ungleichgewichte sind. Das Wachstum erfolgt hier also angeblich in engerer Anlehnung an den Pfad des gleichgewichtigen Wachstums im Sinne Harrods, während die Marktwirtschaft zyklischen Schwankungen um diesen Wachstumspfad unterworfen sei. Man kann daher die Richtigkeit der Hypothese: Das Wachstum der Länder mit Entwicklungsplanung vollzieht sich gleichmäßiger als das der marktwirtschaftlich orientierten Länder dadurch überprüfen, daß man die tatsächliche Entwicklung mit der "idealen" Entwicklung vergleicht, die sich ergäbe, wenn das Wachstum gleichmäßig verlief.

Diese beiden Zahlenreihen sind in der nachstehenden Tabelle für die Periode 1955 - 1964 (in einigen Fällen nur bis 1963) aufgeführt, wobei der "Gleichgewichtspfad des Wachstums" in der Weise ermittelt wurde, daß er die Entwicklung kennzeichnet, die sich ergeben hätte, wenn die Volkswirtschaft konstante jährliche Wachstumsraten aufgewiesen hätte.²⁶⁸⁾ Die relative Abweichung des tatsächlichen vom idealen Wert eines jeden Jahres kann dann als Maß für die Abweichung der Entwicklung vom Gleichgewichtspfad betrachtet werden. Auch wenn die betrachtete Zeitspanne relativ kurz ist, mußten hierbei doch schon gewisse Tendenzen sichtbar werden.

Nun kann man einwenden, daß die Konjunkturschwankungen in den Entwicklungsländern sehr stark durch die außenwirtschaftliche Preisentwicklung ihrer Exportgüter bestimmt werden, also nicht konjunkturelle Schwankungen im eigentlichen Sinne darstellen. Diese Auswirkungen aber treffen wegen des in der Regel liberaleren Außenhandels die marktwirtschaftlichen Entwicklungsländer zumindest in gleichem Maße, wenn nicht stärker als alle anderen Länder, so daß hierdurch die Lage der Marktwirtschaften eher zu ungünstig erscheint.

268) Durch die Rundung der Indexzahlen auf ganze Zahlen ergeben sich allerdings geringe Unstetigkeiten.

Tabelle 9: Tatsächliche und ideale Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes (Indexzahlen; 1958 = 100) in den Entwicklungsländern. 283)

A = Tatsächliche Entwicklung		B = Ideale Entwicklung										
$D = \frac{A_t - B_t}{B_t}$		$\bar{D} = \frac{\sum D_t}{n-2}$										
Land		1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	
Griechenland ^{o)}	A	85	89	97	100	104	108	121	124	134	145	
	B	85	90	96	102	108	114	121	128	136	145	
	D (%)	-	1,1	1,0	2,0	3,7	5,3	0,0	3,1	1,5	-	
Malaysia	A	94	97	100	100	104	115	122	129	138	144	
	B	94	99	103	108	114	119	125	131	137	144	
	D	-	2,0	2,9	7,4	8,8	3,4	2,4	1,5	0,7	-	
Mexiko	A	83	88	95	100	103	111	115	121	128	142	
	B	83	88	94	99	105	112	119	126	134	142	
	D	-	0,0	1,1	1,0	1,9	0,9	3,4	4,0	4,5	-	
Pakistan	A	92	98	99	100	104	109	115	119	129	134	
	B	92	96	100	104	109	113	118	123	129	134	
	D	-	2,1	1,0	3,8	4,6	3,5	2,5	3,3	0,0	-	

283) Quelle: Für Spalte A Yearbook 65, a. a. O., S. 539 - 541. Spalte B wurde vom Verfasser berechnet.

		1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Peru ^{a)}	A	93	95	99	100	104	117	128	137	142	150
	B	93	98	103	109	115	121	127	135	142	150
	D	-	3,1	3,9	8,2	9,6	3,3	0,8	1,5	0,0	-
Puerto Rico											
Puerto Rico	A	85	89	93	100	110	123	136	134	162	177
	B	85	92	100	109	118	128	139	150	163	177
	D	-	3,3	7,0	8,3	6,8	3,9	2,2	10,7	0,6	-
Rhodesien^{a)}											
Rhodesien ^{a)}	A	81	92	98	100	105	110	116	118	117	127
	B	81	84	90	94	99	104	109	115	121	127
	D	-	8,2	8,9	6,4	6,1	5,8	4,6	2,6	3,3	-
Thailand^{a)}											
Thailand ^{a)}	A	93	96	96	100	111	126	131	136	147	-
	B	93	98	104	110	117	124	131	139	147	-
	D	-	2,0	7,7	9,1	5,1	1,6	0,0	2,2	-	-
Uruguay^{c)}											
Uruguay ^{c)}	A	101	103	104	100	97	101	104	101	100	102
	B	101	101	101	101	101	102	102	102	102	102
	D	-	2,0	3,0	1,0	4,0	1,0	2,0	1,0	2,0	-
Vietnam^{b)}											
Vietnam ^{b)}	A	101	103	104	100	97	101	104	101	100	102
	B	101	101	101	101	101	102	102	102	102	102
	D	-	2,0	3,0	1,0	4,0	1,0	2,0	1,0	2,0	-

Land	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Burma ^{a)}	A	91	92	104	100	113	120	122	126	130
	B	91	95	99	103	107	111	115	120	130
$\bar{P} = 5,2$	D	-	3,2	4,0	2,9	5,6	8,1	6,1	5,0	-
Chile ^{b)}	A	85	90	99	100	103	100	108	116	122
	B	85	88	92	96	100	104	108	113	122
$\bar{P} = 3,2$	D	-	2,3	7,6	4,2	3,0	3,8	0,0	2,7	-
Ecuador	A	90	93	97	100	105	112	116	122	130
	B	90	94	98	102	106	110	115	119	130
$\bar{P} = 2,4$	D	-	1,1	1,0	2,0	0,9	1,8	0,9	3,4	-
Guatemala ^{a)}	A	83	91	96	100	105	108	112	115	137
	B	83	88	93	98	104	110	116	123	137
$\bar{P} = 3,8$	D	-	3,4	3,2	2,0	1,0	1,8	3,4	6,5	-
Honduras ^{a)}	A	84	91	97	100	104	106	111	118	120
	B	84	88	92	96	100	105	110	115	120
$\bar{P} = 3,1$	D	-	3,4	5,4	4,2	4,0	1,0	0,9	2,6	-
Indien ^{b)}	A	90	94	93	100	102	110	113	115	129
	B	90	94	98	102	106	110	114	119	129
$\bar{P} = 2,3$	D	-	0,0	5,1	2,0	3,8	0,0	0,9	3,4	-

Land	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Syrien										
A	86	109	116	100	101	101	111	142	148	160
B	86	92	99	106	113	121	130	139	149	160
D	-	18,5	17,2	5,7	10,6	16,5	14,6	2,2	0,7	-
$\bar{p} = 10,8$										
Tai-Wan ^{a)}										
A	84	88	94	100	107	116	123	133	142	
B	84	90	96	102	109	117	125	133	142	
D	-	2,2	2,1	2,0	1,8	0,9	0,0	0,0	-	
$\bar{p} = 1,3$										
Uganda ^{c)}										
A	90	95	99	100	103	108	106	107	117	124
B	90	95	97	100	104	108	112	116	120	124
D	-	2,1	2,1	0,0	1,0	0,0	5,4	7,8	2,5	-
$\bar{p} = 2,6$										
Venezuela ^{a)}										
A	80	88	99	100	108	109	111	118	123	133
B	80	85	90	95	100	106	112	119	126	133
D	-	3,5	10,0	5,3	8,0	2,8	0,9	0,8	2,4	-
$\bar{p} = 4,2$										
Zambia										
A	88	98	103	100	120	130	130	128	131	149
B	88	93	99	105	111	118	125	133	141	149
D	-	5,4	4,0	4,7	8,1	10,2	4,0	3,8	7,1	-
$\bar{p} = 5,9$										

- a) Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen
b) Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
c) Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten
d) Volkseinkommen

$\bar{D}$ bezeichnet somit die durchschnittliche prozentuale Abweichung der tatsächlichen Sozialproduktentwicklung vom Pfad des stetigen Wachstums. Hinsichtlich der Größe dieses Wertes läßt sich zwischen den verschiedenen Formen der Entwicklungspolitik keinerlei Unterschied feststellen (Durchschnittswert für die Marktwirtschaften 3,5, für die Länder mit Entwicklungsplanung 3,6) und es scheint daher, daß die ordnungspolitische Form der Entwicklungspolitik keinen merklichen Einfluß auf die Größe der Schwankungen des Wirtschaftsablaufes hat. Es bestätigt sich vielmehr auch in den Entwicklungsländern, daß eine Ordnungspolitik eine Konjunkturpolitik nicht ersetzt. Auf die Probleme der Konjunkturpolitik in den Entwicklungsländern kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden, sondern es kann nur festgestellt werden, daß die ordnungspolitische Konzeption der Entwicklungspolitik anscheinend wenig Einfluß auf die Größe der wirtschaftlichen Schwankungen hat. Die Auffassung, daß durch eine Entwicklungsplanung die konjunkturellen Schwankungen geglättet werden können, wird durch die praktischen Erfahrungen nicht bestätigt.

Andererseits wird die Aufgabe der Konjunkturpolitik bei wachsender Wirtschaft erleichtert, so daß aus diesem Grunde, also indirekt über die Wachstumswirkungen, die Entwicklungspolitik, die das Wirtschaftswachstum stärker fördert, und das ist nach den Ergebnissen dieser Arbeit die marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik, auch aus konjunkturpolitischen Gründen den Vorzug verdient.

II. Zusammenfassung und Ausblick

I. Die Leistungsfähigkeit der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik im Vergleich zur Entwicklungsprogrammierung

Die empirischen Untersuchungen dieser Arbeit haben deutlich gemacht, daß einige Vorstellungen, die in der Diskussion über die optimale ordnungspolitische Form der Entwicklungspolitik weit verbreitet sind, nicht mit den Tatsachen in Einklang zu bringen sind. Die vielfach und mit den verschiedensten Argumenten behauptete Überlegenheit der Entwicklungsprogrammierung über die marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik als ordnungspolitischer Grundkonzeption der Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern läßt sich in der Wirklichkeit nicht feststellen. Vielmehr ergibt sich hier eine umfassende Überlegenheit der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik, wie sie in diesem Umfang a priori kaum zu vermuten war.

Insbesondere muß nach den Ergebnissen dieser Arbeit folgendes angenommen werden:

1. Die Länder mit marktwirtschaftlicher Orientierung weisen deutlich höhere Wachstumsraten auf als die Länder mit Entwicklungsplanung. Hierbei ist allem Anschein nach die unterschiedliche ordnungspolitische Konzeption Ursache, nicht Folge der verschiedenen hohen Wachstumsraten.
2. Diese Wachstumsunterschiede ergeben sich auch bei Betrachtung des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung und dokumentieren somit tatsächlich eine unter-

schiedlich starke Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

3. Ursache des höheren Wachstums sind sowohl durchschnittlich höhere Investitionsquoten als auch eine im Durchschnitt höhere Kapitalproduktivität, wobei der Einfluß der höheren Kapitalproduktivität stärker ins Gewicht fällt. Selbst wenn es der Entwicklungsplanung durch konsequentere Durchführung ihrer Politik gelingen sollte, den Rückstand auf diesem Gebiet wettzumachen, wäre das Wirtschaftswachstum wegen des niedrigeren Kapitalkoeffizienten in den Marktwirtschaften immer noch höher, wobei nach den europäischen Erfahrungen (Schweden, Norwegen, Osteuropa) außerdem zu befürchten ist, daß die staatliche Forcierung der Investitionen den Kapitalkoeffizienten noch erhöht.

4. Der Anteil des inländischen Sparens und des Realkapitaleinflusses aus dem Ausland an der gesamten Kapitalbildung ist bei beiden Formen der Entwicklungspolitik annähernd gleich. Das bedeutet wegen der höheren Investitionsquote der marktwirtschaftlich orientierten Länder, daß diese Länder sowohl eine höhere Sparquote als auch einen größeren Kapitaleinfluß aus dem Ausland (bezogen auf das Sozialprodukt) verzeichnen.

5. Der Kapitalimport erfolgt in den Marktwirtschaften überwiegend aus privaten Quellen, während er bei den Ländern mit Entwicklungsplanung zum größten Teil aus dem Zustrom öffentlicher Kapitalhilfe besteht, die nicht nur relativ zum gesamten Kapital-

import, sondern auch absolut erheblich größeren Umfang hat als in den marktwirtschaftlichen Ländern.

6. Die Schwankungen des Wachstumsprozesses sind bei beiden Formen der Entwicklungspolitik im Durchschnitt gleich. Es scheint daher, daß einmal der Umfang der wirtschaftlichen Schwankungen nicht von der Ordnungspolitik abhängig ist und zum andern eine Ordnungspolitik die Konjunkturpolitik nicht ersetzt.

II. Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung

Die Lösung des Problems der wirtschaftlichen Entwicklung der unterentwickelten Gebiete der Erde hängt entscheidend nicht vom Umfang der Entwicklungshilfe ab, die immer nur Ergänzung sein kann, sondern von den eigenen Bemühungen der Entwicklungsländer um Erhöhung des "Wirkungsgrades bei der Mobilisierung inländischer Hilfsquellen und von der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ihrer Verwendung zusammen mit verfügbarer Auslandshilfe. Mobilisierung von Hilfsquellen umfaßt nicht nur Ersparnisse und Steuereinnahmen, sondern auch die Mobilisierung der Fähigkeiten und Energien der Bevölkerung. Die Wirksamkeit der Mobilisierung inländischer Hilfsquellen hängt nicht nur von bestimmten Maßnahmen und Anstrengungen ab, sondern auch von der Schaffung eines wirtschaftlichen und sozialen Klimas, das für das Wachstum günstig ist".²⁶⁹⁾

269) OECD, Development Assistance Committee, Working Party on Assistance Requirements: Performance Considerations and Development Assistance, Paris 1965, S.2, Nr.10.

Es muß also eine Ordnung für Wirtschaft und Gesellschaft gefunden werden, in deren Rahmen eine Entfaltung aller entwicklungsfördernden Faktoren möglich ist. Diese Ordnung erfordert auch ein optimales Verhältnis zwischen staatlichem und privatem Sektor. Dieser Optimalzustand aber ist offensichtlich nicht gegeben, wenn der staatliche Einfluß so stark in den Vordergrund tritt, wie es bei der Politik der Entwicklungsprogrammierung in den meisten Fällen zu beobachten ist, weil hierdurch die Entwicklungsimpulse, die von der privaten Initiative ausgehen könnten, erheblich abgeschwächt werden, ohne daß diese nachteilige Wirkung durch die erhöhte staatliche Aktivität ausgeglichen werden kann, wie die unterdurchschnittlichen Wachstumsraten bei dieser Politik zeigen. Zwar ist auch eine staatsfreie Wirtschaftsordnung mit Sicherheit nicht die für die wirtschaftliche Entwicklung günstigste Ordnung, da auch dem Staat bedeutsame Aufgaben innerhalb des Wachstumsprozesses zufallen, die nur er wirksam erfüllen kann, und ohne deren Durchführung die Entfaltung des privaten Sektors ernsthaft behindert wird. Aber diese Gefahr einer zu starken Einschränkung ist derzeit wohl in keinem Land aktuell. Zumindest für Länder mit Entwicklungsplanung, also die Mehrzahl der Entwicklungsländer, ist jedenfalls der

Weg klar, den ihre Ordnungspolitik zu geben hat,
um das Wachstum der Volkswirtschaft zu beschleunigen:

Sie sollte die Bevormundung der privaten Wirtschaftssubjekte durch den Staat abbauen und diesen stattdessen größere Entscheidungsfreiheit und Verantwortung gewähren.

Literaturverzeichnis:

a) Bücher und Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken

- Irma A d e l m a n: Theories of Economic Growth, Stanford/Calif.1961
- Irma A d e l m a n / Cynthia Taft M o r r i s: Factor Analysis of the Interrelationship Between Social and Political Variables and Per Capita Gross National Product, "Quarterly Journal of Economics", Vol.79 (1965)
- Hugh J. A i t k e n: The State and Economic Growth, New York 1959
- Almen A l c h i a n: Uncertainty, Evolution, and Economic Theory, "Journal of Political Economy", Vol.58 (1954)
- Alec P. A l e x a n d e r: Industrial Entrepreneurship in Turkey: Origins and Growth, "Economic Development and Cultural Change", Vol.VIII (1959/60)
- Paul A l p e r t: Economic Development. Objectives and Methods, Galt/Ont., o.J.
- Oskar A n d e r s o n: Probleme der statistischen Methodenlehre in den Sozialwissenschaften, 4. durchges. Aufl., Würzburg 1962
- Franz A s c h i n g e r: Japan und Hongkong. Wirtschaftsphänomene des Fernen Ostens, Zürich 1965
- Henry G. A u b r e y: Investment Decisions in Underdeveloped Countries, in Capital Formation and Economic Growth. A Conference of the Universities-National Bureau for Economic Research, Princeton 1955
- Gebhard B a u e r: Die Wirtschaft Afrikas, Frankfurt 1963
- P.T. B a u e r: The Economic Development of Nigeria, "Journal of Political Economy", Vol.57 (1953)
- ders.: Entwicklungsländer (II) Ökonomische Problematik, in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.3, Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1961
- ders.: Economic Analysis and Policy in Underdeveloped Countries, Durham / N.C. - London 1957
- P.T. B a u e r / B.S. Y a m e y: A Case Study of Response to Price in an Underdeveloped Country, "The Economic Journal", Vol.69 (1959)
- dies.: The Economics of Underdeveloped Countries, Cambridge 1957

- Richard F. B e h r e n d t: Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder, "Ordo", Bd.VIII (1956)
- B e l g i a n - C o n g o and Ruanda - Urundi - Information Office: Belgian - Congo, Vol.I, Brüssel 1959
- Wilhelm Moritz Freiherr von B i s s i n g: Ostasiatische Studien zu Wirtschaft und Gesellschaft in Thailand, Hong - Kong und Japan, Berlin 1962
- Karl B l o m e y e r: Malaysia, "Europäische Wirtschaft", Bd.3 (1963)
- J.H. B o e k e: Economics and Economic Policy in Dual Societies, New York 1953
- B r e m e r A u s s c h u s s für Wirtschaftsfor- schung (Hag): Entwicklungspläne in Afrika, Bremen 1959
- B u n d e s s t e l l e für A u s e n h a n d e l s - i n f o r m a t i o n: Afrikanische Entwicklungs- gebiete: Belgisch - Kongo, Angola, Mozambique, o. O. 1960
- dies.: Nordafrikanische und vorderasiatische Entwick- lungsgebiete, o. O., o.J.
- dies.: Südasiatische Entwicklungsgebiete, Köln 1961
- Rondo. C a m e r o n: Some Lessons of History for Developing Nations, "American Economic Review", Papers and Proceedings, Vol.57 (1967)
- Hollis B. C h e n e r y: The Application of Invest- ment Criteria, "Quarterly Journal of Economics", Vol.56 (1953)
- Hollis B. C h e n e r y / Alan M. S t r o u t: Foreign Assistance and Economic Development, "American Economic Review", Vol.56 (1966)
- Frederick C l a i r m o n t e: Economic Liberalism and Underdevelopment, Bombay 1960
- Peter B. C l a r k: Economic Planning for A Country in Transition: Nigeria, in Everett E.Hagen: Planning Economic Development, Homewood/ILL. 1963
- Shepard B. C l o u g h: The Economic Development of Western Civilization, New York 1959
- Emilio G. C o l l a d o: Economic Development Through Private Enterprise, "Foreign Affairs", Vol.41 (1962/63)
- Elisabeth D i e p o l d: Die agrarischen und indu- striellen Entwicklungsmöglichkeiten von Zentral- amerika, Diss. Köln 1962

- Rüdiger D ö b e l: Kollektivistische Entwicklungsplanung und Außenwirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern, "Wirtschaftspolitische Chronik" 1966 (Beiträge zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Festgabe für Alfred Müller - Armack)
- Evsey D. D o m a r: Essays in the Theory of Economic Growth, New York 1957
- James S. D u e s e n b e r r y: Some Aspects of the Theory of Economic Development, "Explorations in Entrepreneurial History", Vol.III (1950)
- Ernst D ü r r: Probleme der volkswirtschaftlichen Programmierung, "Wirtschaftspolitische Chronik", Heft 2/1963
- ders.: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", Bd.176 (1964)
- W.T. E a s t e r b r o o k: The Entrepreneurial Function in Relation to Technological and Economic Change, in Bert F. Hoselitz / Wilbert E. Moore (ed.): Industrialization and Society, Paris 1963
- Alexander E c k s t e i n: Individualism and the Role of the State in Economic Growth, "Economic Development and Cultural Change", Vol.VI (1957/58)
- Otto E c k s t e i n: Public Finance, Englewood Cliffs / N. J. 1964
- Handbuch der E n t w i c k l u n g s h i l f e , Baden - Baden, permanente Ausgabe
- Ihsan E r b a n: Strukturanalyse der Wirtschaftsentwicklung in der Türkei, Diss. Berlin 1963
- Harald E r n s t: Die griechische Entwicklungspolitik und das Problem der Assoziation Griechenlands an die EWG, Diss. Köln 1963
- Romulo A. P e r r e r o: Die Wirtschafts- und Währungspolitik Perus, in Lateinamerikanisches Institut der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Hsg.): Peru. Geschichte und Wirtschaft, Zürich 1964
- H.J. H a b a k k u k: The Historical Experience on the Basic Conditions of Economic Progress, in Barry E. Supple (ed.): The Experience of Economic Growth, New York 1963
- Everett E. H a g e n: On the Theory of Social Change, Homewood/III. 1962
- George N. H a l m: Wirtschaftssysteme, Berlin 1960
- H a m b u r g i s c h e s Welt-Wirtschafts-Archiv (Hsg.): Länderlexikon, 3 Bd., Hamburg 1955 - 1962
- Roy F. H a r r o d: Dynamische Wirtschaft, Wien 1949

- Hellmut H a r t m a n n: Alternativen der Entwicklungspolitik. Theorien über Gleichgewicht und Ungleichgewicht in den Entwicklungsländern, "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", 7. Jg., Tübingen 1962
- Manfred K. H e d r i c h: Attraktiv für Investoren, "Der Volkswirt", 21. Jg. (1967)
- Sven H e l a n d e r: Entwicklungspolitik in Nigeria, Köln - Opladen 1963
- Karl H e l l e i n e r: Moral Conditions of Economic Growth, "Journal of Economic History", Vol. 11 (1951)
- Kurt H e s s e: Planungen in Entwicklungsländern, Berlin 1965
- Ernst H e u ß: Allgemeine Markttheorie, Tübingen - Zürich 1965
- Ernst H i c k m a n n: Die Wirtschaft des Auslandes, 2 Bd., Darmstadt 1964
- Benjamin H i g g i n s: Economic Development, New York 1959
- Albert O. H i r s c h m a n n: Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967
- ders.: Obstacles to Development: A Classification and A Quasi - Vanishing Act, "Economic Development and Cultural Change", Vol. XIII (1964/65)
- Bert F. H o s e l i t z: Non - Economic Barriers to Economic Development, "Economic Development and Cultural Change", Vol. I (1952/53)
- ders.: Soziological Aspects of Economic Growth, Glencoe/III. 1962
- ders.: Economic Development in Central America, "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 76 (1956)
- ders.: Problems of Adapting and Communicating Modern Techniques to Less Developed Areas, "Economic Development and Cultural Change", Vol. II (1953/54)
- ders.: Entrepreneurship and Capital Formation in France and Britain Since 1700, in Capital Formation and Economic Growth, A Conference of the Universities-National Bureau for Economic Research, Princeton 1955
- ders.: The Development of African Entrepreneur, in E.F. Jackson: Economic Development in Africa, Oxford 1965
- J.S. H o g e n d o r: Response to Price Change: A Nigerian Example, "Economica", N. S., Vol. 34 (1967)
- I n t e r n a t i o n a l B a n k f o r R e c o n s t r u c t i o n and Development: The Economic Development of Nigeria, Baltimore 1955

- I n t e r n a t i o n a l B a n k f o r R e c o n s t r u c t i o n
and Development: The Economic Development of Malaya,
Baltimore 1955
- Nurul I s l a m: The Economic System of Pakistan, in
Calvin B. Hoover (ed.): Economic Systems of the
Commonwealth, Durham/ N. C. - London 1962
- Hakki K a r a m e t e: Wirtschaftssystem und Wirt-
schaftsgesinnung, Steuersystem und Steuernmen-
talität in der Türkei, Diss. Köln 1956
- Ernst K e l l e r: Potential, Pläne und Probleme
der Industrialisierung Perus, in Lateiname-
rikanisches Institut der Hochschule St. Gallen
für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Hsg.):
Peru. Geschichte und Wirtschaft, Zürich 1964
- Charles K i n d l e b e r g e r: Economic Development,
New York - Toronto - London 1958
- Karl- Otto K ö r b e r: Ordnungspolitische Probleme
der spanischen Wirtschaftspolitik, Köln - Ber-
lin - Bonn - München 1965
- Heiko K ö r n e r: Kolonialpolitik und Wirtschaftsent-
wicklung. Das Beispiel Französisch- Westafrikas,
Stuttgart 1965
- Willy K r a u s: Wirtschaftspolitische Leitbilder der
Entwicklungsländer in Hans Besters (Hsg.): Theo-
retische und institutionelle Grundlagen der Wirt-
schaftspolitik, Berlin 1967
- Justus M. van der K r o e f: Entrepreneur and Middle
Class in Indonesia, "Economic Development and
Cultural Change", Vol. II (1953/54)
- ders.: Economic Development in Indonesia: Some Social
and Cultural Impediments, "Economic Development
and Cultural Change", Vol. IV (1955/56)
- Marion J. L e v y, Jr.: Some Social Obstacles to "Capital
Formation" in "Underdeveloped Areas", in Capital
Formation and Economic Growth. A Conference of the
Universities - National Bureau für Economic Re-
search, Princeton 1955
- William Arthur L e w i s: Die Theorie des wirtschaftli-
chen Wachstums, Tübingen - Zürich 1956
- Ronald M a/ You Poh S e n g: Die Wirtschaft Malaysia,
in Bernhard Grossmann (Hsg.): Studien zur Ent-
wicklung in Süd- und Ostasien, N. F., Teil 4:
Malaysia, Frankfurt - Berlin 1966
- Edward M a r c u s: Large- Scale Investment and Develop-
ment. The Dilemma of the Gabon Republic, "Economic
Development and Cultural Change", Vol. IX (1960/61)

- Louis M a r k, Jr.: The Favored Status of the State Entrepreneur in Economic Development Programs, "Economic Development and Cultural Change", Vol.VII (1958/59)
- David C. M c C l e l l a n d: Die Leistungsgesellschaft, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966
- James E. M e a d e: Planung und Preismechanismus, in ders.: Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen - Zürich 1955
- Gerald M. M e i e r / Robert E. B a l d w i n: Economic Development: Theory, History, Policy, New York 1964
- Hans Günther M a i s s n e r: Die Wirtschaft Israels. Aufbau - Struktur - Entwicklung, Köln 1962
- Robert S. M e r r i l l: Some Social and Cultural Influences on Economic Growth: The Case of the Maori, "Journal of Economic History", Vol.14 (1954)
- Fritz W. M e y e r: Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung, "Ordo", Bd.XII (1960/61)
- Peter M e y e r - D o h m: Wirtschaftsplanung und Entwicklungspragmatismus in Pakistan, "Wirtschaftsdienst", 44.Jg. (1964)
- R.H. M i l l s: The Spanish Miracle, Washington 1966
- Alfred M ü l l e r - A r m a c k: Langfristige Programmierung in der Marktwirtschaft, "Beihefte zur Konjunkturpolitik", Heft 10, Berlin 1962
- Hla M y i n t: The Economics of the Developing Countries, London 1965
- Gunnar M y r d a l: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Gebiete, Stuttgart 1959
- William H. N i c h o l l s: Accomodating Economic Change in Underdeveloped Countries, "American Economic Review", Papers and Proceedings, Vol.49 (1959)
- Ragnar N u r k s e: The Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1952
- O E C D: Geographical Distribution of Financial Flows to Less Developed Countries (Disbursements) 1960 - 1964, Paris 1966
- dies.: Performance Considerations and Development Assistance, Paris 1965
- Gustav F. P a p a n e k: The Development of Entrepreneurship, "American Economic Review", Papers and Proceedings, Vol.52 (1962)
- H. P a r i s - E g u i l a z: Staatsintervention und Wettbewerb in der spanischen Volkswirtschaft, in Rudolf Frei (Hsg.): Wirtschaftssysteme des Westens, Bd.I, Tübingen 1957

- Talcott P a r s o n s: The Social System, Glencoe/Ill. 1951
- Bernhard P f i s t e r: Probleme der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern, "Ordo", Bd.XII (1960/61)
- P l a n u n g in der freien Marktwirtschaft (Bergedorfer Protokolle), Hamburg - Berlin 1964
- Alfred P l i t z k o (Hsg.): Planung ohne Planwirtschaft (Frankfurter Gespräch der List - Gesellschaft), Basel - Tübingen 1964
- Karl Otto P ö h l: Hoffnung auf Öl und EWG, "Der Volkswirt", 19.Jg. (1965)
- Franziska R a y n a u d: Elfenbeinküste, Bonn 1962
- Horst Claus R e c k t e n w a l d: Die Finanzwirtschaft unserer Zeit, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1965
- Eberhard R h e i n: Entwicklungsplanung und Wirtschaftsordnung in den Entwicklungsländern, "Wirtschaftsdienst", Bd.42 (1962)
- P. N.: R o s e n s t e i n - R o d a n: Probleme of Industrialization of Eastern and South - Eastern Europe, "The Economic Journal", Vol.52 (1942)
- Walt W. R o s t o w: Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960
- Karl S c h i l l e r: Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik, "Schriften des Vereins für Sozialpolitik", N. F., Bd.35, Berlin 1965
- ders.: Zur Wachstumsproblematik der Entwicklungsländer, in Erik Boettcher (Hsg.): Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Gedächtnisschrift für Gerhard Mackenroth, Tübingen 1964
- Werner S c h m i d t: Föderation von Rhodesien und Nyassaland, Bonn 1959
- Erich S c h n e i d e r: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I: Theorie des Wirtschaftskreislaufs, 9. erw. Aufl., Tübingen 1961
- Adam S m i t h: An Inquiry in the Nature and Causes of the Wealth of Nations, New York 1937 (Dt. Ausgabe: Eine Untersuchung über Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, Jena 1924)
- Joseph A. S c h u m p e t e r: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952
- ders.: Konjunkturzyklen, Bd.I, Göttingen 1961
- Tibor S c i t ó v s k y: Two Concepts of external Economies, "Journal of Political Economy", Vol.62 (1954)
- Klaus S e e m a n n: Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung der Entwicklungsländer, "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Bd.14 (1961)

- Andrew S h o n f i e l d: Angriff auf die Armut der Welt, Köln o.J.
- Sidney S i e g e l: Nonparametric Statistics for the Behavioral Sciences, New York - Toronto - London 1956
- T. H. S i l c o c k: The Economy of Malaya. Relevance of the Competitive Laissez - Faire - Model, in Calvin B. Hoover (ed.): Economic Systems of the Commonwealth, Durham / N. D.- London 1962
- ders.: The Economy of Malaya, Singapore 1956
- Hans W. S i n g e r: Obstacles to Economic Development, "Social Research", Vol.20 (1953)
- Morton R. S o l o m o n: The Structure of the Market in Underdeveloped Economies, in Lyle W. Shannon (ed.): The Experience of Economic Growth, New York 1963
- Robert S o l o w: A Contribution to the Theory of Economic Growth, "Quarterly Journal of Economics", Vol.70 (1956)
- Salahaddin S ö z e r i: Der Wirtschaftsaufbau der Türkei nach dem 2. Weltkrieg, Kiel 1955
- S t a t i s t i s c h e s B u n d e s a m t :
Allgemeine Statistik des Auslandes.
Länderberichte: Afrikanische Entwicklungsgebiete,
Heft 5: Elfenbeinküste, Ober - Volta, Sierra Leone,
Stuttgart - Mainz 1962
El Salvador, Stuttgart - Mainz 1965
Spanien, Stuttgart - Mainz 1960
Mexiko, Stuttgart - Mainz 1965
Uruguay, Stuttgart - Mainz 1966
Pakistan, Stuttgart - Mainz 1966
Peru, Stuttgart - Mainz 1966
Argentinien, Stuttgart - Mainz 1964
- Wolfgang F. S t o l p e r: External Economies From A Planning Standpoint, "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Bd.119 (1963)
- Georgios S y k i a n a k i s: Strukturveränderungen im Wirtschaftsleben Griechenlands als Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, Diss. Mainz 1962
- W. L. T a y l o r: Problems of Economic Development of the Federation of Rhodesia and Nyassaland, in E.A.G. Robinson (ed.): Economic Development for Africa South of the Sahara, London 1964
- Karl C. T h a l h e i m: Über die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystem und wirtschaftlichem Wachstum, in Otto Stammer und Karl C. Thalheim (Hsg.): Festgabe für Friedrich Bülow, Berlin 1960
- Jan T i n b e r g e n: Grundlagen der Entwicklungsplanung, Hannover 1964

- Walter T r a u t m a n n: Defekte Entwicklungshilfe,
"Der Volkswirt", 21.Jg. (1967)
- Egon T u c h t f e l d t: Die volkswirtschaftliche
Rahmenplanung im Widerstriet der Meinungen,
"Weltwirtschaftliches Archiv", Bd.94 (1965)
- U n i t e d N a t i o n s:
Measures for Economic Development of Underdeve-
loped Countries, New York 1951
- d i s s.: Planning for Balanced Social and Economic
Development, New York 1964
- United Nations. Economic Commision for Africa:
Economic Bulletin for Africa, Vol.III,
New York 1963
- José Maria Veciana V e r g é s: Die spanische
Wirtschaftspolitik auf dem Industriesektor,
Diss. Frankfurt 1961
- Albert W a t e r s t o n: Development Planning.
Lessons of Experience, Baltimore 1965
- d e r s.: A Hard Look at Development Planning, "The
Fund and Bank Review. Finance and Develop-
ment", Vol.III (1966)
- Hans W i l b r a n d t: Zum Aufstieg von Entwick-
lungsländern. Vorbild und Warnung des Bei-
spiels Türkei, in Gegenwartsprobleme der
Agrarökonomie. Festschrift für Fritz Baade
zum 65. Geburtstag, Hamburg 1958
- Hans W i l l g e r o d t: Warum Staatsplanung in
der Marktwirtschaft? "Ordo", Bd.XVII (1966)
- J. W. W i l l i a m s: Problems of Economic Deve-
lopment of Ghana, Nigeria, Sierra Leone,
Spanish Territories, in E.A.G. Robinson
(ed.): Economic Development for Africa South
of the Sahara, London 1964
- Miguel S. W i o n c z e k: Incomplete Formal
Planning, in Everett E. Hagen: Planning
Economic Development, Homewood/Ill. 1963
- Charles W o l f jr.: Institutions and Economid
Development, "American Economic Review",
Vol.45 (1955)

b) Sonstige Veröffentlichungen

U n i t e d N a t i o n s:

Statistical Yearbook 1965, New York 1966

dies.: Statistical Yearbook 1966, New York 1967

dies.: The Growth of World Industry, New York 1963

"Neues A f r i k a", 6. Jg. (1964)

"Neues A f r i k a", 7. Jg. (1965)

O. Verf.: Peru. Grunddaten für Auslandsinvestitionen,
"Wirtschaftsdienst", 41. Jg. (1961)

O. Verf.: Uruguay. Grunddaten für Auslandsinvestitionen,
"Wirtschaftsdienst", 42. Jg. (1962)

O. Verf.: Pakistan. Grunddaten für Auslandsinvestitionen,
"Wirtschaftsdienst", 41. Jg. (1961)

O. Verf.: Thailand. Grunddaten für Auslandsinvestitionen,
"Wirtschaftsdienst", 41. Jg. (1961)

O. Verf.: Griechenland. Grunddaten für Auslandsinvestitionen,
"Wirtschaftsdienst", 41. Jg. (1961)

L e b e n s l a u f

=====

Ich, Gerhard Friedrich Fischer, wurde am 3. August 1943 in Nürnberg als Sohn des Schlossermeisters Fritz Fischer und seiner Ehefrau Frieda, geb. Brunner, geboren.

Von 1949 bis 1953 besuchte ich die Volksschule in Fürth/Bay., dann trat ich in die Oberrealschule (jetzt Hardenberg - Gymnasium) Fürth über. Hier legte ich im Sommer 1962 die Reifeprüfung ab. Im Wintersemester 1962/63 nahm ich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg das Studium der Volkswirtschaftslehre auf. Nach acht Semestern unterzog ich mich im Herbst 1966 der Diplomprüfung für Volkswirte. Aufgrund der hierbei erzielten Prüfungsnote erhielt ich die Erlaubnis zur Promotion. Unter der Betreuung von Herrn Professor Dr. E. D ü r r entstand in der Folge die vorliegende Dissertation. Ende November 1968 schloß ich die Promotion mit der mündlichen Doktorprüfung ab.

Beruflich bin ich seit Februar 1968 in der Verkaufsführung eines namhaften Unternehmens der Kunststoffverarbeitung in Rehau/Oberfr. tätig.

Verfahren zur Gewinnberechnung

Die Gewinnberechnung ist ein zentraler Bestandteil der betrieblichen Rechnungslegung. Sie dient dazu, den Erfolg eines Unternehmens zu ermitteln und zu verdeutlichen. Der Gewinn ist das Ergebnis der Differenz zwischen den Erlösen und den Kosten. Er ist ein Maß für die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens und ein wichtiger Indikator für die finanzielle Gesundheit. Die Gewinnberechnung erfolgt in der Regel auf Basis der Kostenrechnung. Dabei werden die Kosten in fixe und variable unterteilt. Die variablen Kosten hängen von der Produktionsmenge ab, während die fixen Kosten unabhängig davon sind. Durch die Analyse der Kostenstruktur kann das Unternehmen seine Gewinnmarge verbessern und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die Gewinnberechnung ist auch ein wichtiges Instrument für die strategische Planung und die Kontrolle des Unternehmens. Sie ermöglicht es, die Leistung des Unternehmens über die Zeit hinweg zu verfolgen und mit den Zielen zu vergleichen. In der Praxis wird die Gewinnberechnung oft mit anderen Finanzkennzahlen wie dem Umsatz und der Liquidität kombiniert, um ein umfassendes Bild des Unternehmens zu erhalten. Die Genauigkeit der Gewinnberechnung hängt von der Qualität der zugrundeliegenden Daten und der Korrektheit der verwendeten Methoden ab. Daher ist es wichtig, die Verfahren zur Gewinnberechnung regelmäßig zu überprüfen und zu aktualisieren, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen Gegebenheiten des Unternehmens entsprechen.

